

Mauerbau und Wehrpflicht.  
Die politischen Diskussionen  
am Rostocker Germanistischen Institut  
in den Jahren 1961 und 1962

Von  
Anita Krätzner

---

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte Band 7

Universität Rostock 2009



## Inhalt

	Seite
Danksagung	5
1. Einleitung	7
2. Die Organisationsstrukturen an der Universität Rostock im Studienjahr 1961/62	11
2.1 Die Leitung der Universität	11
2.2 Die Personalstruktur am Germanistischen Institut	17
3. Die politische Diskussion nach der Errichtung der Berliner Mauer	26
3.1 Der Bau der Berliner Mauer	26
3.2 Die Reaktionen der Universitätsleitung auf den Bau der Berliner Mauer – Auftrag zum Verfassen des Briefes an den Staatsratsvorsitzenden	27
3.3 Der offene Brief an den Staatsratsvorsitzenden	33
3.4 Diskussionen in der Studentenschaft des Germanistischen Instituts	36
3.5 Diskussionen im Lehrkörper	56
3.6 Maßnahmen zur Regulierung	63
4. Die politische Diskussion nach der Einführung der Wehrpflicht	74
4.1. Die Einführung der Wehrpflicht in der DDR	74
4.2 Diskussionen in der Studentenschaft	75
4.3 Diskussionen im Lehrkörper	89
4.4 Maßnahmen zur Regulierung	94
5. Vergleich der politischen Diskussionen	97
6. Ausblick und Folgen für den universitären Alltag	101
7. Fazit	106
8. Abkürzungsverzeichnis	108
9. Quellen und Literatur	109
9.1. Quellen	109
9.2. Literatur	118
9.3. Abbildungsverzeichnis	123
10. Anhang	124
10.1 Gesprächsprotokoll von A	124
10.2 Gesprächsprotokoll von D	128
10.3 Der offene Brief an den Staatsratsvorsitzenden	132
10.4 Auszug aus dem Informationsbericht vom 4. Februar 1962	134



## **Danksagung**

Während der Erstellung der Regesten für das Institut für Germanistik an der Universität Rostock entstand die Idee für dieses Thema meiner Staatsexamensarbeit. Ich möchte Herrn Professor Franz-Josef Holznagel dafür danken, mich in diesem Vorhaben bestärkt zu haben, indem er mir anbot, es auf der Tagung „Germanistik in der DDR“ vorzustellen. Ich danke ebenso Herrn Professor Kersten Krüger, der sich bereit erklärt hatte, die Zweitkorrektur zu übernehmen und diese Arbeit zu veröffentlichen.

Ein sehr großer Dank gilt den Mitarbeitern vom Universitätsarchiv Rostock – Frau Angela Hartwig, Frau Bettina Kleinschmidt und Herrn Sylvio Erdmann – , die über zwei Jahre lang nicht müde wurden, alle meine Fragen zu beantworten und mir das umfangreiche Material zur Verfügung zu stellen. Ebenso dankbar bin ich den Mitarbeitern der BStU-Außenstelle Waldeck – insbesondere Herrn Dr. Volker Höffer und Herrn Christian Rohlfs, die nicht nur für eine schnelle und unkomplizierte Bearbeitung meines Forschungsantrags sorgten, sondern mir in kürzester Zeit vielfältige Akten zur Einsicht geben konnten.

Zudem danke ich meinen Korrekturlesern Susanna und Christian. Ohne sie wäre die Arbeit sicher nicht möglich gewesen; insbesondere ihre aufbauenden, mutmachenden Worte haben einen großen Teil meiner Motivation bedingt.

Aber mein größter Dank gilt Dr. Jan Cölln vom Institut für Germanistik in Rostock. Er beriet mich nicht nur als Erstkorrektor, sondern besprach mit mir in stundenlangen Treffen alle Probleme, die sich während der gesamten Forschungszeit ergaben. Einen besseren Betreuer und Ratgeber kann sich ein Student nicht wünschen.

Rostock 2008

Anita Krätzner

Für Tina

## 1. Einleitung

Im Bericht über das Studienjahr 1961/62 des Germanistischen Instituts der Universität Rostock findet sich folgender Eintrag:

*„Der ideologische Schwerpunkt des Germanistischen Instituts wurde im Studienjahr 1961/62 durch die Auswertung der großen politischen Ereignisse und Dokumente bestimmt. [...] Die kontinuierlich geplante ideologisch-erzieherische Einwirkung auf die Studenten zeigt sich, wie wir meinen, im Elan des augenblicklichen Ernteeinsatzes.“<sup>1</sup>*

Die These, die der Berichtersteller aufstellt, soll im Rahmen dieser Hausarbeit zum ersten Staatsexamen eingehend untersucht werden. Dazu stellt sich die Frage, ob der „ideologische Schwerpunkt“ tatsächlich auf die Auswertung der „politischen Ereignisse und Dokumente“ gelegt worden war. Diese Arbeit soll sich hauptsächlich mit den Diskussionen um den Mauerbau (und dem damit verbundenen Brief der FDJ-Hochschulgruppe an Walter Ulbricht) sowie mit denen um die Wehrpflicht beschäftigen. Vor diesem Hintergrund soll geklärt werden, welche Argumente die Lehrenden und die Studierenden dabei vorbrachten und inwiefern tatsächlich von einer „kontinuierlich ideologisch-erzieherische[n] Einwirkung auf die Studenten“ berichtet werden konnte.

Die Hauptquellen zur Beantwortung dieser Fragen sind die Akten des Universitätsarchivs Rostock. Dazu wurden Dokumente aus den Beständen der Universitätsparteileitung, des Rektorats und der Philosophischen Fakultät ausführlich ausgewertet. Im Zuge der Erstellung der Regesten für das 150-jährige Jubiläum des Instituts für Germanistik, welches das erste seiner Art war, fiel die ungewöhnliche Fülle der Berichterstattungen zu den Diskussionen um den Mauerbau und die Wehrpflicht auf. Bis 1968 (aus der Folgezeit sind nur sehr wenig Bestände für das Germanistische Institut vorhanden) wird die Berichterstattung um diese Debatten im Vergleich zu anderen politischen Fragestellungen am umfangreichsten dokumentiert. Deshalb lag es im Interesse der Autorin, sich mit diesem Thema näher auseinanderzusetzen.

Verstärkt werden zur Beantwortung der Fragen sogenannte „Informationsberichte“ und Protokolle von Dienstbesprechungen ausgewertet. Diese haben den Nachteil, dass sie nur von den Lehrenden verfasst wurden und deshalb ein sehr einseitiges Bild dieser Diskussionen aufzeichnen. Dennoch werden dort immer wieder Aussagen von den Studenten zitiert, die – von der Annahme ausgegangen, dass sie wortgetreu oder sinngemäß wiedergegeben wurden – deren Argumenta-

---

<sup>1</sup> Jahresbericht des Germanistischen Instituts der Universität Rostock über das Studienjahr 1961/62. In: UAR: Germanistisches Institut. Jahresberichte 1953-1965 (PHF 309).

tionen aufzeigen sollen. Andere Bezugspunkte bieten die Gesprächsprotokolle der Interviews mit zwei Beteiligten der Diskussionen, die zu dieser Zeit Studenten des Germanistischen Instituts waren. In allen Quellen kann man davon ausgehen, dass sie auch immer wieder subjektive Beurteilungen des Verfassers wiedergeben, auf die aber im Verlauf der Arbeit hingewiesen wird.

Zum anderen werden zur Prüfung der Thesen einige Akten aus dem Archiv der BStU ausgewertet. Sie geben leider nur einen Auszug wieder, da es aufgrund des Umfangs der Arbeit und der Bearbeitungszeit nicht möglich war, diese Recherche vollständig abzuschließen. Deshalb konnte die Frage nach dem Umfang, in dem das Ministerium für Staatssicherheit die politischen Diskussionen 1961 und 1962 ausgewertet hatte und welche Maßnahmen es ergriff, nicht zufriedenstellend beantwortet werden.

Da sich in vielen Berichten und Protokollen kein Verfasser ausmachen lässt, wird bei der Angabe der ungedruckten Quellen auf den Urheber verzichtet. Sollte es aber erheblich auf die Auswertung der Quelle Einfluss genommen haben, wird es im Verlauf der Arbeit hervorgehoben werden, wer der Schreiber des Dokuments war. Beim Betiteln der Quelle wurde versucht, in einheitlicher Form den Betreff oder die Überschrift und das Datum, soweit es angegeben war, einzuarbeiten. Danach werden die Einrichtung und die ausführliche Bezeichnung der Archive, deren Bestand und Signatur in Klammern stehen, genannt. Auf diese Weise soll der Ursprung meiner Quellen für den Leser nachvollziehbar sein. In gleicher Ordnung befindet sich zudem auch das Quellenverzeichnis, das für die ungedruckten Quellen, aufgrund der subjektiv vorgenommenen Namensgebung für die Dokumente, chronologisch nach dem Erstellungsdatum (wenn keines vorlag, dann nach der Lage in der Archive, wenn sie ein chronologisches System verfolgt) geordnet wurde. Die Seitenzahlen für die ungedruckten Quellen werden nur für die Bestände der BStU angegeben, da sie dort den Dokumenten systematisch zugefügt wurden. Für die Akten des Universitätsarchivs Rostock werden keine aufgeführt.

Die Zitate werden wortwörtlich aufgezeichnet, wobei die Abkürzungen, wenn sie nicht allgemeingültig sind oder im Abkürzungsverzeichnis vermerkt wurden, aufgelöst werden. Um sie möglichst originalgetreu wiederzugeben, werden Unterstreichungen, Fehler (die gesondert gekennzeichnet werden) und Klammern ebenso zitiert. Da es sich um Akten aus der DDR-Zeit handelt, wurde dort die alte Rechtschreibung verwendet. In den Zitaten wird diese dann beibehalten, um sie nicht zu verfälschen.

Die in der Arbeit verwendeten Abbildungen und Tabellen wurden auf Grundlage der jeweils verzeichneten Textquellen selbstständig erstellt. Sie werden im Abbildungsverzeichnis vermerkt.



Die Namen der in die Diskussionen eingebundenen Personen werden in den öffentlichen Beständen des Universitätsarchivs meistens ausgeschrieben. Lehrende, die ein Arbeitsverhältnis mit der Universität eingegangen waren, wurden zu Personen des öffentlichen Lebens. Deshalb werden ihre Namen genannt. Die Studenten jedoch gingen diese Verpflichtung nicht ein. Deshalb werden für sie zufällig ausgewählte Großbuchstaben verwendet, die keine Rückschlüsse auf die Personen zulassen. Zur Beschreibung der „Geheimen Informanten“, wie die „Inoffiziellen Mitarbeiter“ der Staatssicherheit vor 1965 meistens genannt wurden, werden ihre Decknamen angegeben. Der Grund dafür ist, dass sich bei einigen Fällen nicht eindeutig zuordnen lässt, ob ihre Anwerbung unter Druck erfolgte. Auch soll die Arbeit nicht zur „Entlarvung“ bestimmter Personen, sondern zur Analyse der Strukturen und Vorgänge dienen. Für dieses Interesse ist der Name nicht von Bedeutung, vielmehr die Einordnung in gewisse Seminargruppen oder Institute. In jener Frage wurde sich an der Arbeit von Karl Wockenfuß mit dem Thema „Die Universität Rostock und die Stasi“<sup>2</sup> orientiert.

In den Darstellungen zu den Diskussionen um Mauerbau und Wehrpflicht in der DDR werden hauptsächlich die Standorte Halle<sup>3</sup>, Jena<sup>4</sup> und Berlin untersucht. Zur Universität Rostock gibt es in der Literatur nur vereinzelte Angaben, dennoch werden diese Themen nicht ausführlich untersucht. Lediglich Kowalczuk<sup>5</sup> und Ohse<sup>6</sup> setzen sich genauer mit der Thematik der Diskussionen auseinander, dennoch fehlen in ihren Werken Betrachtungen des Standortes Rostock. Ammer, dessen Untersuchungen von 1969 sich mit der hiesigen Universität beschäftigten, weist nur in einem sehr knappen Absatz auf diese Diskussionen hin, da ihm wohl nur wenig Material zur Verfügung gestanden haben könnte.<sup>7</sup> In der Wissenschaftsgeschichte der Germanistik in der DDR stützen sich die Veröffentlichungen

---

<sup>2</sup> Wockenfuß, Karl: Die Universität Rostock und die Stasi. Einblicke in Akten und Schicksale. Rostock 2004.

<sup>3</sup> Rupieper, Hermann-Josef (Hrsg.): „Es gibt keinen Ausweg für Brandt zum Krieg.“ August 1961 an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg. Halle 2002.

<sup>4</sup> Preuß, Franziska: Die Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Mauerbau 1961. Reaktionen und Auswirkungen. In: Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena. (1945-1990). Band 1. Köln u.a. 2007. S. 239-266.

<sup>5</sup> Kowalczuk, Ilko-Sascha: Geist im Dienst der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003. S. 551ff.

<sup>6</sup> Ohse, Marc-Dietrich: Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961-1974). Berlin 2003. S. 34.

<sup>7</sup> Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1969. S. 20.

meistens auf die Forschungsthemen und die Lehrenden der Zeit.<sup>8</sup> Zu politischen Diskussionen der Studenten ihres Faches geben sie keine Auskunft. Gerade daher ist es das besondere Interesse der Arbeit, alle Angehörigen des Germanistischen Institutes zu betrachten und sie in die Vorgänge an der Rostocker Universität einzuordnen.

Die Betrachtung aller zur Verfügung stehenden Quellen soll die Frage beantworten: In welchem Umfang haben Diskussionen zum Mauerbau und zur Wehrpflicht stattgefunden und wer aus dem Germanistischen Institut war daran beteiligt? Soweit es durch Kenntnis der Aktenlage möglich ist, soll die Arbeit zudem herausfinden, welche Folgen diese Diskussionen in Bezug auf die Einflussnahme durch die Universität und im speziellen durch das Germanistische Institut hatten und welche Konsequenzen, sowohl persönliche als auch organisatorische, daraus gezogen wurden. Da es sich um zwei Diskussionen handelt, die sich in einem kurzen Zeitraum bewegten, ist es zudem das Interesse, herauszustellen, inwiefern sie sich glichen oder auch unterschieden haben.

---

<sup>8</sup> Vgl. Boden, Petra: Universitätsgermanistik in der SBZ/DDR. Personalpolitik und struktureller Wandel 1945-1958. In: Boden, Petra; Rainer Rosenberg (Hrsg.): Deutsche Literaturwissenschaft 1945-1965. Berlin 1997. S. 119-149. Vgl. Boden, Petra: Grenzschrirte. Remigranten in der literaturwissenschaftlichen Germanistik an deutschen Universitäten nach 1945. In: Euphorion 98. 2004. S. 425-463.

## 2. Die Organisationsstrukturen an der Universität Rostock im Studienjahr 1961/62

### 2.1. Die Leitung und die Befugnisse der Universität Rostock im Jahr 1961

In ihren Statuten aus dem Jahr 1954 setzte sich die Universität Rostock zum Ziel, ihre Studenten „in der dem Fortschritt dienenden Wissenschaft und Technik“ auszubilden. Ebenso wird im ersten Paragraphen bekräftigt, dass sie die Studenten zu Menschen erzieht, „die bereit sind, unermüdlich für den Frieden zu kämpfen, für ein einheitliches demokratisches Deutschland zu kämpfen und am Aufbau des Sozialismus mitzuarbeiten.“<sup>1</sup> Die Aufgaben der Universität Rostock werden im zweiten Absatz ausführlicher beschrieben. Ein Auftrag sei:

*„De[n] akademische[n] Unterricht auf Grund der Studienpläne zur Ausbildung von Fachkräften, die befähigt sind, auf Grundlage der neuesten Errungenschaften der Wissenschaft unter besonderer Auswertung der Erfahrungen der Sowjetwissenschaft die Theorie mit der Praxis zu verbinden.“<sup>2</sup>*

Die politische Haltung der Forschung wird im dritten Absatz verdeutlicht, denn eine andere Aufgabe war:

*„[d]ie wissenschaftliche Forschung, die zur Erfüllung der Aufgaben des planmäßigen Aufbaues des Sozialismus und zur Hebung des wissenschaftlichen und kulturellen Niveaus beiträgt.“<sup>3</sup>*

Doch auch zur Erziehung wird im ersten Paragraphen deutlich Stellung zur staatlich normierten Politik bezogen, dort wird als Auftrag der Universität beschrieben:

*„Die Erziehung aller Angehörigen der Universität zum demokratischen Staatsbewußtsein im Geiste des Fortschritts und der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern.“<sup>4</sup>*

Damit bringt die Universität bereits in ihrem Statut zum Ausdruck, auf die politische Stellung ihrer Mitglieder Einfluss nehmen zu können. Als Angehörige der Universität werden im zweiten Paragraphen alle Mitglieder des Lehrkörpers, die wissenschaftlichen Assistenten und Mitarbeiter, Aspiranten, die Studenten und alle übrigen Mitarbeiter und Angestellte beschrieben.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Statut der Universität Rostock vom 19. Mai 1954. In: UAR: Statut der Universität Rostock 1952-1954. Band 2 (R 125). S. 1.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Ebd. S. 2.

Im vierten Abschnitt des Statuts werden die Befugnisse des Rektors definiert, die sich auf

*„die Durchführung der Studienpläne, der Pläne für die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten sowie aller Verordnungen, Durchführungsbestimmungen und Anweisungen, die die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erlassen hat[,]“<sup>6</sup>*

konzentrieren und die „kulturell-erzieherische Arbeit“ leitet.<sup>7</sup> Damit war ein Prozess der Legitimation abgeschlossen und der staatliche und parteipolitische Einfluss gewährt.

Die Struktur der Universität unterteilte sich in die Fakultäten und die Institute, die dem Rektor unterstellt waren. Für die Unterstützung in seiner Leitungstätigkeit wurden dem Rektor vier Prorektoren zur Seite gestellt: Je einer für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, für Forschungsangelegenheiten und das Fern- und Abendstudium, für die wissenschaftliche Aspirantur und für Studentenangelegenheiten<sup>8</sup>. Letzterer bekam vom Rektor die Befugnisse zur „Leitung der kulturell-erzieherischen Arbeit“ der Studenten.<sup>9</sup>

Die Zusammensetzung des Senats wurde ebenso im Statut bestimmt. Er bestand aus:

*„dem Rektor, den vier Prorektoren, den Dekanen, dem Direktor der Arbeiter- und Bauernfakultät, dem Verwaltungsdirektor, dem von der Betriebsgewerkschaftsleitung benannten Vertreter der Gewerkschaft Wissenschaft, dem Leiter der Universitäts-Bibliothek“<sup>10</sup>*

Zugleich konnten in den Senat drei Angehörige der Universität, die vom Rektor vorgeschlagen und vom Staatssekretariat für Hochschulwesen bestätigt wurden, gewählt werden. Wenn Studentenangelegenheiten besprochen wurden, durfte ein Vertreter der FDJ-Hochschulgruppe beratend teilnehmen. Auch Stellungnahmen zu Gegenständen, die nicht das unmittelbare Lehr- und Forschungsleben betrafen, wurden dem Senat im Statut zugebilligt.<sup>11</sup>

Der sechste Abschnitt enthält eine unauffällige Bemerkung, die jedoch Rückschlüsse auf den Einfluss der Parteiorganisation der SED in der Universität

---

<sup>6</sup> Ebd. S. 5.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> In vielen Protokollen und Erklärungen wird dieser auch „Prorektor für Studienangelegenheiten“ genannt. Vgl. Erklärung Rektor und Senat der Universität Rostock. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

<sup>9</sup> Statut der Universität Rostock vom 19. Mai 1954. In: UAR: Statut der Universität Rostock 1952-1954. Band 2 (R 125). S. 7.

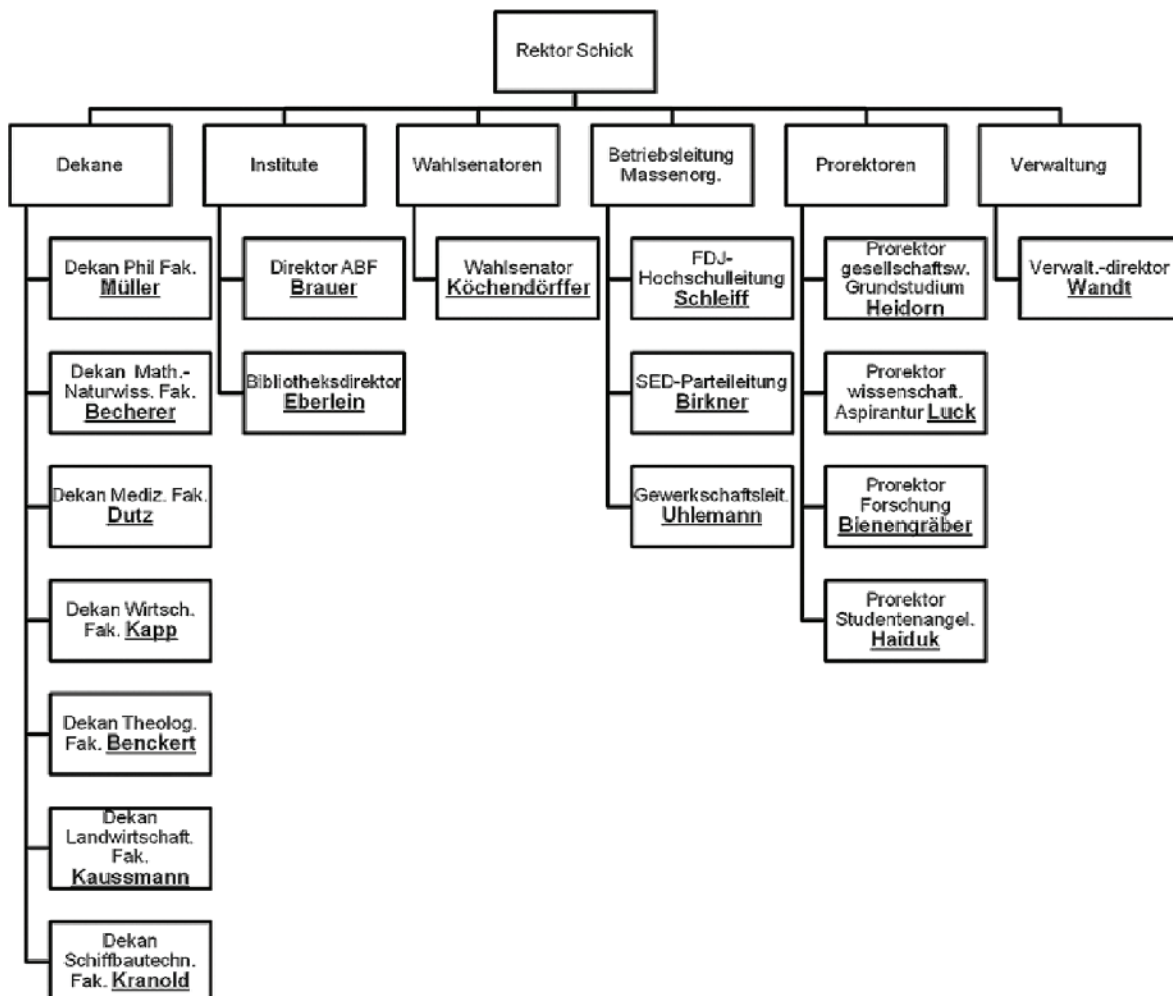
<sup>10</sup> Ebd. S. 8.

<sup>11</sup> Ebd. S. 8f.

erlaubt, indem bestimmt wird, dass „[bei] der Durchführung ihrer Aufgaben [...] alle Stellen der Universität eng mit den zuständigen gesellschaftlichen Organisationen zusammen [arbeiten]“.<sup>12</sup>

Stark vereinfacht ergibt sich aus dem Statut folgende Struktur:

Abb. 1. Struktur des Senats 1961



<sup>12</sup> Ebd. S. 15.

Im Jahr 1961 war dieser Rektor der Professor für Pflanzenzüchtung Rudolf Schick.<sup>13</sup> Der Dekan der Philosophischen Fakultät war Professor Fritz Müller.<sup>14</sup> Die vier Prorektoren waren für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium der Historiker Professor Heidorn, der Prorektor für die wissenschaftliche Aspirantur Professor Luck, für die Forschung Professor Bienengräber und seit dem 1. September 1961 für Studentenangelegenheiten der Wahrnehmungsdozent für neuere und neueste Literaturwissenschaft Manfred Haiduk.<sup>15</sup> Der Sekretär der FDJ-Hochschulgruppe war der Diplom-Ökonom und spätere Rostocker Oberbürgermeister Henning Schleiff.<sup>16</sup>

Die SED hatte für die Sicherung ihres Machtanspruches ab 1948 in allen Betrieben Grundorganisationen der Partei eingerichtet. Nach dem Vereinigungsparteitag 1946 waren sie den Ortsgruppen und den Wohnbezirksgruppen gleichgestellt, doch ab 1948 gelang es der Partei, sich vor allem in den Betrieben (zu denen auch die Universitäten gehörten), zu organisieren.<sup>17</sup> Nach diesem Prinzip

---

<sup>13</sup> Rudolf Schick studierte Landwirtschaft und war ab 1935 Mitglied der SA und der NSDAP. Nach dem Zweiten Weltkrieg widmete er sich stärker der landwirtschaftlichen Forschung und habilitierte 1951. Von 1953 bis 1956 war er Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät an der Universität Rostock. 1959 bis 1965 war er Rektor. 1952 wurde er Mitglied Präsidialrats des Kulturbundes und war dort ab 1963 Vizepräsident. Ab 1966 wirkte er im Hoch- und Fachschulrat beim Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen. 1968, ein Jahr vor seinem Tod, wurde er für seine Ergebnisse in der Kartoffelzüchtung von der SED kritisiert, aber 1990 durch die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften rehabilitiert. Vgl. Kuntsche, Siegfried: Schick, Rudolf: In: Müller-Engbergs, Helmut; Jan Wielgoß; Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Berlin 2000. S. 738.

<sup>14</sup> Fritz Müller arbeitete vor 1945 als Lehrer und Erzieher an der Deutschen Allgemeinen Erziehungsanstalt zu Keilhau und in Berlin, bevor er sich in der Sowjetischen Besatzungszone um den Aufbau des Erziehungs- und Bildungswesens bemühte. 1949 wurde er in Rostock Professor für Geschichte der Pädagogik und ab 1961 war er Dekan der Philosophischen Fakultät. Vgl. Grewolls, Grete: Wer war wer in Mecklenburg-Vorpommern? Ein Personenlexikon. Bremen 1995. S. 298.

<sup>15</sup> Erklärung Rektor und Senat der Universität Rostock. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132). Manfred Haiduk siehe Kapitel 2.2.

<sup>16</sup> Diplom Ingenieur Henning Schleiff absolvierte bis 1960 sein Studium in Rostock, bevor er Leiter der FDJ-Hochschulgruppe wurde. 1959 trat er in die SED ein. Von 1963 bis 1969 war er erster Sekretär der FDJ-Kreisleitung und zudem Mitglied der SED-Kreisleitung in Rostock. Zunächst war er Aspirant am Institut für Gesellschaftswissenschaften, um dann 1974/5 stellvertretender Oberbürgermeister und ab 1975 Oberbürgermeister der Stadt Rostock zu sein. 1990 musste er aufgrund der starken Bürgerproteste von diesem Amt zurücktreten. Vgl.: Müller-Engbergs, Helmut: Schleiff, Henning. In: Müller-Engbergs, Helmut; Jan Wielgoß; Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Berlin 2000. S. 744.

<sup>17</sup> Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die „Hochschulfront ist Kampffront“. Die SED-Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen in der SBZ/DDR 1946-1961. In: Horch und Guck

bildete die SED eine Grundorganisation auf Universitätsebene. Da sie größer als in vielen Betrieben war, unterteilte sie sich in verschiedene Abteilungsparteiorganisationen und jene wiederum in unterschiedliche Parteigruppen.<sup>18</sup> Sie konnten zudem aber variieren und auch, wenn es die Situation erforderte, aufgelöst oder gebildet werden.<sup>19</sup> Die gleiche Organisationsstruktur galt auch für die Gewerkschaft und für die FDJ-Gruppen.<sup>20</sup>

Die hauptamtliche Parteileitung der Universität Rostock oblag dem 1. Sekretär Diplom Gesellschaftswissenschaftler Fred Birkner. Dieser war auch bei Senatssitzungen entgegen dem eigentlichen Statut anwesend und genoss anscheinend Rede- und Stimmrecht.<sup>21</sup> In der Parteileitung der Universität waren am 20. September 1961 19 Mitglieder registriert. Jedoch schwankte die Zahl durch Beurlaubungen und Neubesetzungen.<sup>22</sup> Sowohl im Senat als auch in der UPL waren zudem drei Prorektoren, die Mitglieder der SED waren, vertreten. Dies waren Professor Luck, Professor Heidorn (die einzigen beiden Professoren in der UPL) und der Germanist Dr. Haiduk. Ebenso war dort auch der 1. Sekretär der FDJ-Hochschulgruppe Schleiff vertreten. Ein weiterer Germanist in diesem Gremium war das Mitglied der Gewerkschaftsleitung Hansjoachim Finze.<sup>23</sup>

Bei einer Auflistung ergibt sich für den 20. September 1961 folgende Zusammensetzung der UPL:

---

40. 2002. S. 62.

<sup>18</sup> Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1961. S. 60.

<sup>19</sup> Das erklärt auch die unterschiedliche Bezeichnung für die „Parteigruppe Germanistik“, die auch zeitweilig „Parteigruppe der Philologen“ oder „Parteigruppe Germanistik/Anglistik“ genannt wird. Eine konkrete Benennung lässt sich nach Betrachtung ihrer Akte nur schwer ausmachen. Vgl. UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399). Vgl. Prieß, Lutz: Die Organisationsstruktur. In: Herbst, Andreas; Gerd-Rüdiger Stephan; Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED: Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997. S. 143.

<sup>20</sup> Schneider, Ilona Katharina: Weltanschauliche Erziehung in der DDR. Normen – Praxis – Oppositionen. Eine kommentierte Dokumentation. Opladen 1995. S. 53.

<sup>21</sup> Protokoll über die Senatssitzung am 4. September 1961. In: UAR: Senatsprotokolle 1961. Band 14 (R 270).

<sup>22</sup> Protokoll über die UPL-Sitzung am 20. September 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>23</sup> Siehe Kapitel 2.2.

1. Sekretär: Fred Birkner, Struck, Schrage, Hellwig, Professor Luck, Professor Heidorn, Dr. Roger, Dr. Finze, Hildebrand, Schwarz, Runge, Milbret, Kruse, Meinke, Achtenhagen, Schleiff, Kleinpeter, Hiller, Prehn und Dr. Haiduk.<sup>24</sup>

Zusätzlich gab es ein Sekretariat der UPL, welches im Vorab Personalfragen und politische Situationen besprach. Dort waren im Juli Birkner, Heidorn, Struck, Schrage, Hellwig und Runge vertreten.<sup>25</sup> Fraglich bleibt, ob die dort getroffenen Entscheidungen die Grundvoraussetzungen für deren Billigung im Senat waren. Dies zu klären würde jedoch eine weitere umfangreiche Arbeit erfordern.

Wird ein Vergleich zwischen der offiziell nach Statut geltenden und der eigentlichen Leitungstätigkeit der SED-Parteileitung angestellt, so kann man den Protokollen entnehmen, dass in der UPL Themen vorher besprochen und Erklärungen von Genossen bearbeitet wurden, damit sie anschließend im Senat die offizielle Bestätigung fanden. Auch Personalfragen, die im herkömmlichen Sinne der Rektor zu verwalten hatte, findet man in der Universitätsparteileitung aufgeworfen, bevor sie den Senat erreichten.<sup>26</sup> Sicherlich kann man davon ausgehen, dass Rektor Schick die oberste Entscheidungsgewalt in Sach-, Organisations- und Personalfragen hatte und die Entscheidungen des Senats ausschlaggebend waren. Dennoch scheint seine Handlungsfreiheit im Hinblick auf die straff organisierte Parteistruktur nicht in jeder Hinsicht geklärt. Einen großen Einfluss als Instrument des Staates in der Universität übten wohl die Genossen aus, die sowohl in der Parteileitung als auch in der Universitätsleitung tätig waren. Die Prorektoren verfügten als Beauftragte des Rektors über viele Leitungsbefugnisse. Diese Stellen waren mit drei Mitgliedern der SED besetzt worden.<sup>27</sup>

In der Philosophischen Fakultät war die Durchdringung durch die Partei 1961 bereits weit fortgeschritten. Von 31 Professoren und Dozenten, die an den Lehrstühlen tätig waren, waren 25 Mitglieder der SED. Im wissenschaftlichen Nachwuchs waren 67 von 122 in der Partei organisiert. Von den Studenten jedoch

---

<sup>24</sup> Protokoll über die UPL-Sitzung am 20. September 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>25</sup> Das letzte Protokoll der Sekretariatssitzung stammt vom 31. Juli 1961. Danach lassen sich in den Beständen von 1961 und 1962 keine ähnlichen Protokolle des verkleinerten Gremiums finden. Da sich im UAR aber ein Protokoll einer Sekretariatssitzung von 1965 befindet, kann man davon ausgehen, dass auch weiterhin Sitzungen des kleinen Kreises stattgefunden haben. Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 31. Juli 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>26</sup> Ein Beispiel dafür bietet die Absetzung des Verwaltungsdirektors Wandt Vgl. UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

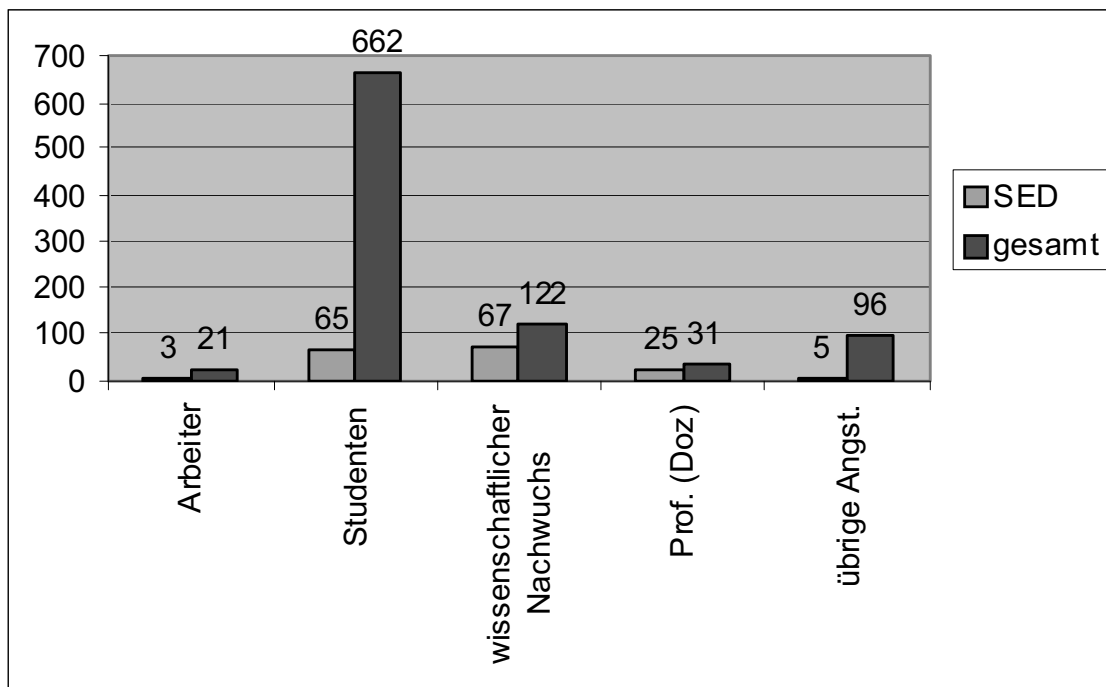
<sup>27</sup> Protokoll über die Senatssitzung am 4. September 1961. In: UAR: Senatsprotokolle 1961. Band 14 (R 270).



nur 65 von 662. Von den 96 sonstigen Angestellten waren es noch fünf, und die kleinste Gruppe der 21 Arbeiter stellten drei Parteimitglieder.<sup>28</sup>

Die Verteilung der SED-Mitglieder auf die gesamten Angehörigen war demnach folgendermaßen:

Abb. 2. Verteilung der SED-Mitglieder Philosophischen Fakultät 1961



## 2.2. Die Personalstruktur am Germanistischen Institut im Studienjahr 1961/1962

Die Akten des Germanistischen Instituts geben einigen Aufschluss über dessen personelle Besetzung. Die Institutsdirektorin war zu Beginn des Studienjahres 1961/62 die Professorin Edith Braemer.<sup>29</sup> Sie wurde 1909 geboren und wuchs in Hamburg auf. Während der nationalsozialistischen Herrschaft wurde sie zunächst gefangen genommen, emigrierte daraufhin nach Shanghai, wo sie sich eine Tro-

<sup>28</sup> Über die Verteilung der Parteikräfte in der Parteiorganisation der Universität Rostock vom 8. November 1961. In: UAR: Monatsberichte, Statistik, Analysen 1952-1963 (UPL 204).

<sup>29</sup> Edith Braemer: geboren am 16.07.1909 in Hamburg; gestorben am 13.04.1969 in Leipzig. Nach persönlichen Problemen und infolge ihrer schweren Erkrankung erlitt sie immer wieder Dienstaussfälle, weswegen sie 1963 nicht mehr als Institutsdirektorin arbeiten konnte. Sie wechselte 1965 nach Leipzig. Bei den Studenten war sie laut Aussage der Zeitzeugen außerordentlich beliebt. Vgl. UAR: Personalakte Edith Braemer. Vgl. Gesprächsprotokoll von D. Anlage 2. Vgl. Gesprächsprotokoll von A. Anlage 1.

penkrankheit zuzog, die sie Zeit ihres Lebens immer wieder arbeitsunfähig machte. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland studierte Edith Braemer an der Humboldt-Universität zu Berlin, promovierte später in Jena und nahm dort auch ihre erste Lehrverpflichtung als Dozentin für Neuere Literaturgeschichte wahr. 1958 habilitierte sie in Rostock und war dort bis 1963 Institutsdirektorin.<sup>30</sup> In der KPD war Edith Braemer schon seit 1931 Mitglied; der SED gehörte sie nach der Vereinigung 1946 an. Obwohl zwei ihrer Kinder in England und ihre Mutter in Hamburg lebten, galt Braemer als überzeugte Kommunistin, die 1958 eine Medaille für „Kämpfer gegen den Faschismus“ erhielt.<sup>31</sup>

Das Institut teilte sich in drei Abteilungen: Die Abteilungen „Deutsche Sprache und ältere deutsche Literatur“, „Neuere deutsche Literaturgeschichte und allgemeine Literaturwissenschaft“, „Geschichte der deutschen sozialistischen Literatur“ und die Abteilung „Sprechkunde“.<sup>32</sup>

Für die sprachwissenschaftliche Abteilung war als Leiter Professor Hans-Joachim Gernentz<sup>33</sup> zuständig, für den mehrere Mitarbeiter und Aspiranten tätig waren. Dazu gehörte der emeritierte Professor Hans Düwel, die Assistenten Ilse Rahnenführer, Annegret Zdrenka und Margot Koliwer. Als Aspirant war zusätzlich Hermann Kowalke in der Abteilung beschäftigt. Zu den Aufgaben dieser Mitarbeiter gehörte die Betreuung der Studenten. Aus dem Jahresbericht vom Studienjahr 1961/62 lässt sich ersehen, dass Rahnenführer für die Betreuung der Gruppe Slawistik/Germanistik im dritten Studienjahr und Koliwer für die Gruppe Germanistik/Geschichte im ersten Studienjahr zuständig waren. Zusätzlich zu der Betreuung gab es eine Reihe von Lehrverpflichtungen, die vor allem im Bereich von obligatorischen Seminaren zur Linguistik im Grundstudium lagen. Hans-Joachim Gernentz hielt zudem Überblicksvorlesungen und eine Reihe von Spezialseminaren.<sup>34</sup>

In der Abteilung „Neuere deutsche Literaturgeschichte und allgemeine Literaturwissenschaft“ waren als Professoren sowohl Frau Braemer als auch der

---

<sup>30</sup> In ihrem Lebenslauf von 1962 gab Edith Braemer an, 1957 nach Rostock gekommen zu sein. Dies kann aber aufgrund ihrer Personalakte nicht bestätigt werden, da dort vermerkt ist, dass sie am 1. Februar 1958 in Rostock ihre Tätigkeit aufnahm. Vgl.: Lebenslauf von 1962. In: UAR: Personalakte Edith Braemer.

<sup>31</sup> UAR. Personalakte Edith Braemer. Vgl. Eine Kommunistin. In: SED-Parteileitung der Universität Rostock (Hrsg.): Die Neue Universität 2. 1962. S. 4.

<sup>32</sup> Jahresbericht des Germanistischen Instituts der Universität Rostock über das Studienjahr 1961/62. In: UAR: Germanistisches Institut. Jahresberichte 1953-1965 (PHF 309).

<sup>33</sup> Siehe Kapitel 3.5.

<sup>34</sup> Jahresbericht des Germanistischen Instituts der Universität Rostock über das Studienjahr 1961/62. In: UAR: Germanistisches Institut. Jahresberichte 1953-1965 (PHF 309).

emeritierte Walter Epping in leitender Position. Hans-Joachim Bernhard<sup>35</sup> arbeitete an seiner Habilitation und hatte genau wie seine Kollegen die Aufgabe, Lehrveranstaltungen zu absolvieren. Manfred Haiduk<sup>36</sup> war ebenfalls noch nicht habilitiert, die zeitliche Belastung durch sein Amt als Prorektor für Studienangelegenheiten<sup>37</sup> war jedoch außergewöhnlich hoch, so dass er im Lehrbetrieb des Instituts nur wenige Aufgaben zu erfüllen hatte<sup>38</sup>. Gertrud Schmidt, Walter Waldmann und Gisela Strandt arbeiteten in dieser Abteilung als Assistenten und alle drei betreuten Seminargruppen des zweiten Studienjahres. Schmidt kümmerte sich um die Gruppe Germanistik/Geschichte, Waldmann um die Germanistik/Anglistik und Strandt um die Gruppe Germanistik/Slawistik.<sup>39</sup>

In der Abteilung „Geschichte der deutschen sozialistischen Literatur“ wirkte Erich Kühne.<sup>40</sup> Er hatte an den Universitäten München und Wien studiert und promovierte 1933. Während des Nationalsozialismus war er Mitglied der NSDAP und arbeitete beim Rundfunk und beim Propagandaministerium, bevor er zum Kriegsdienst 1939 eingezogen wurde. Vor seiner Berufung nach Rostock wirkte Kühne in Halle und Berlin als Dozent für Literaturgeschichte und deutsche Sprache. 1955 kam er nach Rostock und wurde dort von 1955 bis 1958 Direktor des Germanistischen Instituts sowie von 1955 bis 1957 Dekan der Philosophischen Fakultät. Parteilich organisiert war Kühne ab 1947 in der SED. 1951 wurde er dort jedoch aufgrund einer Fragebogenfälschung ausgeschlossen. Ihm gelang es erst 1961, wieder in die SED einzutreten.<sup>41</sup>

---

<sup>35</sup> Hans-Joachim Bernhard promovierte zum Thema: „Der Weltkrieg 1914-1918 im Werk Ernst Jüngers, Erich Maria Remarques und Arnold Zweigs“. Er galt in der Universität als Spezialist für westdeutsche Literatur. Vgl. Wilhelm-Pieck-Universität Rostock (Hrsg.): 125 Jahre Germanistik an der Universität Rostock 1858-1983. Rostock 1983. S. 52. Vgl. Kapitel 3.5.

<sup>36</sup> Manfred Haiduk: geboren am 27.03.1929. Seit 1950 studierte er Germanistik und Geschichte. 1958 promovierte er zum Thema: „Wesen und Sprache der polemischen Schriften Thomas Manns.“ 1961 wurde Haiduk als Nachfolger von Roger Prorektor für Studentenangelegenheiten. Vgl. Neuer Prorektor. In: SED-Parteileitung der Universität Rostock (Hrsg.): Die Neue Universität 13. 1961. S. 1.

<sup>37</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>38</sup> Jahresbericht des Germanistischen Instituts der Universität Rostock über das Studienjahr 1961/62. In: UAR: Germanistisches Institut. Jahresberichte 1953-1965 (PHF 309).

<sup>39</sup> Ebd.

<sup>40</sup> Erich Kühne: geboren am 12.02.1908 in Witkowitz-Mährisch Ostrau, gestorben am 20.04.1983 in Rostock.

<sup>41</sup> Prignitz, Steffen: Kühne, Erich Ludwig. In: König, Christoph (Hrsg.): Internationales Germanistenlexikon 1800-1950. Berlin 2003. Band 2. S. 1027f. Vgl. Jahresbericht des Germanistischen Instituts der Universität Rostock über das Studienjahr 1961/62. In: UAR: Germanistisches Institut. Jahresberichte 1953-1965 (PHF 309).

Gemeinsam mit Kühne arbeitete in der Abteilung „Geschichte der deutschen sozialistischen Literatur“<sup>42</sup> Hansjoachim Finze<sup>43</sup>, der aber aufgrund seiner Tätigkeit in der Universitätsgewerkschaftsleitung<sup>44</sup> vorübergehend weniger Aufgaben übernehmen musste. Zudem waren vier Assistenten beschäftigt, die wie ihre Kollegen Seminargruppen zu betreuen hatten. Evelyn Krause hatte die Gruppe Germanistik/Slawistik aus dem dritten Studienjahr, Liselotte Malzahn kümmerte sich um die Gruppe Germanistik/Geographie des zweiten Studienjahres, Dieter Posdzech betreute die Diplomanden ebenfalls des zweiten Studienjahres und Eva-Maria Burckhardts Gruppe war Germanistik/Anglistik im ersten Jahr.<sup>45</sup> Die Abteilung Sprechkunde wurde von Walter Trenchel geleitet.<sup>46</sup>

In den Akten der Grundorganisation der Philosophischen Fakultät sind außerordentlich viele Dokumente zur Personalpolitik vorhanden, die darauf hinweisen, dass nicht nur die Qualifikation, sondern auch die gezielte Einsetzung von Parteikadern in den Parteigruppen verhandelt wurde.<sup>47</sup> Sie reichten aber nicht, um eine These zu begründen, die die Annahme bestätigt, dass sich der Stab des Germanistischen Instituts ausschließlich auf solche Weise zusammensetzt. Dennoch waren die Personalentscheidungen, welche in der DDR zur Einsetzung der Germanisten beschlossen wurden, wahrscheinlich sowohl politische als auch fachliche.<sup>48</sup>

---

<sup>42</sup> Die Einrichtung dieses Lehrstuhls lässt sich auf die Tendenz der DDR-Germanistik, sich auf die Theorie des „Sozialistischen Realismus“ zu stützen, zurückführen. Nicht alle ostdeutschen Germanisten konnten sich damit identifizieren, so auch nicht der Leipziger Hans Mayer, der die DDR 1963 verließ. Vgl. Boden, Petra: „Es geht ums Ganze!“ Vergleichende Beobachtungen zur germanistischen Literaturwissenschaft in beiden deutschen Staaten 1945-1989. In: Euphorion 91. 1997. S. 253.

<sup>43</sup> Hansjoachim Finze promovierte 1958 zum Thema „Empfindungen, Vergnügen und Arkadien bei Johann August Unzer (1727-1799) und den Hamburger Anacreontikern.“ Bis in die achtziger Jahre wirkte er in leitenden Positionen am Institut und in der Universität. Zwischenzeitlich übernahm er kommissarisch die Direktion des Germanistischen Instituts. Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>44</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>45</sup> Jahresbericht des Germanistischen Instituts der Universität Rostock über das Studienjahr 1961/62. In: UAR: Germanistisches Institut. Jahresberichte 1953-1965 (PHF 309).

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380).

<sup>48</sup> Schandera, Gunter: Diktaturenvergleich. Die politische Steuerung der literaturwissenschaftlichen Germanistik im Nationalsozialismus und in der DDR. In: Dainat, Holger; Lutz Danneberg (Hrsg.): Literaturwissenschaft im Nationalsozialismus. Tübingen 2003. S. 354.

Der Jahresbericht des Instituts von 1961 und 1962 gibt Aufschluss über die Aktivitäten der Mitarbeiter. Braemer und Kühne halfen demnach „bei der Gewerkschaftsarbeit der Med.[zinischen] Fak.[ultät]“<sup>49</sup>. Als Mitglieder der Fakultätsgewerkschaftsleitung wurden Krause, Waldmann und Schmidt eingetragen. Einflussreiche Positionen hatten in diesen Jahren vor allem Burckhardt, die Mitglied der Parteileitung der Grundorganisation Sprachen<sup>50</sup> war, Haiduk als Mitglied der Universitätsparteileitung<sup>51</sup> und Prorektor für Studienangelegenheiten sowie Finze in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Universitätsgewerkschaftsleitung.<sup>52</sup> Außeruniversitär waren vor allem Hans-Joachim Bernhard als Bezirkstagsabgeordneter und Vorsitzender der Kommission für Volksbildung<sup>53</sup> und Finze, Mitglied im Bezirksvorstand des FDGB, aktiv.

Besonders auffällig schienen in den Jahren 1961 und 1962 die Differenzen zwischen Erich Kühne und Edith Braemer gewesen zu sein, die sich auf das gesamte Institut niederschlugen. Darüber berichten sowohl die Zeitzeugen<sup>54</sup> als auch die Akten der Parteigruppe der Germanistik, die in ihren Versammlungen die Differenzen zwischen den beiden Professoren thematisierte. Obwohl es sich anscheinend nur um einen persönlichen Konflikt handelte, wirkte sich dieser auf den Institutsalltag in erheblicher Weise aus. Zunächst bestand aufgrund des gemeinsamen Lehrers Gerhard Scholz eine mögliche Basis der beiden Hochschul-lehrer zusammenzuarbeiten, jedoch kam es wahrscheinlich wegen der verschiedenen politischen Vorgeschichten zu häufigen Auseinandersetzungen.<sup>55</sup>

Den ersten Brief von Edith Braemer, der die scheinbar unmögliche Zusammenarbeit aufzeigt, wurde am 21. Mai 1960 verfasst. Dort wies sie bereits entschieden darauf hin, dass sie sich von ihrem Kollegen in ihrer Position als Institutsdirektor nicht angezweifelt werden wollte:

*„Ich verstehe darunter auch, daß Genosse Kühne mich nicht wieder offiziell vertritt, wenn ich verreise oder einmal krank werden sollte. Gen.[osse] Kühne strebt solche Vertretung nur aus Ehrgeiz an, nicht aber, weil er wirklich gewillt ist, die Geschäfte zu führen.“<sup>56</sup>*

---

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>51</sup> Siehe Ebd.

<sup>52</sup> Siehe Ebd.

<sup>53</sup> Kommission für Volksbildung

<sup>54</sup> Gesprächsprotokoll von A. Anlage 1. Vgl. Gesprächsprotokoll von D. Anlage 2.

<sup>55</sup> UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

<sup>56</sup> Schreiben Edith Braemers vom 21. Mai 1960. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

Weiterhin zweifelte sie in dem Brief Kühnes tatsächliche Arbeitsbereitschaft und sein Verhalten in der Diplomandenausbildung an, so dass sie den Antrag an die Parteileitung stellte:

*„Sollte Genosse Kühne sich nicht entschließen können, zu diesen drei Punkten sein Einverständnis zu erklären, so sehe ich mich gezwungen, [...] zu beantragen, ihn aus dem Institut ganz zu entfernen.“<sup>57</sup>*

Abschließend brachte sie zum Ausdruck, beim nächsten Zwischenfall dafür sorgen zu wollen, Kühne „endgültig aus dem Institut zu entfernen“<sup>58</sup>. Dafür bot sich schon am 19. Juni 1960 die nächste Möglichkeit. Vor allem die Auswirkungen des Konfliktes mit ihm waren ihrer Ansicht nach eine Ursache dafür, dass die Germanistische Parteigruppe „eine labile Körperschaft sei.“<sup>59</sup> Um diese zu stärken und eine erträgliche Situation zu schaffen, beantragte Braemer, entweder über die eigene oder die Versetzung Kühnes zu verhandeln. Auf einer folgenden Parteileitungssitzung kam es zu einer Aussprache zu diesem Thema. Dort fasste Joseph Pischel<sup>60</sup> die Auseinandersetzungen zusammen, indem er schrieb: „Gen.[osse] Kühne neigt dazu, Dinge zu sehen, die garnicht [sic] da sind. Gen.[osse] Braemer neigt zu Überspitzungen.“<sup>61</sup>

Überraschend scheint nur zu sein, dass Kühne zu diesem Zeitpunkt keineswegs Mitglied der SED, sondern lediglich im Kandidatenstatus war, nachdem sich die Parteigruppe 1958 für seine Wiederaufnahme eingesetzt hatte. In den Protokollen von 1960 ist dies aber nicht vermerkt.<sup>62</sup>

Nach vielen gegenseitigen Vorwürfen schworen beide, eine Zusammenarbeit zu versuchen, die aber dennoch regelmäßig scheiterte.<sup>63</sup> Im Sommer 1961, nach längerer Krankheit Braemers, fand eine Parteigruppensitzung statt, in der die Mitglieder in ihrer Abwesenheit über ihr Ausscheiden vom Posten des Institutsdirektors verhandelten. Zwar wurde dort beschlossen, sie nicht wieder einzuset-

---

<sup>57</sup> Ebd.

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> Schreiben Edith Braemers vom 19. Juni 1960. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

<sup>60</sup> Joseph Pischel war Mitglied der Parteigruppe Germanistik und promovierte 1967 mit der Arbeit zu Lion Feuchtwangers Wartesaaltrilogie. 1964-1965 lehrte er in Budapest. Vgl. Wilhelm-Pieck-Universität Rostock (Hrsg.): 125 Jahre Germanistik an der Universität Rostock 1858-1983. Rostock 1983. S. 56.

<sup>61</sup> Protokoll der Parteigruppenversammlung vom 28. Juni 1960. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

<sup>62</sup> UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

<sup>63</sup> UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

zen, jedoch hat die Gruppe davon anscheinend keinen Gebrauch gemacht. Aber es führte zur Erweiterung der Befugnisse Kühnes, der nun die Direktorin während ihrer Krankheit vertreten konnte.<sup>64</sup>

Die Stimmung im Germanistischen Institut im Studienjahr 1961/62 wurde auf dem Wahlprotokoll im Hinblick auf die Neubesetzung der Direktion des Germanistischen Instituts folgendermaßen eingeschätzt:

*„Dass [sic]<sup>65</sup> dieses nicht geschehen ist, scheint uns daran zu liegen, dass dieser Beschluss an einen Themenkomplex rührt, der im Germ.[anistischen] Inst.[itut] als heisses Eisen angesehen und daher nicht berührt wird. Für viele Fragen gibt es daher in der Parteigruppe keine Atmosphäre [sic] sachlicher Kritik und es gibt auch nur ein begrenztes Vertrauen unter den Genossen.“<sup>66</sup>*

Der Konflikt ging demnach über die Aussprachen des Jahres 1960 hinaus. Die Beeinflussung der Institutsarbeit durch das Wirken der Parteigruppe kann als gegeben vorausgesetzt werden, da in dem politischen Gremium fortwährend über personelle Besetzungen diskutiert wurde. Diese Aufgabe sollte nach Universitätsstatut eigentlich entweder die Fakultätsleitung oder der Institutsrat übernehmen. Fachliche Qualitäten wurden nach den ersten Aussprachen zumeist nicht mehr angezweifelt, ging es doch vordergründig um die charakterlichen und körperlichen Schwächen der Streitparteien. Dies gipfelt sogar darin, dass im Juli 1962 eine Analyse des Slawisten Professor Raab ergab, in der Parteigruppe der Germanisten würde der Kern nur durch die Genossen Burckhardt und Finze gestellt werden.<sup>67</sup> Interessant ist das verhältnismäßig seltene Auftreten der Sprachwissenschaftler in den Auseinandersetzungen, was sich wohl zum größten Teil darin begründen lässt, dass Hans-Joachim Gernentz als Leiter der Sprachwissenschaft politisch bei der CDU organisiert war. Deswegen konnte er wahrscheinlich zu diesem Zeitpunkt nicht Institutsdirektor werden und auch an den Diskussionen der Parteigruppe keinen Anteil haben.

*„Nach ihrer wissenschaftlichen Qualifikation kommen nur Gen.[osse] Prof. Kühne oder Dr. Gernentz in Frage. Da zwei Genossen Professoren am Institut sind, wäre es politisch untragbar, dass [sic] Dr. Gernentz diese Position ein-*

---

<sup>64</sup> Protokoll der Parteigruppenversammlung vom 19. Juli 1961. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

<sup>65</sup> In einigen Protokollen wird das „ß“ vom Schreiber durch „ss“ ersetzt. Darauf wird im weiteren Verlauf der Arbeit nicht näher eingegangen.

<sup>66</sup> Wahlprotokoll der Parteigruppe vom 19. März 1962. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

<sup>67</sup> Bericht des Leiters der Kommission über das Germanistische Institut am 10. Juli 1962. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

*nimmt. Sicherlich würde er die Verwaltungsarbeit gut erledigen, aber der politischen Leitung sei er nicht gewachsen.*“<sup>68</sup>

Die Geschicke der Parteigruppe Germanistik/Anglistik (die manchmal getrennt, manchmal als eine Parteigruppe geführt wurde<sup>69</sup>) leiteten für die Germanistik als Mitglieder Braemer, Kühne, Finze, Bernhard, Haiduk, Zdrenka und Burckhardt. Für die Berichterstattung war als Institutsdirektorin aber Braemer zuständig; nur in ihrer Abwesenheit besaß Professor Kühne die Vollmacht. Die Protokolle der Parteigruppe wurden zumeist von Frau Burckhardt verfasst, ihr Einfluss auf die Geschicke des Germanistischen Instituts schien sehr groß gewesen zu sein.<sup>70</sup>

Aus den Jahren 1961 und 1962 sind aus den Akten nur zwei Assistenten bekannt, die als „Geheime Informanten“<sup>71</sup> für die Staatssicherheit tätig waren.<sup>72</sup> IM „Echtermeyer“ wurde 1959 angeworben. Leider wurde der Teil seiner Akte, der vor 1988 entstanden ist, planmäßig kassiert. Daher sind nur noch die Verpflichtungserklärung vom 30.10.1959 und eine Einschätzung über die Arbeit als „Inoffizieller Mitarbeiter“ von 1962 erhalten. Inwiefern „Echtermeyer“ aber auch über das Institut und dessen politische Diskussionen berichtete, kann nicht mehr nachvollzogen werden.<sup>73</sup>

Die Anwerbung der anderen „Geheimen Informantin“ erfolgte bereits im Jahr 1953, als sie noch Studentin am Germanistischen Institut in Rostock war. Als Decknamen wählte sie „Buch“, arbeite regelmäßig mit der Staatssicherheit zusammen und verfasste ausführliche und umfangreiche Berichte über eine Vielzahl ihrer Kollegen. Ihre Stellung am Institut wurde vom MfS folgendermaßen einge-

---

<sup>68</sup> Protokoll der Parteigruppenversammlung vom 19. Juli 1961. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

<sup>69</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>70</sup> UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399). Vgl. Gesprächsprotokoll von A. Anlage 1.

<sup>71</sup> In den Jahren 1961 und 1962 war die Bezeichnung „Geheimer Informant“ (GI) (bis 1965) gebräuchlicher als die Benennung „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM), dennoch lassen sich in den Akten der BStU beide Varianten finden. Vgl. Bergmann, Christian: Die Sprache der Stasi. Ein Beitrag zur Sprachkritik. Göttingen 1999. S. 127f. In dieser Arbeit orientiere ich mich am jeweiligen Fall und übernehme die in den Akten eingetragene Bezeichnung. Strukturell benennen aber beide Bezeichnungen dasselbe. Vgl. Auskunftsbericht zum IM „Buch“ vom 12. Juli 1962. In: BStU: Rost. AIM 2772/74 Band 1. S. 58-62.

<sup>72</sup> Dennoch kann es wahrscheinlich sein, dass noch mehr Angestellte des Germanistischen Instituts in dieser Funktion tätig waren. Bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit im Oktober 2007 konnten aber keine weiteren „Inoffiziellen Mitarbeiter“ in den Jahren 1961 und 1962 aufgefunden werden.

<sup>73</sup> Vgl. BStU: Rost. AIM 4242/90 Band 3.



schätzt: „Als Genossin leistet sie eine gute politische Arbeit und wird von den Mitarbeitern in ihrer Arbeit auch geachtet.“<sup>74</sup>

Woher das Ministerium für Staatssicherheit aber diese Informationen hatte, wird in dem Bericht nicht erwähnt. In diesem Auskunftsbericht wird dargestellt, dass „Buch“ gezielt zur „Absicherung der Philosophischen Fakultät“<sup>75</sup> eingesetzt worden war. Die meisten Berichte über die Situation am Germanistischen Institut verfasste sie aber vor 1960 und stützte sich dabei hauptsächlich auf den Streit von Braemer und Kühne. Sie übte offene Kritik an anderen Kollegen und zweifelte zum Teil deren ideologische Haltung an.<sup>76</sup>

Da ich keine Akten zu einzelnen Personen, zu denen eventuell „operative Vorgänge“, das heißt gezielte Untersuchungen, stattgefunden haben, einsehen konnte, war es mir leider nicht möglich, einzuschätzen, wie groß das Ausmaß der tatsächlichen Berichterstattung „Buchs“ war.

---

<sup>74</sup> Auskunftsbericht zum IM „Buch“ vom 12. Juli 1962. In: BStU: Rost. AIM 2772/74 Band 1. S. 59.

<sup>75</sup> Ebd. S. 60.

<sup>76</sup> Bericht über die Situation am Germanistischen Institut vom 11. Juni 1959. In: BStU: Rost. AIM 2772/74 Band 1. S.143f.

### 3. Die politische Diskussion nach dem Bau der Berliner Mauer

#### 3.1. Der Bau der Berliner Mauer

Nach dem Tod Wilhelm Piecks am 7. September 1960 wurde das Amt des Präsidenten der DDR durch den Staatsrat ersetzt, dessen Vorsitz Walter Ulbricht übernahm. Aufgrund seiner Stellung als Erster Sekretär des ZK der SED und seinem Vorsitz im Verteidigungsrat vereinte er durch diese dritte Position die politisch bedeutsamen Posten der DDR. Vor allem die Versorgungskrise, die wirtschaftlichen Engpässe sowie die Politik der SED führten in den Jahren 1960 und 1961 zu einer Massenflucht aus der DDR. Verantwortlich für die schlechte wirtschaftliche Lage wurden die „Grenzgänger“ gemacht, die im Osten zu günstigen Preisen lebten, aber in Westberlin arbeiteten. Daraufhin ergriff die Regierung Gegenmaßnahmen, indem sie deren Miete in Westmark bezahlen und sie keine hochwertigen Konsumgüter mehr erwerben ließ.<sup>1</sup>

Während sich nach dem Besuch Chruschtschows in den USA 1959 die außenpolitischen Spannungen etwas gelegt hatten, wurden diese nach dem Abschuss eines US-Aufklärungsflugzeuges wieder angeregt. Nach einem Treffen des sowjetischen Staatsmannes mit dem Präsidenten der USA, Kennedy, in Wien 1961, auf dem letzterer die Unverzichtbarkeit des Berliner Zugangs durch die Westmächte bekräftigte, wollten die UdSSR und die DDR den Druck auf Westberlin erhöhen, ohne jedoch Aussicht auf militärischen Erfolg haben zu können, wenn die SU den ostdeutschen Staat nicht unterstützen würde.<sup>2</sup>

Die fortschreitende Kollektivierung der Landwirtschaft, Spannungen zwischen der Regierung und der Kirche und Aufruhr in den westlichen Medien um die Fluchtbewegungen schufen weitere innenpolitische Unzufriedenheiten in der DDR-Bevölkerung und gaben neuen Anstoß für zahlreiche „Republikfluchten“. Die Flüchtlinge waren zum überwiegenden Teil Menschen im arbeitsfähigen Alter, meist Jugendliche unter 25 Jahren. Die schlechte Lebenslage und fehlende Aussicht auf eine Verbesserung seitens der DDR-Regierung trieb vor allem „Angehörige der Intelligenz“ dazu, ihren Staat zu verlassen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Steininger, Rolf: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963. München 2001. S. 240.

<sup>2</sup> Ebd. S. 242.

<sup>3</sup> Vor allem Akademiker litten unter der Situation, bei der sich ein Widerspruch aus den gesellschaftlichen Herausforderungen und dem Lebensstil entwickelte. Es ist anzunehmen, dass neben ideologischen Konflikten sehr viele Republikfluchten aufgrund der schlechteren Lebensverhältnisse in der DDR begangen wurden. Vgl. Buthmann, Reinhard: Abwanderung und Flucht von Eliten aus der SBZ/DDR am Beispiel der wissenschaftlichen Intelligenz. In: Schulz,

Um eine weitere Schwächung zu verhindern, entschloss sich die DDR-Führung im Jahr 1961 zur Schließung der West-Grenzen. Der eigentliche Plan Ulbrichts, eine Stacheldrahtbarriere um Westberlin einzurichten, scheiterte in seiner Durchsetzung an der Ablehnung durch die Mitglieder des Warschauer Vertrags. Vor allem Rumänien und Ungarn verweigerten ihre Zustimmung. Als Alternative wurde vom Staatsratsvorsitzenden das Mauerbaukonzept entwickelt, dem auf der Tagung der Warschauer-Vertrags-Staaten zwischen dem 3. bis 5. August 1961 zugestimmt wurde. In der Nacht vom 12. zum 13. August wurde dann von Volkspolizei und NVA mit dem Bau der Berliner Mauer begonnen, der die Hoffnungen der deutschen Bevölkerung auf eine mögliche Wiedervereinigung zunichte machte. Die offizielle Begründung für dieses Vorgehen lautete, Schritte gegen den Menschenhandel und die Restauration der Westmächte vorgenommen zu haben.<sup>4</sup>

### 3.2. Die Reaktionen der Universitätsleitung auf den Bau der Berliner Mauer – Auftrag zum Verfassen des Briefes an den Staatsratsvorsitzenden

In einem Kurzbericht der Universitätsparteileitung, der einen Tag nach dem Beginn des Baus der Berliner Mauer entstand, wurde hauptsächlich aus Sicht der Medizinischen Fakultät über die einberufene Versammlung informiert, die tagesspolitische Fragen klären sollte. Der Verfasser verwendete dabei Zitate von Befragungen des medizinischen Personals vom 13. August 1961. Die zustimmenden Meinungen werden in diesem Bericht ausführlich zitiert. Dennoch fällt die Bilanz nicht zu allen Teilen befürwortend aus:

*„Den zahlreichen Zustimmungserklärungen zu den Maßnahmen unserer Regierung stehen einige andere Meinungen gegenüber. Die Äußerungen zeigen, daß einige Angehörige der Universität unsicher geworden sind, die Lage richtig einzuschätzen, den Dingen sehr zurückhaltend gegenüberstehen und in einem Falle wird versucht, durch Hetze aufzutreten.“<sup>5</sup>*

Wurde in den Sitzungen der Universitätsparteileitung vor dem 13. August 1961 noch über den „Kampf um ideologische Klarheit über die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland“ und den „Kampf um die

---

Günther (Hrsg.): Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert. München 2001. S. 241.

<sup>4</sup> Steininger, Rolf: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963. München 2001. S. 242f.

<sup>5</sup> Kurzinformationsbericht vom 14. August 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145). Der Fall von mutmaßlicher Hetze betrifft ebenfalls die Medizinische Fakultät. Dort behauptete ein Pfleger, dass die DDR den Krieg provozieren wolle, da in der Volkarmee alte Nazis säßen. Vgl. Ebd.

Unabhängigmachung von Westdeutschland“<sup>6</sup> und die Unterstützung dieses Programms durch die Rostocker gesprochen, stand nach den Berliner Ereignissen hauptsächlich die Aussprache zu aktuellen Geschehnissen auf der Tagesordnung.<sup>7</sup> Diese ausführlichen Diskussionen der Parteileitung zielten auf die Argumente von Studenten und wissenschaftlichem Personal. Im selben Atemzug wurde eine Wertung vorgenommen, die bei kritischer Einschätzung zum Bau der Berliner Mauer unterstellte, sich nur zum Westen hin zu orientieren oder nicht genügend politisch geschult zu sein.<sup>8</sup>

Die Agitation der Universitätsparteileitung richtete sich zunächst auf die Aufklärung der Angehörigen der Universität gegenüber den „politischen Unklarheiten“, die deutlich geworden sind. Die Parteileitung fasste daraufhin einen Beschluss zur „politischen Massenarbeit“<sup>9</sup>, die der Vorbereitung des Studienjahres und der Volkskammerwahlen dienen sollte. Dieser Plan strukturierte die Parteiarbeit, die eine Befürwortung der getroffenen Maßnahmen auf allen Ebenen der Universität geltend machen sollte. Um dies umzusetzen, wurden verschiedene Mitarbeiter der Parteileitung zur Ausfertigung von Schriftstücken angewiesen, die sowohl über die politische Situation informieren als auch die uneingeschränkte Zustimmung dokumentieren sollten. Zudem erhielten alle Grundorganisationen den Auftrag, Mitgliederversammlungen zur ideologischen Schulung vorzunehmen. Für das wissenschaftliche Personal der Universität wurde in dieser Sitzung der Parteileitung folgendes beschlossen:

*„Die Gewinnung aller Wissenschaftler für die Darlegung eines offenen Bekenntnisses für die Richtigkeit unserer Politik ist die Hauptaufgabe der ideologischen Arbeit mit dem Lehrkörper [...].“<sup>10</sup>*

Auch sieht der Beschluss eine Erklärung des Senats vor, die von der Parteileitung ausgearbeitet werden sollte. Professor Heidorn<sup>11</sup> wurde mit der Ausformulierung eines Briefes des Senats an alle Studenten beauftragt, „in dem die

---

<sup>6</sup> Protokoll über die Sekretariatssitzung vom 24. Juli 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>7</sup> Vgl. Protokoll über die UPL-Sitzung am 23. August 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>8</sup> Vgl. Ebd.

<sup>9</sup> Plan der politischen Massenarbeit an der Universität in der Vorbereitung des Studienjahres 1961/62 und zu den Volkskammerwahlen. (Beschluss der Parteileitung der Universität vom 23.08. 1961) In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Siehe Kapitel 2.1.

Aufgaben der Studenten in der gegenwärtigen Lage präzise formuliert werden“.<sup>12</sup> Ebenso sollten Beschlüsse für die jeweiligen Fakultätsratsitzungen von den zuständigen Parteimitgliedern vorbereitet werden. Auch für die Studenten gab es konkrete Vorstellungen über die Zustimmungserklärungen, mit deren Umsetzung das Parteimitglied Schleiff<sup>13</sup> beauftragt wurde. Damit griff die Universitätsparteileitung den Bemühungen der FDJ vor, die entweder gleichzeitig oder tatsächlich auf die Anordnung reagierend einen Brief der Studenten der Universität Rostock an Walter Ulbricht verfasste.<sup>14</sup>

Das darauf folgende Sitzungsprotokoll lässt aber deutlich erkennen, dass die Anstrengungen des Gremiums nicht zu dem gewünschten Erfolg führten. Die Feststellung wird getroffen,

*„daß im Ergebnis dabei nichts erreicht wurde, nämlich was die meßbaren Werte von Bekenntnissen der Wissenschaftler betrifft. Die schriftlichen Bekenntnisse haben wir nicht in dem Maße bekommen, wie es notwendig ist.“<sup>15</sup>*

Des Weiteren wurde der Vergleich mit den anderen Hochschulen der DDR angestellt, der für Rostock im Bekenntnisverfahren gewertet werden konnte.

*„Alle Universitäten in der Republik haben es immerhin fertiggebracht, die Senate und Räte der Fakultäten zusammenzuholen und in diesen höchsten Gremien der Universitäten und Hochschulen wurden Grundsatzserklärungen abgegeben. [...] Die Universität Rostock steht in der Republik am schlechtesten da. Wir müssen feststellen, daß wir nicht genügend in der Offensive sind. [...] Wenn am 4.9.1961 der Senat eine Erklärung abgibt, können wir nicht bis Ende September warten, daß die Räte der Fakultäten folgen.“<sup>16</sup>*

Ähnlich schätzte das Gremium die Situation unter den Studenten ein: „Zur Lage unter den Studenten muß festgestellt werden, daß wir noch nicht in der politischen [sic] Offensive sind, wie es die Partei veralngt [sic].“<sup>17</sup>

Während der Diskussion wurde Kritik an der eigenen ideologischen Arbeit geäußert, die die Parteileitung der Universität betraf. Dabei stellte sich heraus, unter welchem Druck die Parteileitung stand. Professor Luck klagt darüber auf anschauliche Weise:

*„Es geht jetzt darum, daß man begreift, es geht nicht um organisatorisch-technische Schusterei, sondern es geht um die Formierung der gesamten Partei-*

---

<sup>12</sup> Wie Anm. 9.

<sup>13</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>14</sup> siehe Kapitel 3.3.

<sup>15</sup> Protokoll über die UPL-Sitzung am 30. August 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Ebd.

*organisation. Der Gegner wird sich doch einstellen auf die Konsequenzen auf diese Maßnahmen. Die Parteiorganisation muß jetzt tatsächlich Klarheit schaffen und in die Offensive gehen. Man muß betonen, daß herausgearbeitet wurde durch das Plenum und das Büro. [sic], was unter den Wissenschaftlern los ist. [...] Wir haben sehr viel Bewegung gehabt, aber die Bewegung war nicht ideologisch gelenkt.“<sup>18</sup>*

Auch Professor Heidorn gestand die Fehler ein und meinte, dass er nicht anders gehandelt hätte als Professor Luck. Für ihn lagen die Ursachen in der unklaren Meinungsbildung, in der falschen Einschätzung der Lage und in der allgemeinen Ferienstimmung, die um den 13. August herrschte. Die Parteileitung hätte sich seiner Meinung nach dem Problem ernsthafter annehmen müssen, um die Situation zu kontrollieren. Vor allem regte der Prorektor an, herauszufinden, wie sich die einzelnen Parteimitglieder der Institute während der Ereignisse des 13. Augusts verhalten hatten und ob sie versuchten, der Universität aktive Unterstützung bei der politischen Meinungsbildung zukommen zu lassen.<sup>19</sup>

Diese vielseitigen Einschätzungen direkt nach dem Bau der Berliner Mauer setzten eine einheitliche politische Richtlinie der SED voraus. Das Arbeitsprogramm zielte in den Folgetagen darauf, Bekenntnisse der Wissenschaftler und der Studenten zu erwirken, um einerseits die Universität Rostock als politische Organisation hinter den Entscheidungen der Regierung der DDR stehen zu lassen und andererseits die gegenteiligen politischen Meinungen aufzudecken und sie zentral gesteuert umzulenken und aufzuklären. Die Vorbereitung erfolgte somit in einzelnen Bereichen der Universität aus sich selbst heraus,<sup>20</sup> wurde aber zum größten Teil durch den Druck der Partei vorgenommen. Wie auf der Sitzung der Parteileitung beschlossen, wurde dem Senat eine Erklärung vorgelegt, die alle Mitglieder unterschreiben sollten. Verantwortlich für das Verfassen dieser „Grundsatz-erklärung“ war, wie sich aus dem Dokument vom 23. August ableiten lässt, das Parteimitglied Professor Heidorn. Dennoch legte auf der Senatsitzung am 4. September 1961 laut Protokoll dieses Schriftstück Rektor Schick vor.<sup>21</sup>

In dem Schreiben wendet sich die Universitätsführung an die Öffentlichkeit und begrüßt die Maßnahmen des 13. August in Berlin. Zugleich richtet sich ein Appell an die westdeutschen Wissenschaftler, dass sie ebenso Einsicht in die Notwendigkeit der Schritte zeigen mögen. Argumentativ wird dieser Wunsch mit

---

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> In dem Protokoll wird erwähnt, dass es bis zum 30. August lediglich drei Stellungnahmen von Wissenschaftlern und eine Erklärung des Instituts für Elektrotechnik gab. Vgl. Ebd.

<sup>21</sup> Vgl. Protokoll über die Senatsitzung am 4. September 1961. In: UAR: Senatsprotokolle 1961. Band 14 (R 270).

der Sorge unterlegt, „daß schon zweimal in unserer jüngsten Geschichte viele Intellektuelle vom Imperialismus skrupellos mißbraucht worden sind“<sup>22</sup>. Daran schließt sich ein längerer Absatz an, der trotz früherer Ablehnung atomarer Militärgewalt begrüßt, dass die Sowjetregierung ihre Kernwaffenversuche, unter Hervorhebung ihres Friedenswillen, wieder aufgenommen hat.<sup>23</sup>

Um den Sozialismus zu unterstützen, war es die Aufgabe der Unterzeichner der Erklärung, „die geistige und ökonomische Stärke des sozialistischen Lagers zu vermehren“ und „mehr als bisher den Einfluß der Hochschullehrer auf die Erziehung der Studenten [zu] vertiefen“<sup>24</sup>. Außerdem werde die Notwendigkeit eingesehen, sich auf den „Gedankenaustausch der Wissenschaftler über Grenzen hinweg“<sup>25</sup> einzulassen, wenn die Beziehungen der Staaten friedlich und ohne Diskriminierung sind. Zum Abschluss werden die politischen Bekenntnisse zum Ausdruck gebracht, die eine Wiedervereinigung Deutschlands fordern, die Notwendigkeit eines Friedensvertrages sehen und bekräftigen, bei der Volkskammerwahl am 17. September 1961 für die Nationale Front zu stimmen.<sup>26</sup>

Zunächst wurde die vorgelegte Erklärung im Senat von den Prorektoren Luck<sup>27</sup> und Heidorn sowie vom Dekan der Medizinischen Fakultät Dutz,<sup>28</sup> abgesehen von einigen Formulierungen, unterstützt. Daraufhin stellte der FDJ-Hochschulekretär Schleiff den Brief der Studenten an Walter Ulbricht vor und betonte die Notwendigkeit des Bekenntnisses der Hochschullehrer, damit Unklarheiten vorgebeugt werden könne. Außerdem sprach er von der großen Bereitschaft der Studenten, in die NVA einzutreten und beim Ernteeinsatz ihren Beitrag für die Stärkung des Friedens in der DDR zu leisten.<sup>29</sup>

---

<sup>22</sup> Erklärung Rektor und Senat der Universität Rostock. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

<sup>23</sup> Ebd.

<sup>24</sup> Ebd.

<sup>25</sup> Ebd.

<sup>26</sup> Erklärung Rektor und Senat der Universität Rostock. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

<sup>27</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>28</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>29</sup> Protokoll über die Senatssitzung am 4. September 1961. In: UAR: Senatsprotokolle 1961. Band 14 (R 270).

Der Dekan der Theologischen Fakultät Benckert<sup>30</sup> wollte die Erklärung nicht unterschreiben und war nach längeren Diskussionen damit einverstanden, dass lediglich seine Unterschrift auf dem Schriftstück fehlen sollte.<sup>31</sup> Genau dieses ist auch bei dem originalen Schriftstück zu erkennen, welches an das Neue Deutschland zur Veröffentlichung versandt wurde.<sup>32</sup> Auffällig ist beim Betrachten der Unterschriften die Zusammensetzung des Senats. Es unterschrieben der Rektor und nur drei Prorektoren (der Prorektor Bienengräber fehlte entschuldigt bei dieser Senatsitzung<sup>33</sup>). Die übrigen Dekane oder deren Stellvertreter unterzeichneten die Erklärung ebenso wie auch die unterstellten Institute, die dem Senat angehörten. Jedoch geben die Statuten keinen Hinweis darauf, dass der Parteisekretär Birkner rechtmäßig dem Senat der Universität Rostock angehörte. Auch die Unterschrift Schleiffs in seiner Funktion als FDJ-Hochschulgruppensekretär war nicht den Statuten entsprechend, da er nur eine beratende Tätigkeit ausüben sollte und damit kein Stimmrecht im Senat besaß.<sup>34</sup>

Die Botschaft der Senatserklärung lässt sich im Sinne der politischen Meinungsbildung der Universitätsangehörigen bewerten. Wie das Mitglied der UPL Roger feststellte, war ihre Arbeit „bisher die, daß wir uns mit den Menschen über ihre Unklarheiten auseinandergesetzt haben“, es nun aber Aufgabe sei, „sie zur Parteinahme [zu] veranlassen.“<sup>35</sup> Ein schnelles und offensives Bekenntnis der

---

<sup>30</sup> In der Sammlung der Senatsprotokolle findet sich ein Schreiben Benckerts, in dem er sich über das Protokoll des 4. Septembers 1961 beschwerte und zum anderen darauf bestand, dass er nur nach ausdrücklicher Aufforderung dazu bereit war, Stellung zu nehmen. Er unterstrich in diesem Brief, dass er nur dem Gewissen von Jesus wahrhaftig verpflichtet sei und zudem hätte er 1957 eine gemeinsame Erklärung aller Theologischen Fakultäten unterzeichnet, die allesamt Kernwaffenversuche ablehnen. Sein Angebot, die Senatserklärung in der Theologischen Fakultät vorzulegen, fand im Protokoll, so die Aussage Benckerts, keine Erwähnung. Vgl. Brief Benckert an das Rektorat vom 29. September 1961. In: UAR: Senatsprotokolle 1961. Band 14 (R 270).

<sup>31</sup> Protokoll über die Senatsitzung am 4. September 1961. In: UAR: Senatsprotokolle 1961. Band 14 (R 270).

<sup>32</sup> Vgl. Erklärung Rektor und Senat der Universität Rostock. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

<sup>33</sup> Dennoch ist seine Unterschrift nicht vorhanden. Die Unterschriftenliste ist jedoch zusammengeklebt worden und es wäre deshalb möglich gewesen, Bienengräber nachträglich unterschreiben zu lassen, damit keine derartigen Schlüsse gezogen würden, wie es bei Benckert der Fall war, der absichtlich das Unterschreiben verweigerte. Vgl. Erklärung Rektor und Senat der Universität Rostock. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

<sup>34</sup> Siehe Kapitel 2.1. Vgl. Erklärung Rektor und Senat der Universität Rostock. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

<sup>35</sup> Protokoll über die UPL-Sitzung am 30. August 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).



Leitung der Universität würde einerseits das Wohlwollen der Regierung nach sich ziehen, zu Nachahmungen führen und die politische Richtung nicht nur vorgeben, sondern auch gegensätzlichen Diskussionen den Raum nehmen, so wahrscheinlich die Parteileitung.<sup>36</sup>

### 3.3. Der offene Brief an den Staatsratsvorsitzenden

Nachdem der Brief von der Universitätsparteileitung in Auftrag gegeben worden war, muss man davon ausgehen, dass Henning Schleiff als Sekretär der FDJ-Hochschulleitung oder ein von ihm beauftragter Verantwortlicher ihn zwischen dem 23. und dem 30. August 1961 verfasste. In einem Informationsbericht der Universitätsparteileitung vom 6. September 1961 hieß es dazu:

*„Dieser Brief wurde im Funktionärlager der Hochschulgruppenleitung in Graal-Müritz, das eine Woche zur Vorbereitung dieses Studienjahres stattfand, verfaßt, diskutiert und von den 180 Teilnehmern einmütig unterzeichnet.“<sup>37</sup>*

Die inhaltliche Vorgabe, die durch den Maßnahmeplan vorgesehen wurde, war aber eindeutig:

*„Im Ergebnis dieser Aussprache ist die Bereitschaft der Studenten zu dokumentieren, die DDR jederzeit zu verteidigen und an der Reservistenausbildung teilzunehmen, in der Ernte mitzuhelfen und am 17.9.1961 die Stimme den Kandidaten der Nationalen Front zu geben.“<sup>38</sup>*

Der Brief enthält die vorgegebene Dogmatik und vervollständigt sie auf eigene Weise. Die Anrede ist in zweifacher Ausführung geschrieben. Dort wird zunächst der Staatsratsvorsitzende der DDR angeredet, im zweiten Schritt dann das Parteimitglied Genosse Walter Ulbricht, der beide Funktionen innehatte. Die Formel „Lieber Genosse Walter Ulbricht!“ lässt eine Identifikation der Studenten mit dem Staatsratsvorsitzenden zu. Eine formelle Gleichstellung aller Parteimitglieder wird impliziert, aber gleichzeitig wird mit dem Adjektiv „lieb“, ein Gruß ähnlich wie der an einen Freund, Verwandten oder Vertrauten ausgesprochen.<sup>39</sup>

---

<sup>36</sup> Vgl. Ebd.

<sup>37</sup> Informationsbericht der UPL vom 6. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteioorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>38</sup> Plan der politischen Massenarbeit an der Universität in der Vorbereitung des Studienjahres 1961/62 und zu den Volkskammerwahlen. (Beschluss der Parteileitung der Universität vom 23.08. 1961) In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>39</sup> Offener Brief an den Staatsratsvorsitzenden. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132). Siehe Anlage 3.

Der erste Absatz geht sofort auf die Ereignisse des 13. Augusts ein und benennt diejenigen, für die sie sich unvorteilhaft auswirken sollten – „Militaristen und Revanchisten“<sup>40</sup>. Diese, benannt als „Adenauer, Strauß und Konsorten“,<sup>41</sup> hätten den Krieg geplant. Zudem wurde, so im Dokument, der „Menschenhandel“<sup>42</sup> verhindert. Im gleichen Atemzug sagt der Brief eine Stärkung der „geliebte[n] DDR“ voraus. Dies hätte für den potentiellen Unterzeichner sowohl eine Identifikation mit dem eigenen Staat als auch eine Beruhigung über die gegenwärtige weltpolitische Lage bringen sollen.<sup>43</sup>

Der folgende Absatz fordert für beide deutsche Staaten einen Abschluss des Friedensvertrages, bei Weigerung der Bundesrepublik aber auch nur mit der DDR, um eindeutig kenntlich zu machen, „welcher deutsche Staat der deutsche Friedensstaat ist.“<sup>44</sup>

Daraufhin folgt der zweite Teil des Briefes, der die Bewertungen der Augustereignisse aufgriff und „[g]etreu dem Kampfauftrag des Zentralrates der FDJ, aus einem tiefen Gefühl des Hasses gegen unsere Feinde“ vier Erklärungspunkte abgibt.<sup>45</sup>

Im ersten Punkt ist eine Forderung des oben genannten „Plans zur Massenarbeit“ verwirklicht. Die männlichen Studenten sollen die Verpflichtung eingehen, ihren Dienst an der Waffe zu leisten. Die Reservisten unterstrichen ihre Verbindlichkeit, für den Schutz des Staates jederzeit zur Verfügung zu stehen. Die Mädchen leisteten mit ihrer Unterschrift ihre Verpflichtung, sich militärisch weiterbilden zu lassen und alle Mitglieder der FDJ sollten bereit sein, für „Ruhe und Ordnung“ einstehen zu können.<sup>46</sup>

Im zweiten Punkt sollten die Studenten ihre Verpflichtung eingehen, für die Produktion und die Ernte zu arbeiten, um damit den sozialistischen Staat zu festigen. Damit hielten sie ebenfalls die oben genannte Forderung ein. Der dritte Punkt konzentrierte sich auf die Studiensituation. Im Zuge der Unabhängigkeit vom westlichen System sollte jeder Student strebsam studieren. Dass man in vielen Disziplinen nicht auf westliche Lehrbücher verzichten konnte, schien der Regierung ein Dorn im Auge zu sein. Deshalb sollten die Studenten nach diesem

---

<sup>40</sup> Ebd.

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Ebd.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> Ebd.

Bekanntnis ihre westdeutschen Lehrbücher zur Verfügung stellen und dafür Sorge tragen, nicht weiter auf diese angewiesen zu sein.<sup>47</sup>

Der vierte Punkt drückte vor allem das ideologische Erziehungspotential aus, das sich hinter den Forderungen verbirgt, für den sozialistischen Staat eintreten zu wollen und auf das Hören von westlichen Sendern zu verzichten. Zudem wurde die Frage der Westreisen angesprochen, die bis „zur Normalisierung der Lage in Deutschland“<sup>48</sup> von den Studenten nicht mehr vorgenommen werden sollten. Im Abschlussteil wird bekräftigt, dass die Studenten friedliche Menschen seien, die das Leben achten würden, dennoch aber dazu bereit seien, „Frieden und Glück mit der Waffe in der Hand [zu] verteidigen“<sup>49</sup> und in Verbundenheit zur Arbeiterklasse stehen. In der abschließenden Grußformel wird, wie auch beim Beginn des Briefes, der Staatsratsvorsitzende mit „vorzüglicher Hochachtung“<sup>50</sup> und gleichzeitig der „liebe“ Genosse in „Freundschaft“ verabschiedet. Darunter folgt der Absender „Studenten der Universität Rostock“ und dann eine Aufforderung an alle Studenten („Alle“ wurde dabei besonders hervorgehoben), dies zu unterschreiben.<sup>51</sup>

Als Initialzündung für das Abfassen des Briefes wurde in diesem Dokument der Rückgriff auf den „Kampfauftrag des Zentralrats der FDJ“ angeboten. Der Beschluss der Parteileitung blieb unberührt. Dennoch soll durch die mächtigste Jugendmassenorganisation der DDR eine Legitimation erfolgen, die deren Mitglieder in die Lage versetzen soll, dort ihre Unterschrift zu leisten. Vorangegangen war ein Aufruf des Rektors und Schleiffs an die Studenten der Universität Rostock, welcher im Wesentlichen zum Ernteeinsatz und zur Wahl am 17. September aufforderte. Die Maßnahmen vom 13. August finden in diesem Schriftstück keine direkte Erwähnung. Dennoch werden die Friedensabsichten der DDR deutlich gemacht. Dieses Schreiben konnte durch seine Hauptlosungen „Alle Kraft für die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik!“ und „Durch gute Taten wird der deutsche Friedensplan Wirklichkeit!“<sup>52</sup> die Studenten auf ihr Bekanntnis zu den Maßnahmen vorbereiten. Widerspruch und andere Meinungen waren dabei nicht nur unerwünscht, sondern blieben in den Planungen völlig unberücksichtigt.

---

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> Ebd.

<sup>52</sup> Aufruf an die Studenten der Universität Rostock vom 24. August 1961. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

So heißt es:

*„Das vielfache Bekenntnis von Universitätsangehörigen zu unserer Republik in den vergangenen zwei Wochen ist der Beginn, alle Wissenschaftler und Studenten, Arbeiter und Angestellten für ihr offenes Bekenntnis zum Arbeiter-und-Bauern-Staat zu gewinnen.“<sup>53</sup>*

Völlig offensichtlich schien deshalb für die UPL: „Die Tage der Entscheidung aller Universitätsangehörigen für unseren gerechten Kampf sind da.“<sup>54</sup>

Ein vieldiskutiertes, ähnliches Dokument ist der Brief der Chemiestudenten an den Genossen Walter Ulbricht, der in den Akten des Universitätsarchivs Rostock in Druckform vorliegt, so dass man von einem gezielten Versand, um ein Vorbild darzustellen, ausgehen könnte. Dieses Schriftstück enthält einen konkreten „Kampfauftrag“ der Gruppe III/3 der Fachrichtung Chemie der Humboldt-Universität in Berlin, dort werden ähnliche Bereitschaften zur Reservistenausbildung, zum vollen Einsatz für den sozialistischen Staat und die Bemühungen angesprochen, unabhängig von westlichen Importen zu sein. Dort wird im vorletzten Absatz, im Gegensatz zum Dokument aus Rostock, ein Aufruf an alle Studenten der Republik versandt, diesem Beispiel zu folgen.<sup>55</sup> Der Grund, dieses Bekenntnis als Maßstab auszuwählen, schien eindeutig zu sein, ging es doch darum, geschlossene Gruppen zu den Unterschriftenaktionen bewegen zu können. Bei dieser übersichtlichen Menge ließ sich ein zusammenhängendes Ergebnis schnell erzielen, welches dann auf die restlichen Studenten wirken konnte.

#### 3.4. Diskussionen in der Studentenschaft des Germanistischen Instituts

Am 13. August waren die Studenten des Germanistischen Instituts in den Ferien, auf einem Ernteeinsatz oder bei ihren Eltern. Die Nachricht vom Bau der Berliner Mauer erreichte viele wahrscheinlich über das Radio, das unaufhörlich davon berichtete oder über das „Neue Deutschland“. Nachdem der Brief wahrscheinlich am 30. August 1961 zum ersten Mal in die Seminargruppen zur Unterschrift gereicht wurde, gibt schon der Informationsbericht der UPL vom 6. September wieder, welcher Situation sich die Parteiorganisation gegenüber gestellt sah.

*„Bei der Vielzahl von Diskussionen in diesen Tagen und Stunden [...] traten auch zahlreiche Meinungen und Stimmungen auf, die beweisen, mit welchem*

<sup>53</sup> Plan der politischen Massenarbeit an der Universität in der Vorbereitung des Studienjahres 1961/62 und zu den Volkskammerwahlen. (Beschluss der Parteileitung der Universität vom 23.08. 1961) In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>54</sup> Ebd.

<sup>55</sup> Brief der Chemiestudenten vom 22. September 1961. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

*ideologischen Wirrwarr manche Studenten aus den Semesterferien zurückgekehrt sind und wie die wirkliche politische Lage teilweise völlig auf den Kopf gestellt und falsch eingeschätzt wird.*<sup>56</sup>

Als Diskussionspunkte werden die Problematik der Bereitschaft zur Verteidigung und der Verzicht auf das Hören von Westsendern angeführt, zu denen sich in dem Brief bekannt werden sollte. Die erste Stellungnahme, die zitiert wird, ist die eines damals 22jährigen Studenten, der Slawistik und Germanistik im vierten Studienjahr für das Lehramt der Oberschule studierte.<sup>57</sup> Seine Aussage zur Wehrbereitschaft wurde folgendermaßen wiedergegeben:

*„[F] erklärte, daß er die Notwendigkeit der Verteidigung einsehe, aber selbst zu feige sei, ein Gewehr in die Hand zu nehmen. Sollte es zu einer Auseinandersetzung kommen, so würde er in eine Schipperkompanie<sup>58</sup> gehen, aber nicht bewaffnet kämpfen.*<sup>59</sup>

Der Student war Mitglied des Studententheaters der Universität Rostock, welches von dem Anglisten Wilhelm Vietinghoff geleitet wurde. F war zu dieser Zeit Regisseur der Bühnenszenierungen, unter anderem eines Stückes, welches im Juli des Jahres 1961 in Erlangen während der 11. Internationalen Theaterwoche aufgeführt werden durfte. Ein paar Wochen zuvor hatten die Rostocker ein Bonner Studententheater für ein Gastspiel und eine Hamburger Studentengruppe zur Arbeitsberatung empfangen. In einem Bericht über das Zusammentreffen mit den Westdeutschen kann man lesen, dass auch über tagespolitische Themen diskutiert wurde:

*„Sie brachten zum Ausdruck, daß ihnen die Diskussionen viel gegeben hätten, daß sie alle für sie sehr wertvoll seien und, daß [...] wir uns auf beiden Seiten dafür einsetzen sollten, daß es keinen [sic] Krieg mehr gibt. [...] Persönliche Kontakte wollten und haben sie hier geschlossen [...].“<sup>60</sup>*

Bei den Bonnern schienen sich feste Freundschaften zu entwickeln:

*„[...] und luden das Studententheater der Universität Rostock für das Wintersemester 1961 zu einem neuen Gegenbesuch in Bonn ein, da sie glaubten, daß*

<sup>56</sup> Informationsbericht der UPL vom 6. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteioorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>57</sup> UAR: Germanistisches Institut. Liste der Studenten 1953-1967 (PHF 292). Im Folgenden wird dieser Student mit F abgekürzt. Im weiteren Verlauf werden die Studenten mit jeweils einem Buchstaben (der den richtigen Namen nicht nachvollziehbar macht) benannt.

<sup>58</sup> Schipperkompanie ist wahrscheinlich die Bezeichnung für die Bausoldaten. Vgl. Kapitel 4.1.

<sup>59</sup> Informationsbericht der UPL vom 6. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteioorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>60</sup> Informationsbericht vom 15. Juli 1961. In: UAR: Studententheater der Uni Rostock 1955-1967 (R 742).

*solche freundschaftlichen Kontakte und Gespräche über alle interessierenden Fragen der beste Weg für eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands sind.*<sup>61</sup>

Deshalb kann man davon ausgehen, dass ein ausgeprägter Kontakt zu Westdeutschen bestand. Im Studententheater engagierten sich sehr viele Germanistikstudenten. Bei einem Auftritt fuhren 21 Studenten nach Erlangen, wovon sieben Germanistik studierten, unter anderem der Student F, der aufgrund der Anerkennung, die er während seines Wirkens gewonnen hatte, und der angenehmen Zusammentreffen mit westdeutschen Gleichgesinnten wahrscheinlich in Diskussionen offener auftreten konnte als die meisten seiner Kommilitonen. Seine Argumentation, dass er zu „feige“ sei, lässt sich von zwei Seiten bewerten. Damit drückt er zum einen aus, dass individuelle Persönlichkeitsmerkmale bei der Wehrbereitschaft berücksichtigt werden sollten und er legte zum anderen ein Bekenntnis zum Pazifismus ab mit der Bereitschaft, dem Staate auf andere Weise – ohne eine Waffe in der Hand – dienen zu wollen. So machte sich dieser Student zum Vorreiter des offenen Protestes gegen die Maßnahmen der Regierung. Schon 1960 versuchte das Ministerium für Staatssicherheit, F für eine inoffizielle Mitarbeit anzuwerben. Dies lehnte er zu diesem Zeitpunkt ab. In den Akten der BStU wird zu seinen Äußerungen zum Brief an Ulbricht der Auszug des Informationsberichts der Universitätsparteileitung im gleichen Wortlaut wiedergegeben.<sup>62</sup> Daraus wird aber ersichtlich, welche Bedeutung das Dokument auch für die Auskünfte gegenüber der Staatssicherheit besaß.<sup>63</sup>

Zudem schrieb ein Mitglied des Studententheaters, GI „Purzel“<sup>64</sup>, die mit F in der gleichen Seminargruppe war, da sie Germanistik und Geschichte im fünften Jahr studierte, über seine Reaktion auf den Brief an Ulbricht. Dort wird auch geschildert, wie es dazu gekommen sein könnte, diese Aussagen (auch darüber, dass er zu feige sei) zu treffen:

*„[F] stellte sich auf die Seite eines Pazifisten. Er wollte nie ein Gewehr in die Hand nehmen und an der Front kämpfen. [...] Der wichtigste Grund ist aber*

<sup>61</sup> Einschätzung des Besuches der Studiobühne Bonn in Rostock. In: UAR: Studententheater der Uni Rostock 1955-1967 (R 742).

<sup>62</sup> Informationsbericht der UPL vom 6. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>63</sup> Auszug aus dem Informationsbericht vom 6. September 1961. In: Rost. AIM 2257/78 Band 1. S. 68.

<sup>64</sup> Diese Studentin wurde 1960 wahrscheinlich aufgrund ihrer umfangreichen Kontakte ins westliche Ausland angeworben. Zudem ist nicht hinlänglich geklärt, ob diese Anwerbung unter Druck stattfand, da in ihrer Akte abgefangene Briefe zu westdeutschen Verwandten und Freunden vorhanden sind, in denen sie sich vom Marxismus stark distanziert und ihr Verständnis für die verstärkte Republikflucht von Dozenten äußerte. Vgl. BStU: Rost. AIM 2772/68 Band 1/1.

*meiner Meinung nach, daß es ihm an Patriotismus mangelt, das zu verteidigen, was er nicht als seines betrachtet. Die DDR ist nicht sein Vaterland. Er ist ein großer Individualist und fühlt sich überall als Intellektueller [sic] Beobachter*<sup>65</sup>

In einem späteren Informationsbericht lässt sich sowohl der Argwohn der Parteileitung gegenüber den Mitgliedern des Studententheaters, als auch des Studenten-Chors feststellen, in denen „starke pazifistische Tendenzen“<sup>66</sup> vertreten worden seien. Aus diesem Verhalten entwickelte sich eine größere Aufmerksamkeit seitens der Lehrenden. Denn auch die Persönlichkeitsmerkmale, die sich aus einer intensiven Arbeit in ihrer Zusammenkunft ableiteten, spielten für politische Diskussionen eine große Rolle. Dazu wurde in diesem erwähnten Bericht vom 6. Oktober vermerkt,

*„daß gerade Mitglieder des Studenten-Theaters und des Studenten-Chors starke pazifistische Tendenzen vertreten haben. Hinzu kommt die Neigung einiger Mitglieder der genannten Ensembles, sich als „Elite“ zu betrachten. Das gilt besonders für solche Studenten wie [M] und [F], die beide dem 5. Studienjahr angehören.*<sup>67</sup>

Diese Mitteilung leitet sich höchstwahrscheinlich aus dem Informationsbericht des Anglistischen Instituts her. Dort wurde am 3. Oktober 1961 eine sehr ausführliche Mitteilung verfasst, die sich mit den Diskussionen unter den Studenten befasste. Dort werden auch die Namen genannt, die man in den weiterführenden Berichten der Gesellschaftswissenschaftler nicht konkret entnehmen kann. Diesem Bericht kann in ähnlichem Wortlaut entnommen werden, dass die oben genannten Studenten „die Tendenz hätten, sich als Elite zu betrachten.“<sup>68</sup> Aufgrund ihrer Mitarbeit im Studententheater analysierte die Berichterstatteerin, die Leiterin des Anglistischen Instituts Professor Schumann, dass beide „einen recht starken Einfluss im gesamten 5. Studienjahr“<sup>69</sup> ausübten. F und M rückten damit ins Visier der Staatssicherheit, „Purzel“ berichtete aber hauptsächlich über F. Nur in einer Einschätzung der Frau von M schrieb sie:

---

<sup>65</sup> Diskussionen über den Brief der HGL an den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht. In: BStU: Rost. AIM 2772/68 Band 1/2. S. 83-86.

<sup>66</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 6. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiororganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 3. Oktober 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>69</sup> Ebd.

*„Als an der Universität die Diskussionen um den 13. August begannen, nahm ihr Mann zunächst negativ Stellung (besonders zu dem Brief an W.[alter] Ulbricht).“<sup>70</sup>*

Dieser andere erwähnte Student M hatte bei den Auftritten in Westdeutschland als Schauspieler ebenso mitgewirkt und wahrscheinlich ähnliche Erfahrungen gesammelt. Aus späteren Darstellungen lässt sich aber einsehen, dass F letztlich den Brief an Walter Ulbricht unterschrieben und somit auch seine Verteidigungsbereitschaft dokumentiert hatte.<sup>71</sup>

Eine weitere Studentin, die in diesem Bericht zitiert wurde, war ein Mitglied der Studiengruppe Germanistik/Anglistik im dritten Studienjahr.<sup>72</sup> Sie sprach sich gegen den Teil des Briefes aus, nach dem das Westsenderhören unterbleiben sollte. So soll sie offen gesagt haben,

---

<sup>70</sup> Bericht über „Judith“ vom 4. Januar 1962. In: BStU: Rost. AIM 4232/90 Band 1/2. S. 160. Dieser Bericht diente als Grundlage für die Anwerbung der Frau von M, die den Decknamen „Judith“ bekam.

<sup>71</sup> Informationsbericht der UPL vom 6. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteioorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145). Vgl. Institutsbericht vom 5. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311). Auf diesen Bericht und das spätere Unterschreiben der meisten Germanistikstudenten wird in Kapitel 3.6. ausführlicher eingegangen. Dort berichtet Schumann über die Aussprache, die Heidorn mit diesen Studenten geführt hat. Nach dieser Diskussion unterschrieben sie den Brief.

<sup>72</sup> Im weiteren Verlauf der Arbeit wird sie mit H abgekürzt. Im Informationsbericht wird ausgesagt, dass sie Germanistik und Anglistik im dritten Jahr studierte, dennoch lässt sich ihr Name weder in der Liste ihrer Studentengruppe noch in anderen Listen vergleichbarer Gruppen aus den Jahren 1961 bis 1963 finden. Deshalb kann man davon ausgehen, dass dort ein Fehler im Bericht ist. Eine Studentin aus der betreffenden Studiengruppe mit dem gleichen Vornamen behielt ihren Nachnamen, wie sich aus der Liste entnehmen lässt, während ihrer gesamten Studienzeit, so dass in ihrem Fall auch einen Namenswechsel wegen Heirat ausgeschlossen werden kann. Dennoch gab es im zweiten Studienjahr Germanistik/Geschichte eine Studentin, die diesen Vornamen trug und deren Nachname sich nur in einem Buchstaben von dem erwähnten unterscheidet. Vielleicht war sie in diesem Bericht gemeint. Vgl. UAR: Liste der Studierenden II 1961-1966 (PHF 76).



*„[...] wenn wir keine Westsender hören sollen, dürften die Westdeutschen auch nicht unsere Sender hören. Schließlich dürften wir dann auch nicht den Freiheitssender 904<sup>73</sup> hören, da er ja auch ein Westsender ist.“<sup>74</sup>*

Diese Argumentation muss vor allem im Bezug auf die „Ochsenkopfk-aktion“<sup>75</sup> bewertet werden, die eine große Einschränkung der Freiheit dargestellt hatte. Gegen dieses Vorgehen protestierten die Germanistik/Anglistik-Studenten.<sup>76</sup> In einem Bericht vom November bestätigt sich, dass dieser Diskussionspunkt bis dahin noch immer auf der Tagesordnung des Germanistischen Instituts war. Dort zitiert man ohne Angabe der Person die Aussagen „Das Hören von klassischer Musik sei kein Gift“ oder „unsere Auffassung zum Hören westdeutscher Sender sei eine Einschränkung der persönlichen Freiheit“.<sup>77</sup> In der Seminargruppe von H waren es laut des Berichtes vom September 14 Studentinnen<sup>78</sup>, von denen vier –

---

<sup>73</sup> Der Freiheitssender 904 wurde 1956 von der DDR-Parteiführung aufgrund des KPD-Verbots in der Bundesrepublik eingerichtet und sollte vortäuschen, ein westdeutscher Geheimsender zu sein. Tatsache war aber, dass sich dieser auf DDR-Gebiet befand. Er sollte vor allem dazu dienen, mit kommunistischen Parolen westdeutsche Bürger als Sympathisanten für die SED-Politik zu gewinnen. Vgl. Thiel, Hartwig: Äther-Piraten in der DDR. In: Das Archiv 1. 2005. S. 75.

<sup>74</sup> Informationsbericht der UPL vom 6. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>75</sup> Ochsenkopfkaktion: Zwar gingen viele DDR-Bürger davon aus, dass der Empfang westlicher Sender verboten gewesen sei, faktisch war er es aber nicht. Der offizielle Titel der Ochsenkopfkaktion war „Blitz kontra NATO-Sender“ und wurde in der „Jungen Welt“ (dem Zentralorgan der FDJ) vom 5. September 1961 initiiert. In ihren Aktionen nahmen sie die nach Westen ausgerichteten Antennen der Fernseher von den Dächern. Dennoch erregte diese Aktion zu viel Aufmerksamkeit, so dass sie von der SED kurz nach ihrem Beginn wieder eingestellt wurde. Vgl. Ohse, Marc-Dietrich: Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961-1974). Berlin 2003. S. 32. Vgl. Meyen, Michael: Einschalten, Umschalten, Ausschalten. Das Fernsehen im DDR-Alltag. Leipzig 2003. S. 55.

<sup>76</sup> Informationsbericht der UPL vom 6. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>77</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 10. November 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>78</sup> Es waren zu diesem aber 17 Studentinnen in dieser Seminargruppe. Wie diese Zahl im Bericht entstanden ist, lässt sich nicht nachvollziehen. Gründe dafür könnten Krankheit oder anderweitiges Fehlen im Seminar sein. Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Liste der Studenten 1953-1967 (PHF 292).

unter anderem die erwähnte – öffentlich bekundeten, nicht auf das Hören von Westsendern verzichten zu wollen.<sup>79</sup>

Auch wurden im gleichen Informationsbericht Argumente gesammelt, die nicht einzelnen Personen zugeordnet wurden. Dazu heißt es im Dokument:

*„Solche Meinungen wie ‚Kampf gegen Kriegstreiber und Atomwaffenversuche in der SU sind paradox‘, ‚Deutsche können nicht auf Deutsche schießen‘ wurden von Studenten der Gruppen Germanistik/Anglistik 3. Studienjahr, Slawistik/Romanistik 3[.] Studienjahr und Germanistik/Slawistik 2. Studienjahr vorgebracht.“<sup>80</sup>*

Die Seminargruppe Germanistik/Anglistik des dritten Studienjahres war die wohl auffälligste unter denen des Germanistischen Instituts, laut Schumanns Bericht „zur Zeit das größte Problem“<sup>81</sup>, denn dort unterschrieben 21 Studenten<sup>82</sup> (von 26 oder 27<sup>83</sup>) den Brief an Walter Ulbricht nicht. Die Ursachen dafür wurden

<sup>79</sup> Informationsbericht der UPL vom 6. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>80</sup> Ebd.

<sup>81</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 3. Oktober 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>82</sup> Die Namen dieser Studenten werden in den Berichten nicht ausdrücklich genannt. Anhand der Liste der Seminargruppe und nach dem Hinzuziehen eines Berichtes vom 21. November 1961, in dem ein Fernsehinterview mit Amerikanern beschrieben wird, zu dem vier Studenten dieser Seminargruppe vom Anglistischen Institut bestimmt wurden, kann man in etwa die Personen rekonstruieren, die den Brief nicht unterschrieben haben. Dabei gehe ich aber nur von der Annahme aus, mögliche Systemkritiker (als welche Unterschriftenverweigerer im November sicher noch angesehen werden konnten) würden für solch eine heikle Diskussion nicht vorgeschlagen werden. Diese Vermutung kann dennoch falsch sein. Vgl. Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 21. November 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364). Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Liste der Studenten 1953-1967 (PHF 292). Vgl. UAR: Liste der Studierenden II 1961-1966 (PHF 76).

<sup>83</sup> Die Schwankungen in diesen Zahlen entstehen aufgrund der Listen der Studenten, die in diesen Jahren geführt wurden und widersprüchliche Aussagen ergeben. In ihrem Informationsbericht des Anglistischen Instituts berichtet Frau Schumann, dass von 27 Studenten nur 6 den Brief an Walter Ulbricht unterschrieben hätten. Dennoch findet man in einer mit Bleistift auf das Jahr 1961 datierte Liste nur 26 Studenten in dieser Seminargruppe. Eine Liste, die wahrscheinlich zu einem späteren Zeitpunkt (gekennzeichnet als 1961/62) führt nur noch 25 Mitglieder des 3. Studienjahrs Germanistik/Anglistik. Aus diesem Grund lässt sich annehmen, dass entweder ein Fehler in der Bestimmung der Anzahl dieser Seminargruppe vorliegt oder ein Student in dieser Zeit exmatrikuliert wurde, jedoch lässt sich dies anhand der Listen nicht mehr feststellen. Vgl. Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 3. Oktober 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364). Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Liste der Studenten 1953-1967 (PHF 292). Vgl. UAR: Liste der Studierenden II 1961-1966 (PHF 76). Eine fehlerhafte Führung der Listen ist nicht auszuschließen, da hier die Namen

von der Parteileitung in den „tief eingewurzelten pazifistischen Gedankengängen“<sup>84</sup> gesehen. Besonders auffallend ist, dass „pazifistisch“ hier als eine negative Eigenschaft bewertet wird, denn friedliebend zu sein, steht sowohl den Inhalten des Briefes im Widerspruch, zugleich aber auch mit den geplanten Zielen des „Kampfauftrages“ der FDJ. Die Gründe für den gemeinschaftlichen Ungehorsam der Gruppe können unterschiedlicher Natur sein. Während in allen anderen Gruppen jedoch die Unterschriftenverweigerer das Gefühl haben mussten, mit ihrer Meinung allein zu sein, setzte in dieser Gemeinschaft ein gegenteiliger Prozess eines Zusammengehörigkeitsgefühls ein, so dass der Seminargruppenssekretär „sich in einer sehr isolierten Position gegenüber den anderen Studenten“<sup>85</sup> befand. Auch hier wird die Mitgliedschaft einer Studentin O im Chor als möglicher Grund für die Verweigerung genannt. Über sie wurde im Bericht niedergeschrieben:

*„[O], die Mitglied des Chors ist, hat im letzten Jahr eine rückläufige Entwicklung durchgemacht; auch bei ihr zeigen sich Starallüren und eine starke Neigung zum Snobbismus [sic].“<sup>86</sup>*

Die Berichterstatteerin zog aus diesen Auffälligkeiten folgenden Schluss:

*„Es wäre zu untersuchen, wie weit in ihrem Fall und bei den anderen Chormitgliedern dieses Studienjahres die Chorarbeit mitverantwortlich ist für die mangelnde ideologische Entwicklung.“<sup>87</sup>*

Tatsächlich ergibt sich aus den Akten des Universitätschores, dass viele Chormitglieder in der Seminargruppe Germanistik/Anglistik im dritten Studienjahr waren. Es ist leider keine Liste des Chors von 1961 vorhanden, dennoch kann man dem Antrag für eine Reise nach Westdeutschland im Jahr 1960, die den Chor durch Hamburg, Bremen und Delmenhorst führte, eine sehr umfangreiche Teilnehmerliste, die auch Parteimitgliedschaft und Westverwandte wiedergab, entnehmen. Demzufolge waren nicht nur die von Schumann angesprochene Studentin sondern auch sechs weitere Mitglieder der Gruppe Germanistik/Anglistik des dritten Studienjahrs im Universitätschor. Auch wurde wiedergegeben, dass ein männliches Mitglied dieser Seminargruppe einen Bruder und eine Studentin

---

der Personen sehr variierend verzeichnet werden, so dass es teilweise große Mühen erfordert, die richtige Schreibweise ausfindig zu machen.

<sup>84</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 6. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145). Genau diese Formulierung wird auch in einem Informationsbericht des Germanistischen Instituts verwendet. Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>85</sup> Ebd.

<sup>86</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 3. Oktober 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>87</sup> Ebd.

sowohl Bruder als auch Schwester in Westdeutschland hatte. Über den künstlerischen Leiter Hans Jürgen Plog ist in dieser Liste vermerkt, dass seine Eltern und sein Bruder in der Bundesrepublik lebten.<sup>88</sup>

Tatsächlich lässt sich aber aufgrund der Aktenlage nicht klären, ob aus der Gruppe Germanistik/Anglistik im dritten Studienjahr nicht noch mehr Mitglieder des Universitätschors waren.<sup>89</sup> Dennoch lassen zwei Dokumente darauf schließen, dass dieses Gremium auch dazu genutzt wurde, politisch zu diskutieren. In der Darstellung über die erwähnte Westreise des Chors werden die Diskussionspunkte lediglich aufgezählt. Darin heißt es unter anderem:

*„DDR hat Raketen, jeder 5. Bürger ist Soldat keine Klassenunterschiede, [...] Passgesetz, Republikflucht, LPG-Fragen, Bauern besitzen kein Land mehr, keine Freiheit, alles von Ulbricht erzwungen. Warum wird bei uns nicht gestreikt [...]?“<sup>90</sup>*

In einer Auswertung über das politische Verhalten der Mitglieder gegenüber den westdeutschen Diskussionspartnern räumen die Berichterstatter ein, dass zwar im Sinne der DDR argumentiert wurde, aber im Meinungsaustausch nicht immer standgehalten werden konnte, wenn sie mit konträren Auffassungen konfrontiert wurden.<sup>91</sup> Doch lässt sich erst mit einem zweiten Dokument die politische Brisanz beweisen, wie sie Frau Schumann vermutet hatte. Während der Ereignisse des 13. August 1961 war der Universitätschor auf einer Landtournee durch den Kreis Waren an der Müritz unterwegs. Am 22. August besuchte das Mitglied der Hochschulgewerkschaftsleitung Wolfgang Hartwig gemeinsam mit zwei Parteimitgliedern den Chor, um dort eine politische Diskussion zu führen. In seinem Bericht über diese Aussprache bemängelte Hartwig das Vorgehen der Chorleitung hinsichtlich der politischen Meinungsbildung. Ihnen wurde vorgeworfen, obwohl die Möglichkeit, sich über Radio und Zeitung über die Geschehnisse zu informieren, gegeben war, dies nicht in angemessener Weise vollzogen zu haben. Zugleich wurden in diesem Bericht Themen der Diskussionen mit den Studenten, bei denen sich die Chorleitung nicht ausreichend beteiligt hätte, schriftlich niedergelegt. Vor allem warfen sie dabei die Frage nach dem Willen zur Wiedervereinigung Deutschlands auf und argumentierten, dass somit die Spaltung Deutschlands vorangetrieben werde. Der Berichterstatter räumte ein, nicht alle Zweifel durch die anwesenden Parteimitglieder beseitigt zu haben. Im weiteren Verlauf der Darle-

---

<sup>88</sup> Teilnehmer an der Fahrt nach Hamburg am 21. Mai 1960. In: UAR: Universitätschor 1959-1968. Band 1 (R 714). Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Liste der Studenten 1953-1967 (PHF 292).

<sup>89</sup> UAR: Universitätschor 1959-1968. Band 1 (R 714).

<sup>90</sup> Bericht über die Tournee des Chores vom 20.-26. Mai 1960. In: UAR: Universitätschor 1959-1968. Band 1 (R 714).

<sup>91</sup> Ebd.

gung sprach Hartwig den „Kampfauftrag“ der FDJ, als den Brief an Walter Ulbricht, an. Während es zu Fragen des Ernteeinsatzes keine Unstimmigkeiten gegeben haben soll, erklärte Hartwig<sup>92</sup>:

*„Geteilte Meinungen gab es in der Frage der Unterzeichnung einer Bereitschaftserklärung für die bewaffneten Organe unserer Republik. Während die Reservisten und ehemalige Soldaten unserer Armee zustimmten, gab es von anderen Vorbehalte, u.a. den, daß ja dann im Ernstfall Deutsche auf Deutsche schießen würden.“<sup>93</sup>*

Die Vermutung der Einwirkung dieser studentischen Gemeinschaft auf die Seminargruppe Germanistik/Anglistik des dritten Studienjahres dürfte anhand vorliegender Berichte nicht unbegründet sein. Im Zirkel, der nicht unter der ständigen Beobachtung eines Seminarleiters stand und der ebenso wie das Studententheater von ihrem starken Zusammenhalt profitierte, von einer Westreise und vielen langen Auftrittswochen geprägt, hätte es vielen Studenten leichter fallen können, ihre Meinung über den Mauerbau, aber auch über den darauf folgenden Brief an Ulbricht zu äußern. Es ist deshalb auch nicht abwegig, dass Schumann annahm, die gestärkten politischen Ansichten hätten von den sieben Chormitgliedern in ihre germanistische Seminargruppe getragen werden können.<sup>94</sup>

Im Wortlaut wurden die Argumente der Diskussionen der Seminargruppe nicht wiedergeben, dennoch sollten einige festgestellt haben, dass durch den Bau der Mauer nicht der Frieden gewahrt werden würde, sondern sich dadurch die Kriegsgefahr erhöhte. Diese „Behauptung“, wie es im offiziellen Bericht genannt wurde, schätzte die Situation 1961 zwar präzise ein, jedoch stand sie im Gegensatz zu den offiziellen Aussagen der Regierung und des Senats sowie der FDJ-Hochschulgruppe.<sup>95</sup> Für den Berichtersteller liegen die Ursachen des besonderen Verhaltens der Gruppe im schon benannten Pazifismus, dennoch ist er sich sicher, dass es sich „ganz sichtbar um vorgeschobene Gründe“<sup>96</sup> handelte. In dieser Seminargruppe hatten die Studenten durch die gemeinsame Verweigerung die Möglichkeit, in einer Gemeinschaft die Stärke für ihre Aussagen zu haben, ohne in einem Rechtfertigungszwang gegenüber dem Lehrkörper oder ihren Kommili-

---

<sup>92</sup> Informationsbericht vom 22. August 1961. In: UAR: Universitätschor 1959-1968. Band 1 (R 714).

<sup>93</sup> Ebd.

<sup>94</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 3. Oktober 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>95</sup> Vgl. Kapitel 3.2.

<sup>96</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 6. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

tonen zu stehen. Die anderen Unterschriftenverweigerer hatten wohl das Gefühl, alleine oder im besten Falle zu zweit diese Überzeugung zu teilen. Darin lag der Vorteil jener besonderen Gruppe, deren Befürchtung über die Folgen nicht so hoch sein musste.<sup>97</sup> So müssen es auch drei Studentinnen aus dem 4. Studienjahr Germanistik/Anglistik (I, J und K) als nachteilig empfunden haben, den Brief als einzige ihrer Gruppe nicht zu unterzeichnen. Als Begründung dafür nannten sie: „sie seien zu unreif und oberflächlich, um eine Entscheidung treffen zu können“<sup>98</sup>. Ihre Namen finden in diesem Bericht und auch in den anderen Akten des Germanistischen Instituts keine Erwähnung, dennoch aber in der bereits zitierten Darlegung von Schumann. Diese nennt die drei Studentinnen mit Namen. Dennoch bedeutete dies für sie nicht,

*„daß diese Gruppe ideologisch schwächer ist, als die anderen beiden Studiengruppen, wo schließlich eine 100%ige Unterzeichnung des Briefes erreicht wurde.“<sup>99</sup>*

Die Argumentation der drei Studentinnen zielte indes in die falsche Richtung, denn bei der Ausbildung zum sozialistischen Lehrer im 4. Studienjahr hätte ihnen mit Sicherheit vorgeworfen werden können, nicht genügend entwickelt für den angestrebten Beruf zu sein, in dem sie Erziehungsaufgaben zu übernehmen hätten. Interessant ist dennoch, dass auch hier die Aussage von drei Studentinnen gemeinsam erwähnt wird. Das wirft die Frage auf, ob sie sich abgesprochen haben, wie sie ihre Unterschriftenverweigerung rechtfertigen wollten, oder ob sie gemeinsam befragt worden sind und nur eine das Wort ergriff. Es ist wohl aber wahrscheinlicher, dass sie, als sie sich darüber einig waren, im vollen Bewusstsein die Unterschrift verweigerten und sich im Vorfeld über ihre Begründung verständigt haben. Wenn eine von ihnen stärker aufgetreten wäre, dann wäre diese namentlich in einem Bericht erwähnt worden.<sup>100</sup>

Auch zwei Diplom-Germanistik-Studenten des 2. Studienjahres (C und D), weigerten sich zunächst, den Brief an Walter Ulbricht zu unterzeichnen. Sie sprachen sich anscheinend ab, die Unterschrift nicht zu leisten. Die Gründe lagen dafür in ihrem Heimatort Berlin. Als Bewohner der Hauptstadt waren sie von der Teilung der Stadt durch die Mauer ganz besonders betroffen. Dort gingen sie zum Beispiel im Westteil der Stadt ins Kino. Eine ausführliche Diskussion in ihrer Seminargruppe über dieses Ereignis ist nicht dokumentiert, da sie beide nach einer

---

<sup>97</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 6. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>98</sup> Ebd.

<sup>99</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 3. Oktober 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>100</sup> Wie Anm. 96.

Aussprache mit ihrem Seminargruppensekretär unterschrieben haben. Dennoch wurde später ein Disziplinarverfahren gegen einen der beiden Studenten (D) eingeleitet, bei dem auch die nicht geleistete Unterschrift neben angeblicher mangelnder Studiendisziplin und unhöflichem Verhalten als Grund für den Ausschluss aus der Universität aufgeführt wurde. Während einer der beiden dabei kaum Erwähnung findet, wird in der Einleitung des Disziplinarverfahrens nur der Student D als treibende Kraft dargestellt. Daher findet man den Satz<sup>101</sup>:

*„Er und seine Clique haben zwar den Brief an die FDJ unterschrieben, zugleich aber deutlich erkennen lassen, daß sie mit den Maßnahmen unserer Regierung nicht einverstanden sind, daß sie die Zielsetzung der Friedenssicherung nicht glauben und daß sie in der Politik unserer Regierung nicht die Verwirklichung humanistischer Prinzipien sehen.“*<sup>102</sup>

In einem Gespräch wich der Betroffene jedoch von dieser Darstellung ab. Das Disziplinarverfahren wurde aufgrund der ausgezeichneten Kenntnisse des Studenten fallen gelassen. Verantwortlich dafür soll der Prorektor für Studentenangelegenheiten Manfred Haiduk gewesen sein.<sup>103</sup> Dennoch war auch der Grund der Disziplinarsache nicht haltbar. In späteren Diskussionen wurde die Seminargruppe der Diplomanden befragt, weshalb ihre Beiträge nicht rege genug seien. In einem Bericht dazu wird gesagt: „Falsche Meinungen könnten zu unliebsamen Ergebnissen führen, da über ihre politische Entwicklung ‚auf höherer Ebene‘ gesprochen würde.“<sup>104</sup>

Als Beispiel dafür wurde wahrscheinlich das Disziplinarverfahren des Studenten angegeben. Doch von dem Assistenten wurden die Vorwürfe zurückgewiesen, da er angeblich wegen der Unhöflichkeit und der schlechten Studiendisziplin ausgeschlossen werden sollte. Ihr Kommilitone D verblieb an der Universität und wurde anschließend Seminargruppensekretär, da er große Anerkennung unter den Diplomanden besaß.<sup>105</sup> Der tatsächliche Grund für die Einleitung des Disziplinarverfahrens lag aber aus späterer Sicht des damaligen Studenten D in dem Streit zwischen Braemer und Kühne. Aus der Berichterstattung des Germanistischen Instituts lässt sich entnehmen, dass die Institutsdirektorin im Spätsommer 1961 wieder erkrankt war<sup>106</sup> und Kühne stellvertretend die Geschäfte über-

---

<sup>101</sup> Antrag auf Exmatrikulation vom 13. September 1961. In: UAR: Studentenakte D. Vgl. Gesprächsprotokoll von D. Anlage 2.

<sup>102</sup> Antrag auf Exmatrikulation vom 13. September 1961. In: UAR: Studentenakte D.

<sup>103</sup> Gesprächsprotokoll von D. Anlage 2.

<sup>104</sup> Analyse der Institute und Informationsbericht für die Zeit vom 6. bis zum 20. März 1962. In: UAR: Philosophische Fakultät. Informations- und Jahresberichte 1962 (PHF 9.2.).

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

nommen hatte. Letztendlich bleibt es nur Spekulation, ob sein eigenmächtiges, selbstverständliches Handeln im Auftrag der Fachrichtung Germanistik, welches aber nicht durch die Angehörigen des Instituts genehmigt war, ein Versuch war, seine Fähigkeiten als Führungspersönlichkeit unter Beweis zu stellen, indem er ein Disziplinarverfahren einleitete.<sup>107</sup>

Eine weitere Studentin, die den Brief nicht unterschrieben hatte, gehörte der Seminargruppe Germanistik/Latein im ersten Studienjahr an<sup>108</sup>. Über ihre Motive gibt es ebenso keine Angaben wie über die eines Studenten aus dem 2. Studienjahr Germanistik/Geographie (Student E).<sup>109</sup> Letzterer wird ausschließlich in einem Textstück erwähnt, welches sich in der Akte zur SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät befindet. Dieser Bericht ist handgeschrieben und nicht signiert, so dass sich sein Verfasser nicht bestimmen lässt. Dort sind Notizen stichpunktartig aneinandergereiht und erwecken den Eindruck einer Sammlung von Informationen, die für einen Vortrags- oder Berichtszweck verwendet werden könnten. Interessant ist nicht nur die Aussage über die Verweigerung der Unterschrift des Germanistik/Geographie-Studenten, sondern auch die Einschätzung der Situation an der Philosophischen Fakultät, die aus diesem Schriftstück deutlich wird und in so alarmierender Form nicht ein weiteres Mal existiert. Das Papier hat keine Datumskennzeichnung. Da es aber bereits den Kampfauftrag der FDJ umfassend auswertet, kann man davon ausgehen, dass es weit nach der Vorlage des Briefes geschrieben wurde. Auch muss es nach dem XXII. Parteitag der KPdSU<sup>110</sup> (über dessen Auswertung berichtet wird) und vor dem 6. Oktober (Entstehungstag des Berichtes der Gesellschaftswissenschaftler<sup>111</sup>) verfasst worden sein, da aus dem Bericht des Tages eine weitreichende Einholung der restli-

---

<sup>107</sup> Über dieses Verhalten hatte sich Edith Braemer schon im Jahr zuvor auf einer Parteiversammlung beschwert und ihr wurde dabei zugestimmt. Vgl. Protokoll der Parteigruppenversammlung vom 13. Juli 1960. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399). Vgl. Gesprächsprotokoll von D. Anlage 2.

<sup>108</sup> Bericht über die erste Woche des Ernteeinsatzes des 1. Studienjahres Germanistik/Latein in Gustrowerhöfen (Rügen). In: UAR: Germanistisches Institut. Ernteeinsätze 1957-1967 (PHF 315).

<sup>109</sup> Die politisch-ideologische Situation im Bereich unserer Grundorganisation. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380).

<sup>110</sup> Siehe Kapitel 6. Vgl. Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch: Der Triumph des Kommunismus ist gewiss. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXII. Parteitag der KPdSU. Über das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Berlin 1961.

<sup>111</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 6. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).



chen Unterschriften hervorgeht. Die Diskussionen werden dort folgendermaßen zusammengestellt:

*„13.8. – Friedensvertrag – Kriegsgefahr – Berlin – extreme Meinungen – schwerste und kritischste Zeit der d[eu]t.[schen] Nation – Ernst der Lage – Konterrevolution – was bedeutet sie für uns – in allen Bereichen – Trommelfeuer der Hetze und Provokation – Atmosphäre bis zur Weißglut erhitzt – von allen Genossen, daß letzte Kräfte mobilisiert – Unterstützung der Partei in ihrem Kampf“<sup>112</sup>*

Dennoch schätzte der Berichtstatter die Situation der Unterschriftenaktion sehr deutlich ein, indem er notierte, viele hätten unterzeichnet, „um Ruhe zu haben – viele ohne zu überlegen.“<sup>113</sup> Der Verfasser warnte jedoch, dass „vor allem im 3. Studienjahr, [die] latente Gefahr konterrevolutionärer Umtriebe“<sup>114</sup> vorherrsche. Sein Kommentar dazu war, die Aufmerksamkeit darauf konzentrieren zu müssen. Hauptsächlich sei es jedoch „über Kleinigkeiten“<sup>115</sup> gegangen. Die Argumente listete der Autor gebündelt auf:

*„Im Mittelpunkt – Verteidigungsbereitschaft, Westsenderhören, nationale Frage (Spaltung D[eu]tschl[ands] durch 13.8. [!] → Friedensvertrag separat. Reisen nach W[est]D[eu]tschland)“<sup>116</sup>*

Im Anschluss daran wird auf die auffälligen Seminargruppen hingewiesen, die nach Einschätzung des Berichtstatters die Gruppe Germanistik-Diplom des zweiten Studienjahrs, Slawistik/Romanistik des dritten Jahres und die schon im Bericht von Schumann problematisierte Seminargruppe Germanistik/Anglistik des dritten Studienjahres umfassten. Das Verhalten letzterer Gruppe in Bezug auf das Schreiben der FDJ-Hochschulgruppe wurde mit knappen Worten ausgewertet: „Versammlung – Brief verbrennen – Ernteeinsatz, Abwerten“.<sup>117</sup> Dabei muss die Frage gestellt werden, warum die Vernichtung des Briefes in solch symbolhafter Form in keiner anderen Darlegung Erwähnung findet. Zugleich werden mögliche Sanktionen benannt, Maßnahmen jedoch nicht eingeleitet. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass für eine Verbrennung entweder kein Beweismaterial vorhanden war oder die Sanktionen bereits erfolgt waren. Deswegen führen Spekulationen über den Umgang mit dieser Behauptung nicht zu einem brauch-

---

<sup>112</sup> Die politisch-ideologische Situation im Bereich unserer Grundorganisation. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380).

<sup>113</sup> Ebd.

<sup>114</sup> Ebd.

<sup>115</sup> Ebd.

<sup>116</sup> Ebd.

<sup>117</sup> Ebd.

baren Schluss.<sup>118</sup> In den Akten des MfS befindet sich ein weiterer Hinweis auf die Verbrennung des Briefes. Er stammt aus der Akte des Studenten G (GI „Fritz Luft“). Er hatte mit dem Ministerium zusammengearbeitet, unter Alkoholeinfluss aber preisgegeben, für die Stasi tätig zu sein. Dort wird beschrieben, dass unter Anwesenheit einer Lehrkraft der Brief von allen unterzeichnet wurde, die Gruppe ihn aber später vernichtete:

*„Jetzt wurde inoffiziell bekannt, daß dieser Brief verbrannt wurde, eine neue Versammlung stattfand, an der kein Vertreter des Lehrkörpers und der FDJ teilnahm und im Ergebnis dieser Versammlung nur noch ca. 3 Studenten den Brief unterschrieben.“<sup>119</sup>*

Dennoch waren auch diese Aussagen nur Vermutungen, für die auch keine handfesten Beweise aufgeführt wurden. Ein anderes Mitglied der Studiengruppe wurde 1958 als GI „Wolfgang Erichsen“ geworben und wies wie „Fritz Luft“ keine gute Zusammenarbeit mit dem Ministerium auf, so dass er 1960 entpflichtet wurde.<sup>120</sup> So verlor das MfS gleich zwei Einflussmöglichkeiten auf die Gruppe und konnte wahrscheinlich deshalb die Geschehnisse nicht sehr ausführlich beobachten. Zusätzlich zählt der unbekannt Verfasser des Berichts über die Philosophische Fakultät die Seminargruppen auf, in denen die „Genossen die Situation ganz in der Hand“ hatten, zu denen nicht nur Germanistik/Geschichte des dritten Studienjahrs zählte, sondern auch Germanistik/Geographie des zweiten Studienjahrs.<sup>121</sup> Dennoch wird die Ausnahme, der Student E, ein paar Zeilen später unterstrichen hervorgehoben. Zu seinen Motiven wird, wie schon erwähnt, keine Aussage getroffen. Nur Formulierung ist zu finden, von der nicht abzulesen ist, ob sie von dem Studenten selbst stammte oder ihm unterstellt wurde: „nicht unterschrieben – vom Staat nur Nachteile.“ Eine weitere Stellungnahme zu E wird im Text nicht vorgenommen. Das Textstück ist auch das einzige, in welchem erwähnt wird, dass der Germanistik/Geographie-Student zunächst seine Unterschrift verweigerte. Auch in den Akten „Informationsberichte der SED-Partei-

---

<sup>118</sup> Ebd.

<sup>119</sup> Bericht über Aussprache mit Genosse Kirsten vom 25. September 1961. In: Rost. AIM 2711/62 Band 1. S. 43.

<sup>120</sup> Vgl. BStU: Rost. AIM 462/60 Band 1.

<sup>121</sup> Dieser Aussage widersprach der Wahrnehmungsdozent Hans-Joachim Bernhard in seinem Bericht vom 10. Oktober 1961. Dort gibt er unter anderem wieder: „In der sonst so guten Arbeitsgruppe Germ.[anistik]/Geographie 2. St[u]d[ein]j[ahr]. [sic] in der auch die politisch-ideologische Situation gut ist, wurde z.B. die Meinung vertreten, daß Betreuer überflüssig seien, weil sie sich zuviel einmischten.“ Vgl. Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 10. Oktober 1961. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

organisation“, den Informationsberichten des Germanistischen Instituts oder denen des Anglistischen Instituts finden sich keine Hinweise auf ihn.<sup>122</sup>

Der einzige Name, der (bis auf die konkrete Nennung der Studenten aus dem dritten Studienjahr Germanistik/Anglistik) in keinem Dokument Erwähnung findet, ist der von der angeführten Studentin der Seminargruppe Germanistik/Latein im ersten Studienjahr. Aufgrund der unvollständigen Listen in den entsprechenden Akten lassen sich nicht alle im Bericht erwähnten „9 Mädchen, 2 Jungen“ namentlich benennen. In der Liste von 1962, als die Gruppe sich bereits im zweiten Jahr ihres Studiums befand, bestand sie nur noch aus zehn Mitgliedern, unter denen aber noch immer zwei männliche Studenten waren.<sup>123</sup> Die Darstellung über den Ablauf des Ernteeinsatzes von der zuständigen Assistentin beschäftigt sich größtenteils mit den Gegebenheiten vor Ort und den daraus resultierenden Schwierigkeiten. Dennoch macht die Betreuerin Angaben zur Gruppensituation und zu den auf den Versammlungen geführten Diskussionen, die sich auf den Brief der Chemiestudenten<sup>124</sup>, „Verteidigungsbereitschaft und Westsender hören“<sup>125</sup> konzentrierten. Die politische Zustimmung zu diesen Gesprächspunkten beschrieb die Verfasserin folgendermaßen:<sup>126</sup>

*„Außer einer Studentin, die den Brief an W.[alter] Ulbricht ohne nähere Begründung nicht unterschrieben hat, zeigten die Studenten eine recht positive Einstellung.“<sup>127</sup>*

Die Assistentin enthielt sich jeder Mutmaßung, in dem sie offen zugab:

*„Leider habe ich die Diskussion nicht weiter verfolgen können, da ich zu einer Arbeitsbesprechung mit der stellvertretenden Vorsitzenden gerufen wurde.“<sup>128</sup>*

Während die Stellungnahme zu dem Germanistik/Geographie-Studenten eine Äußerung seinerseits vermuten lässt, kann der Bericht über die Germanistik/La-

<sup>122</sup> Die politisch-ideologische Situation im Bereich unserer Grundorganisation. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380). Vgl. UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145). Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311). Vgl. UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>123</sup> UAR: Liste der Studierenden II 1961-1966 (PHF 76).

<sup>124</sup> Vgl. Kapitel 3.3.

<sup>125</sup> Bericht über die erste Woche des Ernteeinsatzes des 1. Studienjahres Germanistik/Latein in Gustrowerhöfen (Rügen). In: UAR: Germanistisches Institut. Ernteeinsätze 1957-1967 (PHF 315).

<sup>126</sup> Ebd.

<sup>127</sup> Ebd.

<sup>128</sup> Ebd.

tein-Studentin keinerlei Angaben über Gründe und Diskussionspunkte, die auf die Thesen des Briefes an Walter Ulbricht hinweisen, machen.<sup>129</sup>

In der Fachkombination Germanistik/Anglistik gab es auch im zweiten Studienjahr zwei Studenten, Studentin A und Student B, die ebenfalls ihre Unterschrift verweigerten. Diese namentlich in einigen Berichten benannten Hochschüler schienen im Gegensatz zur beschriebenen Germanistik/Latein-Studentin die Diskussionen offen in die Gruppe hineingetragen zu haben.<sup>130</sup> Über jene Unterschriftenverweigerin aus dem zweiten Studienjahr wird in dem Informationsbericht folgendes ausgesagt:

*„[A] ist ein schwieriger Fall. Ihr Vater wurde erst im Jahre 1958 aus sowjetischer Gefangenschaft entlassen und lebt seitdem in Westdeutschland. [...] Nach anfänglichen Missverständnissen mit ihrem Vater besuchte sie ihn vor einiger Zeit und ist seitdem als problematisch einzuschätzen. Vor einiger Zeit stellte sie den Antrag, legal zu ihrem Vater zu gehen. Der Antrag wurde abgelehnt, woraufhin sie sich offenbar mit dem Gedanken trug, illegal die DDR zu verlassen. Es wird nötig sein, sich noch sehr ernsthaft mit A zu beschäftigen.“<sup>131</sup>*

Über die Gründe ihres Kommilitonen beschreibt die Institutsleiterin der Anglistik nichts. Aus einem persönlichen Gespräch der Verfasserin mit A konnte man in Erfahrung bringen, dass auch seine Motivation ähnlich gewesen sein muss und sich vor allem auf Verwandtschaft im Westen und die Frage der Verteidigungsbereitschaft bezogen hatte. Als Kinder des Krieges, die aus Erzählungen darüber erfahren hatten, scheint eine konsequente Ablehnung der Wiederbewaffnung der DDR sehr gut nachvollziehbar.<sup>132</sup> Ihre Argumentation taucht im Bericht über die Wehrpflichtdiskussion erneut auf. Dort stellt sich auch heraus, dass die beiden Studenten die einzigen waren, die bis zum Schluss den Brief an Ulbricht nicht unterschreiben wollten. Dazu traf Braemer am 5. März 1962 folgende Aussage:

*„13. August, Wehrpflichtgesetz wurden gründlich diskutiert. Der Brief an Walter Ulbricht wurde von allen unterschrieben, mit Ausnahme von [B] und [A].“*

<sup>129</sup> Die politisch-ideologische Situation im Bereich unserer Grundorganisation. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380). Vgl. Bericht über die erste Woche des Ernteeinsatzes des 1. Studienjahres Germanistik/Latein in Gustrowerhöfen (Rügen). In: UAR: Germanistisches Institut. Ernteeinsätze 1957-1967 (PHF 315).

<sup>130</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 3. Oktober 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>131</sup> Ebd.

<sup>132</sup> Gesprächsprotokoll von A. Anlage 1.

*Deren beider Ablehnung wurde auf Beeinflussung durch westliche Verwandte zurückgeführt.*<sup>133</sup>

An dieser Aussage ist zwar die Verweigerung der beiden Studenten bis zum Schluss abzulesen, aber zudem etwas Bedeutenderes: Von 31 nicht geleisteten Unterschriften blieben bis zum März 1962 nur noch 2 übrig. Der Rest leistete tatsächlich seine „Zustimmung“ zum „Kampfauftrag“ der FDJ; ob nun freiwillig oder nicht, ist nicht direkt zu klären. Die Ursachen werden im Kapitel 3.6. näher beleuchtet. Im März 1962 wurde eine Diskussion über den Mauerbau und den Brief mit Ulbricht während einer FDJ-Wahlversammlung der Gruppe Germanistik/Geschichte des zweiten Studienjahrs erneut angefasst. Sie war bisher zu diesem Thema in den Berichten bis auf den Ausschluss einer Kommilitonin aus der FDJ, die ihren dortigen Pflichten nicht nachgekommen sein soll, nicht erwähnt worden. Auf der Versammlung im März machten sie anscheinend ihrem Ärger um die falsche Darstellung und dem auferlegten Zwang Luft:

*„Damals wurde gesagt: ‚Alle haben unterschrieben.‘ Im Rechenschaftsbericht hieß es: ‚bewusst unterschrieben‘. Jetzt ertönte Protest: ‚Aus Einsicht in die Notwendigkeit‘. Unter ‚Notwendigkeit‘ wurde hier verstanden: Sechs haben aus Angst vor Exmatrikulation unterschrieben.“*<sup>134</sup>

Die damit verbundene Empörung galt vor allem dem nicht vorhandenen freien Willen, mit dem eine solche Erklärung zu den politischen Ereignissen herbeigeführt wurde. Die eigentliche Absicht nach Vollständigkeit der Unterschriften auf Kosten der freien Meinungsäußerung der FDJ-Hochschulgruppe und der Berichterstatter des Germanistischen Instituts war erkannt worden.<sup>135</sup>

Die Parteigruppe der „Studenten Sprachen“ trat während dieses Semesters laut ihres Rechenschaftsberichtes nur zweimal zusammen. Wie schon im handgeschriebenen Bericht bemängelt, hatten die „Genossen Studenten“<sup>136</sup> nur in wenigen Gruppen die Diskussionen unter Kontrolle. In einigen Fällen wird ihnen durch dieses Dokument „schlechte Arbeit“<sup>137</sup> vorgeworfen.<sup>138</sup> Aus dem Rechenschaftsbericht zum Herbstsemester geht hervor, dass sie sich dreimal treffen

---

<sup>133</sup> Institutsbericht bis zum 1. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311). Auf diesen Bericht wird im Kapitel 4.2. noch ausführlicher eingegangen.

<sup>134</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 19. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968. (PHF 311).

<sup>135</sup> Ebd.

<sup>136</sup> Die politisch-ideologische Situation im Bereich unserer Grundorganisation. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380).

<sup>137</sup> Ebd.

<sup>138</sup> Ebd.

wollten, jedoch die letzte Zusammenkunft im Dezember aufgrund mangelnder Beteiligung ausfallen musste. Die Gründe für das Fernbleiben werden nicht aufgeführt, dennoch zeugt dieses Detail von wenig Interesse für die Parteiarbeit. Die Diskussionen, die um den Mauerbau und den Brief an Walter Ulbricht stattgefunden hatten, wurden von der Parteigruppe aufgenommen und in dieser Gemeinschaft weitergeführt. Im Schlussteil des Berichts klingt die Selbstkritik an, die diese Parteimitglieder, die in jeder Hinsicht zur Führung der Diskussionen im Hinblick auf die Ziele der SED eine entscheidende Rolle einnehmen sollte, üben:

*„Zur Arbeit der Parteigruppe muß gesagt werden, daß sie nicht die Führungsarbeit geleistet hat, die sie hätte leisten müssen. Das äußerte sich darin, daß sie sich in den Diskussionen in der Parteigruppe leiten ließ von den Diskussionen, die aus den einzelnen Seminargruppen kamen. Die Parteigruppe selbst war nicht richtunggebend in Diskussionen trug sie nicht in die Seminargruppen hinein, sondern die Genossen beschäftigten sich damit, sich Klarheit zu den Fragen und Argumenten zu verschaffen, die in den Seminargruppen aufgetaucht waren.“<sup>139</sup>*

Damit bestätigten sie die Aussage des handgeschriebenen Dokuments und geben einen Hinweis auf die Ursache für die Loslösung der politischen Diskussion von den Vorgaben der Parteileitung und für das eigenmächtige Handeln der Studenten, sei es durch Wortmeldungen oder das Verweigern der Unterschrift.<sup>140</sup> Eine Auflistung soll abschließend zusammenfassen, welche Studenten sich zunächst weigerten, den Brief an Walter Ulbricht zu unterschreiben, und damit die Verteidigungsbereitschaft, das Hören westlicher Sender und die Befürwortung der Maßnahmen der Regierung zu dokumentierten.

---

<sup>139</sup> Rechenschaftsbericht der Parteigruppe Studenten –Sprachen– für das Herbstsemester 1961. In: UAR: Einzelne Parteigruppen der Sprach- und Literaturwissenschaften 1952-1969 (UPL 398).

<sup>140</sup> Ebd. Vgl. Die politisch-ideologische Situation im Bereich unserer Grundorganisation. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380). Vgl. Plan der politischen Massenarbeit an der Universität in der Vorbereitung des Studienjahres 1961/62 und zu den Volkskammerwahlen. (Beschluss der Parteileitung der Universität vom 23.08. 1961) In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

Abb. 3. Tabelle der Unterschriftenverweigerer

Name	Studienjahr	Studienrichtung	Gründe/Argumente
Name unbekannt	1. Studienjahr	Germanistik/Latein	unbekannt
A	2. Studienjahr	Germanistik/Anglistik	Militarisierung, westliche Verwandte
B	2. Studienjahr	Germanistik/Anglistik	eventuell westliche Verwandte
C	2. Studienjahr	Germanistik-Diplom	aus Berlin stammend
D	2. Studienjahr	Germanistik-Diplom	aus Berlin stammend
E	2. Studienjahr	Germanistik/Geographie	unbekannt (eventuell Nachteile vom Staat)
H	3. Studienjahr	Germanistik/Anglistik	„Westsenderhören“
O	3. Studienjahr	Germanistik/Anglistik	nicht näher bekannt
19 weitere Studenten Namen nicht näher bekannt	3. Studienjahr	Germanistik/Anglistik	nicht näher bekannt
I	4. Studienjahr	Germanistik/Anglistik	„zu unreif“
J	4. Studienjahr	Germanistik/Anglistik	„zu unreif“
K	4. Studienjahr	Germanistik/Anglistik	„zu unreif“

Beim Nachzählen fällt auf, dass es sich um 30 Studenten handelt. Deshalb stellt sich die Frage, welcher Name nicht dokumentiert ist, denn nach Aussage des Informationsberichts für die Gesellschaftswissenschaftler waren es 31, die nicht unterschrieben haben.<sup>141</sup> Es lässt sich folgendes vermuten: Es könnte sein, dass jemand vorerst nicht unterzeichnet hatte, ohne dass genau vermerkt worden wäre, wer oder aus welches Seminargruppe dieser Student stammt. Außerdem kann es möglich sein, dass einer der angesprochenen Hochschüler F aus dem fünften Studienjahr, der Mitglied im Studententheater war, zunächst nicht unterschrieb, denn der Bericht von Schumann, dass alle Studenten dieses Studienjahres unterschrieben hätten, stammt erst vom 3. Oktober. Daher hätte die Statistik F erfassen können. Eine weitere Vermutung ist die fehlerhafte Darstellung über die Aussage der Studentin H, angeblich aus Seminargruppe Germanistik/Anglistik des dritten

<sup>141</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 6. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteioorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

Studienjahrs. Da sich ihr Name, wie schon erwähnt, in dieser besagten Gruppe nicht finden lässt und nur eine den gleichen Vornamen trägt, kann es sein, dass entweder der Nachname falsch ist, oder die falsche Person zitiert wurde.<sup>142</sup> Im zweiten Studienjahr Germanistik/Geschichte kann man in der Liste eine Studentin finden, die den gleichen Vornamen trägt und deren Nachname sich nur in einem Buchstaben unterscheidet. Möglicherweise ist sie in den Ausführungen vom 6. September<sup>143</sup> gemeint und vielleicht ist sie die fehlende Person, die nicht unterschrieben hatte. Eine weitere Vermutung ist die fehlerhafte Auszählung der Unterschriften, die aber sehr unwahrscheinlich ist. Aufschluss darüber könnte nur anhand der Originallisten gegeben werden, auf denen die Unterschriften dokumentiert wurden. Deren Verbleib ist aber zum Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeit nicht geklärt, da der Bestand der FDJ-Hochschulgruppe bis zum Erstellen dieser Arbeit im Universitätsarchiv Rostock noch nicht erfasst wurde.

### 3.5. Diskussionen im Lehrkörper

Betrachtet man die personelle Ausgangslage am Germanistischen Institut in der zweiten Jahreshälfte 1961, muss man sich fragen, welche Akten Aufschluss über mögliche Diskussionen geben, die unmittelbar mit dem Bau der Mauer, dem Brief an Walter Ulbricht oder den Chemiestudenten<sup>144</sup> zusammenhängen. Dazu sollten nicht nur die Akten des Germanistischen Instituts, sondern vor allem die der Parteigruppe der Germanistik oder Parteigruppe Sprachen sowie die der Philosophischen Fakultät beleuchtet werden. Diese Betrachtung ist sicher sehr einseitig und verklärt den Blick auf die Angehörigen des Instituts, die nicht in der SED waren, dennoch lässt sich nur auf diese Weise mehr Material herausfiltern, denn die Aussagen über den Lehrkörper in den Akten des Germanistischen Instituts sind nur sehr spärlich vorhanden. Das liegt vor allem an der Art und Weise der Darlegung in den Informationsberichten des Germanistischen Instituts, die hauptsächlich im Rahmen von „Erziehung und Ausbildung“ auf Studenten fokussiert ist.<sup>145</sup>

Außerdem war zwar anscheinend eine ausführliche Diskussion unter den Lehrenden über tagespolitische Ereignisse üblich. Es ist jedoch möglich, dass das Personal keine offene Kritik äußerte, da eine Anstellung an der Universität Sys-

---

<sup>142</sup> Vgl. Anmerkung 70: Bericht über „Judith“ vom 4. Januar 1962. In: BStU: Rost. AIM 4232/90 Band 1/2. S. 160. Dieser Bericht diente als Grundlage für die Anwerbung der Frau von M, die den Decknamen „Judith“ bekam.

<sup>143</sup> Informationsbericht der UPL vom 6. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteioorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>144</sup> Siehe Kapitel 3.3.

<sup>145</sup> UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).



temkonformität voraussetzte. Dennoch sollte die Ausnahme des Dekans der Theologischen Fakultät<sup>146</sup> ein Anhaltspunkt sein, um auch hier nach unterschiedlichen Ansichten zu suchen. Wie schon im Kapitel 3.2. beschrieben, wünschte die Universitätsparteileitung offene Bekenntnisse der Wissenschaftler zu den Maßnahmen des 13. August.<sup>147</sup> Im ersten Informationsbericht wurden hauptsächlich Aussagen der Mediziner und der Schiffbautechniker zum Mauerbau wiedergegeben. Darunter war auch ein Schreiben des Historischen Instituts, in dem Walter Ulbricht Glückwünsche ausgesprochen wurden. Daraus lässt sich schließen, dass die Lage zunächst nicht umfassend analysiert wurde und sich auf Einzelbeispiele beschränkt wurde. Deshalb gab es wahrscheinlich auch noch keine Darstellung über die Lage am Germanistischen Institut.<sup>148</sup>

Die erste Äußerung eines Mitglieds des Germanistischen Instituts ist im Protokoll einer Sitzung der Universitätsparteileitung vermerkt. Hansjoachim Finze, als Mitglied der Universitätsgewerkschaftsleitung, erhielt dort eine scharfe Rüge, da er, zu diesem Zeitpunkt mit dem Schreiben eines Buches über einen Genossen im Auftrag der Kreisgewerkschaftsleitung beschäftigt, nicht unmittelbar nach dem 13. August aus seiner Position heraus eine Versammlung einberufen hatte. Die Kritik an seinem Verhalten erkannte Finze laut Protokoll nicht an, der Vorsitzende der Universitätsparteileitung, Fred Birkner, stellte richtig, dass ein Beschluss, das Buch zu Ende zu schreiben, nach Ereignissen wie denen vom 13. August hinfällig sei und die Partei- und Gewerkschaftsarbeit Priorität hätten genießen müssen.<sup>149</sup> Das Verhalten von Finze scheint symbolisch für das Germanistische Institut zu sein, denn die Aussagen von Germanisten zu den Vorfällen sind in den Akten kaum zu finden. Auf einer Fakultätsratssitzung, die am 04.09.1961 stattfand, reagierte Professor Kühne als Stellvertreter für das Germanistische Institut auf einige Stellungnahmen seiner Kollegen aus der Fakultät und hob hervor, dass vor allem die „Störfreimachung“ wichtig sei und trotz der Maßnahmen vom 13. August „[a]lle wichtigen und wertvollen Werke und Materialien aus Westdeutschland [...] weiterhin bezogen werden“<sup>150</sup> sollten. Auch zielt seine Argumentation auf die Unabhängigkeit von westdeutschen Veröffentlichungen,

---

<sup>146</sup> Siehe Kapitel 3.2.

<sup>147</sup> Protokoll über die UPL-Sitzung am 30. August 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>148</sup> Informationsbericht der UPL vom 18. August 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteioorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>149</sup> Protokoll über die UPL-Sitzung am 23. August 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>150</sup> Protokoll der Fakultätsratssitzung der Philosophischen Fakultät vom 04. September 1961. In: UAR: Philosophische Fakultät. Protokolle der Fakultätsratssitzungen 1959-1961. Band 1 (PHF 4.3.).

indem er sich für die Qualität von literaturwissenschaftlichen Veröffentlichungen der DDR aussprach und als Aufgabe des Germanistischen Instituts festlegte, bis zum nächsten Jahr einen Prosa-Band als Arbeitsmittel für die Studenten herausgeben zu wollen. Im Anschluss daran befindet sich eine Erklärung der Philosophischen Fakultät. Es unterzeichneten die Mitglieder des Fakultätsrates, unter ihnen die Germanisten Professor Düwel, Professor Kühne und Professor Gernentz. In diesem Schriftstück bekannte sich die Philosophische Fakultät zur Regierung der DDR und bezeugte unter anderem:

*„Der Rat der Philosophischen Fakultät steht voll und ganz hinter den Massnahmen [sic] der Partei der Arbeiterklasse und unserer Regierung. Er dankt unserer Armee und den Kampfgruppen, welche in Berlin den Frieden bis jetzt gesichert haben. Besonderer Dank gilt dem Genossen Walter Ulbricht, der in kritischen Stunden entschlossen den richtigen Weg gewiesen hat.“<sup>151</sup>*

Zugleich wurde aber, zusätzlich zum Lob an der sowjetischen Politik, auch die gemeinschaftliche Verteidigungsbereitschaft ausgesprochen, über die ein Bezug zum Brief der FDJ hergestellt wurde:

*„Im Namen der Philosophischen Fakultät erklärt der Rat der Philosophischen Fakultät die Bereitschaft aller Mitarbeiter zur Verteidigung des Friedens und unserer sozialistischen Heimat. Im gleichen Sinne unterstützt er auch den Kampfauftrag der FDJ.“<sup>152</sup>*

Damit war ein gemeinsames Bekenntnis geleistet, dem sich anscheinend niemand entzog. Genauso wie auch im Brief an Walter Ulbricht und in der Senatsklärung<sup>153</sup> beteuerte der Rat der Fakultät in seinem Schreiben, die Volkskammerwahlen am 17. September unterstützen zu wollen.<sup>154</sup>

Gleiches gilt auch für eine Erklärung der Gewerkschaftsgruppe Germanistik/Anglistik/Akademieinstitut Mecklenburgisches Wörterbuch. Leider undatiert, aber, aufgrund der Aussage, die Wahlen unterstützen zu wollen, wahrscheinlich vor den 17. September einzuordnen, sprechen sich die Unterzeichner für die Schritte der DDR-Regierung aus und begrüßen zudem die wieder aufgenommenen Kernwaffenversuche der Sowjetunion mit folgender Begründung: „Wir aber wollen mehr – wir wollen den ganzen Frieden. Dazu gilt es, die Kräfte des Krie-

---

<sup>151</sup> Erklärung des Rates der Philosophischen Fakultät vom 04. September 1961. In: UAR: Philosophische Fakultät. Informations- und Jahresberichte 1949-1961 (PHF 9.1).

<sup>152</sup> Ebd.

<sup>153</sup> Vgl. Erklärung Rektor und Senat der Universität Rostock. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132). Vgl. Offener Brief an den Staatsratsvorsitzenden. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

<sup>154</sup> Erklärung des Rates der Philosophischen Fakultät vom 04. September 1961. In: UAR: Philosophische Fakultät. Informations- und Jahresberichte 1949-1961 (PHF 9.1).

ges zu besiegen, noch bevor sie den Krieg gewagt haben!“<sup>155</sup> Sehr bildlich ist in diesem Text der Aufruf zu Reservistenausbildungen beschrieben:

*„Wenn wir den Frieden wählen, müssen wir bereit sein, ihn zu verteidigen. Darum rufen wir die Studentenschaft auf, in Reservistenlehrgängen die Waffe handhaben zu lernen, wie im Studium den Gebrauch der Feder. Das heißt, als kämpferischer, sozialistischer Humanist zu studieren und zu leben.“*<sup>156</sup>

Dieser Brief wurde von vielen Germanisten unterschrieben, so von Kühne, Burckhardt, Krause, Koliwer, Strandt, Bernhard und Finze. Es lassen sich aber wenige Einzelaussagen finden. In einem Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern wird deshalb zur Erziehungsarbeit des Lehrkörpers ausgesagt:

*„Im Germanistischen Institut haben noch nicht alle Mitglieder des Lehrkörpers offensiv in die Diskussion um die Verteidigungsbereitschaft eingegriffen. Das gilt insbesondere für die parteilosen Mitarbeiter des Instituts. Die Arbeit mit den Studenten hat sich wesentlich verbessert.“*<sup>157</sup>

In dieser Kritik klingt an, welches Bild sich aus Akten ergibt. Während systematisch Aussagen von Lehrenden beispielsweise des Schiffbaus und der Medizinischen Fakultät gesammelt wurden und sehr schnell Erklärungen dieser Fakultäten oder des Historischen Instituts, die sich offen zu den Maßnahmen der Regierung bekannten, veröffentlicht wurden, gab es zwar eine solche Form wie oben beschrieben auch in der Philosophischen Fakultät und in der Gewerkschaftsgruppe Germanistik/Anglistik, jedoch nicht im Germanistischen Institut, in der alle Mitarbeiter sich offen hinter die Ereignisse des 13. Augusts oder die Verteidigungsbereitschaft stellen mussten. Aus den Berichten des Ernteeinsatzes geht zwar hervor, dass die Betreuer der Seminargruppen ihrem Erziehungsauftrag in Form von Diskussionsleitung und auch -lenkung nachkamen, jedoch zeugen die Berichte der Ernteeinsätze mehr von der Aufmerksamkeit für organisatorische Sachverhalte als von zielgerichteter politischer Aufklärung.<sup>158</sup> Der Verfasser eines

<sup>155</sup> Ergebnis der Gewerkschaftsgruppenversammlung der Institute Germanistik/Anglistik/Akademieinstitut Mecklenburgisches Wörterbuch. In: UAR: Einzelne Parteigruppen der Sprach- und Literaturwissenschaften 1952-1969 (UPL 398).

<sup>156</sup> Ebd.

<sup>157</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 6. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>158</sup> Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Ernteeinsätze 1957-1967 (PHF 315). Vgl. Ergebnis der Gewerkschaftsgruppenversammlung der Institute Germanistik/Anglistik/Akademieinstitut Mecklenburgisches Wörterbuch. In: UAR: Einzelne Parteigruppen der Sprach- und Literaturwissenschaften 1952-1969 (UPL 398). Vgl. Erklärung des Rates der Philosophischen Fakultät vom 04. September 1961. In: UAR: Philosophische Fakultät. Informations- und Jahresberichte

Berichts im November 1961, Professor Heidorn, unterstützte in der Frage des Westsenderhörens die Mitarbeiter des Germanistischen Instituts, wobei aber offensichtlich einige Ausnahmen vorhanden waren, indem verzeichnet wurde:

*„Mir scheint, daß der Lehrkörper des Instituts zum Teil zu diesen Fragen eine richtige Position eingenommen hat und im guten Sinne des Wortes in die Offensive gegangen ist.“*<sup>159</sup>

Die IM „Buch“ wurde in dem Auskunftsbericht, der über sie verfasst wurde, als zuverlässig eingeschätzt, ohne dass aber nähere Angaben gemacht worden sind, wie sich das in ihrem Verhalten äußerte: „Während der Ungarn-Ereignisse<sup>160</sup> und am 13.8.1961 zeigte sie eine positive Haltung“<sup>161</sup>

Zum einen kann dies an Berichten liegen, die andere IM über sie verfasst haben könnten, es ist aber auch möglich, dass dieses Bekenntnis nur aus der Unterschrift unter der oben beschriebenen Erklärung der Gewerkschaftsgruppe Germanistik/Anglistik/Akademieinstitut Mecklenburgisches Wörterbuch abgeleitet wurde. Über die sonstigen Aussagen, die sie oder andere Mitarbeiter des Instituts getroffen haben, finden sich in ihrer Akte keine weiteren Hinweise.<sup>162</sup>

Ein Beispiel ist ein Mitarbeiter des Germanistischen Instituts, der Sprachwissenschaftler Professor Hans-Joachim Gernentz. Schon in seiner Studienzeit wurde er 1950 als „[f]ortschrittliches Mitglied der CDU“<sup>163</sup> charakterisiert. Dennoch

1949-1961 (PHF 9.1). Vgl. UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>159</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 10. November 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>160</sup> Der ungarische Ministerpräsident einer volksdemokratischen Blockregierung Imre Nagy hatte sich 1956 von den stalinistischen Vorgaben gelöst. Daraufhin entbrannte 1956 ein Machtkampf, der in einer Revolution mündete und zur Erklärung Nagys zu Ungarns Austritt aus dem Warschauer Vertrag führte. Dennoch scheiterten die Aufstände und führten zu einer Massenflicht. Im Zuge dieser Ereignisse distanzierte man sich in der ostdeutschen Universitätsgermanistik von den Arbeiten Georg Lukács', der eine auf den Marxismus-Leninismus berufene Philosophie erstellt hatte und der zuvor als Autorität in der DDR galt, da er in diese Revolution verwickelt sein sollte. Vgl. Rosenberg, Rainer: Georg Lukács „Die Zerstörung der Vernunft“. In: Erhart, Walter; Herbert Jaumann (Hrsg.): Jahrhundertbücher. Große Theorien von Freud bis Luhmann. München 2000. S. 262.

<sup>161</sup> Auskunftsbericht zum IM „Buch“ vom 12. Juli 1962. In: BStU: Rost. AIM 2772/74 Band 1. S. 59.

<sup>162</sup> Vgl. BStU: Rost. AIM 2772/74 Band 1.

<sup>163</sup> Charakteristiken der Fakultätsangehörigen des 7. und höherer Semester vom 21. Dezember 1950. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380). In diesem Dokument sind sehr ausführliche, aber auch sehr ungenaue Beurteilungen über die Studenten abgegeben worden. Besonders interessant sind die Einschätzungen über

wurde damals festgehalten: „die Ehrlichkeit seines Bekenntnisses zur SU und DDR<sup>164</sup> kann bezweifelt werden.“<sup>165</sup> Aufgrund der Nachfolgefrage des Institutsdirektors wegen Edith Braemers Krankheit musste als habilitierter Dozent auch Gernentz in die engere Wahl gezogen werden. Dieser wurde aber, wie in Kapitel 2.2. beschrieben, für diese Tätigkeit nicht akzeptiert. Es sind keine befürwortenden oder ablehnenden Aussagen Gernentz' zum Mauerbau bis auf die Unterschrift unter die Erklärung der Philosophischen Fakultät aufgezeichnet worden; er übernahm aber in seiner Funktion als Vorsitzender des Klubs des Deutschen Kulturbundes<sup>166</sup> die Leitung eines Diskussionsabends zum Thema „Zur Geschichte und zum Begriff des Humanismus“, über den Braemer eine umfassende Einschätzung gab. Die Diskussion wurde von ihr in die zentralen Themen zur Verteidigungsbereitschaft und zum Zusammenhang des Christentums mit sozialistischen Regierungen eingeordnet. Über die im Nachhinein erfolgte Diskussion im kleineren Kreis fertigte Braemer nur ein Gedächtnisprotokoll an. Vor allem Mediziner wohnten dieser Aussprache bei und verteidigten nach der Aussage der Professorin Braemer teilweise die Republikfluchten von Ärzten und das Hören von Westsendern. Ihrer Meinung nach wurden in dieser Diskussion offen Aussagen getroffen, die sich gegen die Regierung der DDR wandten und die der jungen Generation zu wenig Mitspracherecht unterstellten.<sup>167</sup> Über Gernentz schrieb Braemer sehr zustimmend:

*„Sein Auftreten während der Diskussion heute hätten wir uns nicht besser wünschen können. Leider schwieg er während der Diskussion im kleinen Kreis, was ich nicht richtig finde. Allerdings war er nach einem sehr langen Arbeitstag äußerst abgespant, was trotzdem keine genügende Entschuldigung sein kann.*

---

Gernentz, aber auch über den späteren Assistenten Werner Jahn, der 1958 Republikflucht beging. Fragwürdig erscheinen aber auch die Beurteilungen einiger anderer Studenten, deren Urteil sich zum Beispiel auf ihre Homosexualität bezog, die in der DDR in „gesellschaftsfähendem“ Fall strafbar war. Vgl. Starke, Kurt: Schwuler Osten. Homosexuelle Männer in der DDR. Berlin 1994. S. 18.

<sup>164</sup> Für die Einordnung seiner sprachwissenschaftlichen Theorien in die Einordnung in die marxistische Position auf dem II. Internationalen Germanistenkongress in Kopenhagen 1960 war Gernentz in einem abschließendem Bericht dann aber gelobt worden. Vgl. Czech, Gabriele; Oliver Müller: Germanistik vor dem Mauerbau. Die DDR auf dem II. Internationalen Germanistenkongress 1960. In: Deutschland Archiv 39. 2006. S. 1046.

<sup>165</sup> Charakteristiken der Fakultätsangehörigen des 7. und höherer Semester vom 21. Dezember 1950. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380).

<sup>166</sup> Jahresbericht des Germanistischen Instituts der Universität Rostock über das Studienjahr 1961/62. In: UAR: Germanistisches Institut. Jahresberichte 1953-1965 (PHF 309).

<sup>167</sup> Bericht über das Klubgespräch am 10. November 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteioorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

*[...] Wenn man G.[ernentz] als Karrierist hinstellt, [...], so wird man ihm in keiner Weise gerecht. [...] Damit wird die außerordentlich aktive gesellschaftliche Arbeit G[ernentz]' nicht gewürdigt und ich meine, dass wir einen guten Bundesgenossen nicht so einschätzen sollten, wenn wir nicht gute Gründe dafür haben.“<sup>168</sup>*

Damit gab Braemer ein ausführliches Urteil über ihren Kollegen ab und schätzte seine Haltung gegenüber den Maßnahmen der Regierung als sehr gefestigt ein. Ein paar Tage später wurde auf einer Dienstbesprechung der Gesellschaftswissenschaftler eine Aussage von Gernentz wiedergegeben.<sup>169</sup> Gegen die vom Berichterstatter bezeichneten „pazifistischen Tendenzen“<sup>170</sup> trat vor allem er auf:

*„So bezeichnete Prof. Dr. Gernentz beispielsweise die These vom „Schießen auf den eigenen Bruder“ als einen demagogischen Gefühlsappell der westdeutschen Imperialisten. Er sagte sehr richtig, dass man umgekehrt die Frage stellen müsse, was denn in Westdeutschland getan worden sei, um eine solche Situation zu verhindern.“<sup>171</sup>*

Bei dieser Aussage wird die offenkundige Zustimmung von Gernentz zur Verteidigungsbereitschaft dokumentiert.<sup>172</sup> Weitere Ausführungen des Sprachwissenschaftlers dazu ließen sich in den Akten nicht finden.

Ein weiterer Kollege der Germanistik, Bernhard, wird in eben diesem Bericht erwähnt, der auf das Leseverhalten einiger Studenten einwirken sollte:

*„Es stellt sich dann in der Diskussion heraus, daß gegenwärtig gerade in der Medizinischen Fakultät (6. Stdj.) sehr viel Erich Maria Remarque gelesen wird. Seine pazifistischen und „neutralistischen Tendenzen“ werden offensichtlich von vielen Studenten kritiklos übernommen. Dr. Bernhard vom Germanistischen Institut erklärte sich sofort bereit, mit den Studenten des 6. Stdj. der Med. Fak. über Remarque zu diskutieren.“<sup>173</sup>*

Die Kompetenz, die Diskussion zu leiten, erlangte Bernhard über seine Promotion „Der Erste Weltkrieg 1914-1918 im Werk Ernst Jüngers, Erich Maria

---

<sup>168</sup> Ebd.

<sup>169</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 10. November 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>170</sup> Ebd.

<sup>171</sup> Ebd.

<sup>172</sup> Ebd.

<sup>173</sup> Ebd.

Remarques und Arnold Zweigs.“<sup>174</sup> Der genaue Ablauf der Diskussion ist aber in dieser Akte nicht dokumentiert.<sup>175</sup> Es wäre aber sicher interessant, mit welchen Argumenten aus den Werken Remarques, deren Lektüre in der DDR erlaubt und erwünscht war, eine nicht-pazifistische Aussage entnommen werden konnte. Die sofortige Bereitschaft Bernhards, mit Medizinstudenten über dieses Thema zu diskutieren, lässt erkennen, dass er diese Lektüre unterstützen konnte und bereit war, die Hochschüler politisch zu erziehen und sich auch ihren Fragen und Argumenten zu stellen. Diese Aufgabe war aus der fachlichen Perspektive problemlos zu bewältigen, aber wahrscheinlich war die Erfüllung der politischen Erziehungsarbeit nicht für jeden wissenschaftlichen Mitarbeiter der Literaturwissenschaft in dieser Form zu leisten. Da Professor Braemer während jener Zeit sowohl in ihrer Funktion als Institutsdirektorin, als auch zur politischen Meinungsbildung und Berichterstattung nicht in Erscheinung trat und diese Aufgaben von Finze und Kühne übernommen wurden, kann davon ausgegangen werden, dass sie wahrscheinlich wegen Krankheit ausgefallen war. Davon zeugt auch das Protokoll der Sitzung im Juli, die ihre Nachfolge regeln sollte.<sup>176</sup> Mutmaßungen, ob die Zurückhaltung im Auftreten des Lehrkörpers des Germanistischen Instituts mit ihrem Fehlen zu begründen ist, scheinen nachvollziehbar. In der Diskussion über die Wehrpflicht, bei der sie beteiligt war, ergibt sich ein verändertes Bild, wonach sich diese Annahme bestätigt.<sup>177</sup>

### 3.6. Maßnahmen zur Regulierung

Schon bei den ersten Diskussionen, die im Informationsbericht vom 6. September 1961 aufgezeichnet wurden, lässt sich im abschließenden Satz eine Vorgehensweise erkennen. Dort wird dokumentiert,

*„daß der größte Teil dieser Meinungsäußerungen sofort und parteimäßig in der Auseinandersetzung geklärt wurde, die Genossen mit Beginn des neuen Studienjahres sofort in die Offensive gegangen sind und Überspitzungen und*

---

<sup>174</sup> Wilhelm-Pieck-Universität Rostock (Hrsg.): 125 Jahre Germanistik an der Universität Rostock 1858-1983. Rostock 1983. S. 52.

<sup>175</sup> UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>176</sup> Protokoll der Parteigruppenversammlung vom 19. Juli 1961. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1969 (UPL 399). Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>177</sup> Siehe Kapitel 4.3.

*Halbheiten, wie sie u.a. genannt werden, schnellstens korrigiert werden müssen.*“<sup>178</sup>

Die Vorgabe aus dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen war eindeutig. Der Staatssekretär Wilhelm Girnus rief am 12. September 1961 eine Besprechung ein, in der er die Richtung vorgab, wie mit den Diskussionen umgegangen werden sollte. Das Hauptargument, welches verwendet werden sollte, war:

*„Das Recht auf Bildung verpflichtet die Studenten. Die Studenten müssen auch bereit sein, dieses Recht zu verteidigen. Durch offene Aussprache muss man zur Klarheit gelangen, aber keine Diskussion mit Provokateuren.*“<sup>179</sup>

Bei der Sitzung der Universitätsparteileitung am 20. September 1961 beschäftigte sich das Gremium sehr ausführlich mit Ereignissen der vergangenen Wochen und zog aus den Ereignissen seine Schlussfolgerungen. In einem Informationsbericht vom 26. September 1961 wurde zum Ablauf der Volkskammerwahlen am 17. September des gleichen Jahres Stellung genommen. Dabei ergab sich, dass die Universität die Organisation mangelhaft vorgenommen hatte, denn von 3855 eingetragenen Studenten der Listen hatten 273 nicht gewählt. Davon waren, wie sich nach eingehender Untersuchung herausstellte, 70% nicht mehr in Rostock gemeldet oder zum Wählen registriert.<sup>180</sup>

Besondere Aufmerksamkeit legte der Bericht auf schlechte Wahlbeteiligung und die angeblich „faschistischen Losungen“<sup>181</sup>:

*„Bei der politischen Arbeit unter den Studenten ergeben sich als besondere Schwerpunkte die Wohnheime in der Thierfelderstraße und in der Südstadt. Alle bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherung dieser Objekte sind weitreichen-*

---

<sup>178</sup> Informationsbericht der UPL vom 6. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>179</sup> Aktenvermerk über eine Aussprache des Herrn Staatssekretärs Dr. Girnus mit Professoren am 12. September 1961. In: UAR: Beziehungen zum Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen 1951-1965 (R 1911).

<sup>180</sup> Informationsbericht der UPL vom 26. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145). Zur Auswertung der Volkswahl wird im Protokoll der UPL-Sitzung am 20. September gesagt, dass nur ungefähr 60 Studenten gar nicht gewählt haben und die schlechteste Wahlbeteiligung in den Studentenwohnheimen in der Thierfelder Straße vorgeherrscht hat. 15 Studenten hatten laut Protokoll gegen die Nationale Front mit faschistischen Losungen gestimmt. Vgl. Protokoll über die UPL-Sitzung am 20. September 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>181</sup> Aktenvermerk über eine Aussprache des Herrn Staatssekretärs Dr. Girnus mit Professoren am 12. September 1961. In: UAR: Beziehungen zum Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen 1951-1965 (R 1911).



*der als in den vergangenen Jahren. [...] Die Parteileitung wird Maßnahmen zum Schutz dieser Objekte am 27. 9. 1961 beschließen.* <sup>182</sup>

In einem Bericht, in dem Parteisekretär Birkner Informationen an die Versammlung weitergab, formulierte er das Hauptziel:

*„Es geht in erster Linie darum, die politische Offensive unter allen Teilen der Universität zu führen, daß die Mehrheit der noch vorhandenen weichen Stellen unter den Professoren, wiss.[enschaftlichen] Nachwuchs und Studenten für den nächsten Kampf gestählt werden [...]“* <sup>183</sup>

Aber im gleichen Atemzug vervollständigte er die Absicht, die zur Stärkung der Organisation führen sollte, indem er anordnete, „daß kleinere Teile der dann noch übrig bleibenden weichen Stellen aus der Universität entfernt werden.“ <sup>184</sup>

Damit bezieht sich Birkner sowohl auf die Studenten, als auch auf den Lehrkörper und auf Mitglieder der SED sowie der Parteileitung der Universität selbst. <sup>185</sup>

Abermals geht er darauf ein, dass im wissenschaftlichen Nachwuchs Entlassungen von Nöten seien, um die einheitliche Linie zu verfolgen:

*„Es kommt darauf an, die Mehrheit des Nachwuchses zu stählen für die Aufgaben, die kommen und sich von denen zu trennen, die unbelehrbar sind.“* <sup>186</sup>

Damit wäre zu fragen, ob sich die Parteileitung nicht über ihre Kompetenzen hinaus bewegte; aber schon während des Vorbereitens der Senatserklärung und des Briefes der FDJ zeigt sich, dass diese Vorstellungen in dem Gremium Oberhand gewonnen haben. In diesem Protokoll wird die Absicht erkennbar, dass die SED in allen Bereichen der Universität die Kontrolle erlangen und die einheitliche Meinung erzwingen sollte. Dabei stellte sich die Organisation weit über ihre fachliche Kompetenz, indem Birkner vorgab: „Keine Grundorganisation eröffnet ein Disziplinarverfahren, ohne daß der Parteisekretär der Universität informiert ist.“ <sup>187</sup> Für die Studenten wurden ebenfalls harte Konsequenzen vorausgesagt, denn:

---

<sup>182</sup> Informationsbericht der UPL vom 26. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteioorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145). In den Beschlüssen der Parteileitung vom 27. September 1961 lassen sich jedoch keine Hinweise auf die „Sicherungsmaßnahmen“ finden. Vgl. Protokoll über die UPL-Sitzung am 27. September 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>183</sup> Protokoll über die UPL-Sitzung am 20. September 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>184</sup> Ebd.

<sup>185</sup> Vgl. Protokoll über die UPL-Sitzung am 20. September 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>186</sup> Ebd.

<sup>187</sup> Ebd.

*„Ebenfalls muß weiter mit den Studenten diskutiert werden, auch über den Brief an Gen.[ossen] W.[alter] Ulbricht. Wer unbelehrbar ist, wird von der Universität entfernt.“<sup>188</sup>*

Dennoch taucht erst zwei Sitzungen später der Beschluss auf, dass die FDJ-Hochschulgruppe auswerten solle, wer den Brief nicht unterschrieben hat. Das Bewusstsein über eine Ablehnung scheint vorhanden zu sein – zum Teil aus den Informationsberichten, teilweise durch das Wissen der Unvereinbarkeit mit Wertvorstellungen (z.B. dem christlichen Glauben<sup>189</sup>). Gleichzeitig sollte die politische Arbeit mit den Studenten vertieft werden mit dem Schwerpunkt auf der Medizinischen Fakultät. Zugleich sollten die Erstsemesterstudenten gezielt betreut und die Diskussionen um den Brief an Walter Ulbricht einen Abschluss finden. Zudem sollte die Durchführung von „Kampfappellen“ in allen FDJ-Grundeinheiten vorbereitet werden.

Eine weitere Maßnahme war die gezielte Verehrung der Person Walter Ulbrichts. Es sollte ein Personenkult geprägt werden, mit dem sich die Studenten identifizieren konnten. Damit sollte nicht nur seine Politik gerechtfertigt werden, man glaubte zudem an eine hohe Identifikationsmöglichkeit aufgrund der Herkunft aus der Arbeiterschaft. Dennoch hielt sich der Personenkult um den Staatsratsvorsitzenden in Grenzen.<sup>190</sup>

Gleichzeitig erhöhte das Ministerium für Staatssicherheit die Intensität der Überwachung. Vor allem im Studententheater wurden daraufhin neue Anwerbungen versucht. So auch im Fall der IM „Judith“, die dort ebenfalls tätig war. Sie war durch die Kritik ihres Mannes M in den Fokus der Staatssicherheit geraten<sup>191</sup> und sollte zur Aufklärung vor allem über den Regisseur F beitragen:

*„Der GI wird zur Absicherung und zur Aufklärung des Studentenclubs und des Studententheaters eingesetzt. Außerdem wird der GI nach erfolgreicher Überprüfung an den bereits als negativ bekannten Studenten der Philosophischen Fakultät [F], Mitglied des Studententheaters, angesetzt, um diesen eingehend operativ aufzuklären.“<sup>192</sup>*

<sup>188</sup> Ebd.

<sup>189</sup> Der Brief an Walter Ulbricht wurde den Theologiestudenten anscheinend absichtlich nicht zur Unterschrift vorgelegt. Vgl. Protokoll über die UPL-Sitzung am 27. September 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>190</sup> Vgl. Frank, Mario: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie. Berlin 2003. S. 255. Vgl. Bericht über die Dienstbesprechung mit führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 27. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteioorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>191</sup> BStU: Rost. AIM 4232/90 Band 1/2. S. 199.

<sup>192</sup> Bericht über „Judith“ vom 4. Januar 1962. In: BStU: Rost. AIM 4232/90 Band 1/2. S. 160. Die Zusammenarbeit mit „Judith“ wurde aufgrund mangelnder „Treffdisziplin“ (mit dem

Ihr Ehemann M wurde erst im Jahr 1972 von der Staatssicherheit als IM „Parchow“<sup>193</sup> angeworben und sogar 1978<sup>194</sup>, 17 Jahre später, aufgefordert, von der Reise des Studententheaters nach Bonn ein Foto abzugeben, auf dem F mit Westdeutschen und „Judith“ vor dem Bonner Bundestag zu sehen waren. Die Mitgliedschaft im Studententheater und die auffallenden Äußerungen zum Brief an Walter Ulbricht blieben lange Zeit registriert.

Noch im Jahr 1974 wurde durch den IM „Erich“, der ein Bekannter von F gewesen sein muss, über dessen „pazifistische Phase“<sup>195</sup> während der Studentenzeit und die Überwindung dieser Einstellung geschrieben. Darauf folgte, nach einem erfolglosen Versuch 1960, die Anwerbung von F als IM „Rainer“ im Jahr 1975<sup>196</sup>, aus der jedoch nach bisheriger Kenntnis der Akten keine fruchtbaren Ergebnisse entstanden, weswegen die Zusammenarbeit drei Jahre später aufgeben wurde.<sup>197</sup> Doch vor allem „Purzel“ wurde beauftragt, über das Studententheater umfangreich zu berichten. Sie fertigte einen umfangreichen Bericht über alle ihr bekannten Mitglieder, dem Leiter und F und deren politische Haltung an. Dabei verwendete sie auch persönliche Details, die vom MfS mit Sicherheit auch in belastender Form ausgewertet werden konnten.<sup>198</sup> Aufgrund der Diskussionen, die sich in der Studentenschaft ereigneten, schlug während einer Dienstbesprechung im November 1961 Professor Kühne vor, eine umfassende Analyse der Erziehungs- und Lehrtätigkeit der Philosophischen Fakultät Anfang des Jahres 1962 vorzunehmen, um einen genauen Arbeitsplan zu erstellen und grundlegende ideologische Maßnahmen konkreter festlegen zu können.<sup>199</sup>

Unter allen Studenten, auch denen der Germanistik, herrschte die Angst, dass sie, wenn sie den Brief nicht unterschreiben würden, exmatrikuliert werden

---

zuständigen Offizier) zunächst eingestellt. Vgl. Abschlussvermerk vom 15. Januar 1968. In: BStU: Rost. AIM 4232/90 Band 1/2. S. 199.

<sup>193</sup> Diese IM-Tätigkeit blieb bis 1989 bestehen. Vgl. BStU: Rost. AIM 4232/90 Band 1/1. Vgl. BStU: Rost. AIM 4232/90 Band 1/2.

<sup>194</sup> Mündlicher Bericht und Fotoübergabe vom 17. Mai 1978. In: BStU: Rost. AIM 4232/90 Band 1/5. S. 33.

<sup>195</sup> IM-Bericht vom 13. Februar 1962. In: BStU: Rost. AIM 2257/78 Band 1. S. 69.

<sup>196</sup> Verpflichtungserklärung vom 28. Januar 1975. In: BStU: Rost. AIM 2257/78 Band 1. S. 93.

<sup>197</sup> Abschlussbericht vom 9. Oktober 1978. In: BStU: Rost. AIM 2257/78 Band 1. S. 96.

<sup>198</sup> Mitglieder des Studententheaters Rostock vom 15. März 1962. In: BStU: Rost. AIM 2772/68 Band 1/2. S. 107-112.

<sup>199</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 27. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

könnten.<sup>200</sup> Nach dem Bericht des Parteisekretärs Birkner vom 20. September war ihre Furcht nicht unbegründet. Dennoch stellt sich die Frage, ob es wirklich zu Exmatrikulationen in der Germanistik kam, die mit der Unterschriftenverweigerung in Verbindung gebracht werden können, oder welche alternativen Schritte zunächst eingeleitet wurden.<sup>201</sup>

„Politische Massenarbeit“ scheint das richtige Stichwort zu sein. Zunächst wurde der Brief ohne besondere Agitation den Studenten zum Unterschreiben vorgelegt. Nachdem die Unterschriften ausgewertet waren und sich herausstellte, dass Namen auf der Liste fehlten, wurde zumeist eine persönliche Aussprache mit dem zuständigen FDJ-Sekretär geführt. Dieser versuchte dann in einem ruhigen Gespräch den Verweigerer der Unterschriften davon zu überzeugen, dass es richtiger wäre, den Brief doch zu unterzeichnen. In den meisten Fällen führte das wohl zum Einlenken der Studenten. Jedoch wurde die Verweigerung aufmerksam registriert.<sup>202</sup>

So wurde ein milder Druck von bekannten und vertrauten Personen, mit denen die Studenten täglichen Umgang pflegten, ausgeübt. Zwei Germanistik-Diplom-Studierende (C und D) wurden zum Beispiel zu ihrem Seminargruppenssekretär, der zugleich die Rolle des FDJ-Sekretärs innehatte, zu einem persönlichen Gespräch nach Hause eingeladen. Dort versuchte er, die beiden vom Sinn des Unterschreibens zu überzeugen. Dieses Überreden führte dann zum gewünschten Erfolg. Damit waren sie also „belehrbar“.<sup>203</sup> Nachdem es aber trotz der Unterschriftenleistung und dem damit verbundenen Bekenntnis zum Mauerbau gekommen war, stand die Exmatrikulation des einen Diplomstudenten beinahe unmittelbar bevor.<sup>204</sup> Nachdem sie abgewendet wurde, kam es zu einer gegensätzlichen Gestaltung.

*„Als neuer Gruppensekretär wurde [...] [D] vorgeschlagen. [...] [D] genießt in seiner Gruppe enorme Anerkennung; jetzt wird er endlich verpflichtet sein, verantwortungsvoll etwas zu leisten. Jetzt kann er auch beweisen, daß er wirklich*

---

<sup>200</sup> Informationsbericht der UPL vom 26. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteioorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>201</sup> Protokoll über die UPL-Sitzung am 20. September 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

<sup>202</sup> Gesprächsprotokoll von D. Anlage 2.

<sup>203</sup> Vgl. Protokoll über die UPL-Sitzung am 20. September 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58). Vgl. Gesprächsprotokoll von D. Anlage 2.

<sup>204</sup> Siehe Kapitel 3.4.

*ein Kollektiv zu leiten und über seinen eigenen Schatten zu springen imstande ist.* <sup>205</sup>

Diese Entwicklung ist sehr interessant, denn sicher wurde der Student wegen seines Kontakts zur Seminargruppe ausgewählt, jedoch verpflichtete man ihn nun, seinen Aufgaben als Sekretär nachzugehen und stellte ihn in eine höhere Verantwortung. Er war nun anscheinend dadurch gezwungen worden, in politischen Diskussionen mit gutem Beispiel voranzugehen. <sup>206</sup>

Auch bei dem Bericht über die politisch-ideologische Situation, die keinen benennbaren Verfasser hat, ist diese Vorgehensweise klar benannt worden, denn hier war die „Hauptaufgabe z.[ur]Z.[eit] Fortführung der begonnenen Aussprachen“ <sup>207</sup>. Damit stellt sich die Frage, welches konkrete Bild von Maßnahmen der Parteileitung vorschwebte. In einem Informationsbericht wird dies genau beschrieben:

*„Die Parteileitung der Universität zog daraus den Schluß, daß es in der gegenwärtigen Situation zweckmäßiger ist, den politisch-ideologischen Kampf in erster Linie durch die Partei vorbereitet und in kleineren Gruppen zu führen, um die Meinung aller Studenten zu der gegenwärtigen Lage zu hören.“* <sup>208</sup>

Aus einem Bericht über eine Dienstbesprechung mit den Gesellschaftswissenschaftlern geht hervor, dass zunächst von 360 Germanistikstudenten 31 den Brief nicht unterschrieben hatten. In dem Schriftstück befindet sich der durchgestrichene Satz:

*„Am Tage der Dienstbesprechung hatten alle Studierenden der Philosophischen Fakultät den Brief der FDJ-Hochschulgruppe an den Genossen Walter Ulbricht unterschrieben und sich darin im wesentlichen zur Verteidigungsbereitschaft und zum Nichthören aller Westsender verpflichtet.“* <sup>209</sup>

Um Studenten zum Unterschreiben des Briefes zu bewegen, konnte auch Druck von Seiten der Hochschulleitung unternommen werden. So zeigt sich in dem Fall des Studenten F und seines Studienkollegen aus dem Studententheater folgendes Vorgehen, das sich aus dem Informationsbericht der Anglistik ablesen lässt, in dem Schumann schrieb:

<sup>205</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 19. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968. (PHF 311).

<sup>206</sup> Ebd.

<sup>207</sup> Die politisch-ideologische Situation im Bereich unserer Grundorganisation. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380).

<sup>208</sup> Informationsbericht der UPL vom 26. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>209</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 6. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

„Nach einer von Professor Heidorn<sup>210</sup> geführten recht scharfen Aussprache haben sämtliche Studenten des 5. Studienjahres ihre Unterschrift geleistet.“<sup>211</sup>

Diese Aussprache ist seitens des benannten Professors nicht protokolliert worden, dennoch kann daraus der Schluss gezogen werden, dass die Argumentation die Studenten, die ihr Studium im fünften Studienjahr fast abgeschlossen hatten, bewegt haben muss, zur Einsicht zu kommen, diesen Brief zu unterschreiben. Mit Sicherheit ist eine Spekulation über Drohungen nur auf wage Vermutungen aufzubauen, dennoch untermauert der Bericht diese These.<sup>212</sup>

In der Seminargruppe Germanistik/Anglistik des dritten Studienjahres<sup>213</sup> war dem Bericht von Schumann abzulesen, dass vor allem die Betreuer die Aufgabe übernahmen, bei den Verweigerern nicht nur die Unterschrift, sondern auch die eindeutigen politischen Bekenntnisse zu erwirken. Der Assistent der Anglistik, dem unterstellt wurde „besonders guten Kontakt“<sup>214</sup> zu diesem Studienjahr zu haben, kam laut Bericht „seinen Aufgaben als politisch-ideologischer Erzieher bisher nicht in genügendem Maße“<sup>215</sup> nach. Deshalb wurde „[v]on den drei Betreuern [...] den beiden Studiengruppen“<sup>216</sup> die Aufgabe gestellt, die Diskussionen während des Landeinsatzes fortzusetzen und das erreichte Ergebnis in einem Brief (mit den Unterschriften) an die Fachschaftsleitung der FDJ mitzuteilen.<sup>217</sup> Aus diesem Bericht ist der große Druck zu entnehmen, dem sich die Institutsleitung ausgesetzt fühlte. Denn hieraus wird wiederum ersichtlich, dass es nicht um ein wirkliches Bekenntnis der Studenten, das sie aus tiefstem Herzen ablegen sollten, ging, sondern um die Vollständigkeit in der Unterschriftensammlung zur Weiterleitung des Briefes. Dennoch lässt sich aus Berichten nicht ablesen, wie es in dieser Seminargruppe dazu kommen konnte, dass ihn dort alle letztendlich unterzeichneten.<sup>218</sup> Bekannt ist, dass zwei Studenten mit der Fachkombination Germa-

<sup>210</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>211</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 3. Oktober 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>212</sup> Ebd.

<sup>213</sup> Siehe Kapitel 3.4.

<sup>214</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 3. Oktober 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>215</sup> Ebd.

<sup>216</sup> Aus dieser Formulierung ist abzulesen, dass diese Seminargruppe Germanistik/Anglistik des dritten Studienjahres geteilt gewesen sein muss. Vgl. Ebd.

<sup>217</sup> Ebd.

<sup>218</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 6. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

nistik/Anglistik (A und B) aus dem zweiten Studienjahr sich zu diesem Zeitpunkt immer noch weigerten, den Brief zu unterschreiben. Ob nur diese beiden dafür verantwortlich waren, dass die Statistik nicht perfekt war und die Einheitlichkeit nicht zustande kommen konnte, ist fraglich. Dennoch half bei diesen beiden alle Mühe nicht. Der Schritt nach dem Gespräch mit dem Seminargruppensekretär war die Ursache dafür, dass die Institutsdirektorin Edith Braemer diese Studenten zu einem persönlichen Gespräch zu sich nach Hause einlud.<sup>219</sup>

Eine weitere Strategie, um kritische Tendenzen auszuschließen, kann man dem Bericht des unbekanntes Verfassers entnehmen, der im Kapitel über die studentischen Diskussionen umfassend erläutert wird.<sup>220</sup> In diesem Schriftstück wurde nicht nur der Angriffspunkt des „Feinds“<sup>221</sup> (ohne, dass dieser bestimmt wird) genau benannt:

„*Hauptangriff und Tätigkeit an Universitäten vom Feind – vor allem über*  
 1) *Kulturpolitische Dinge*  
 2) *über direkte Hetze*  
 3) *staatsfeindliche Gruppierungen*“<sup>222</sup>,

sondern es wurde auch die „Ideologische Hauptaufgabe“ festgelegt, die zum einen „Überzeugen vom Sieg des Sozialismus“ und zum anderen „Wachsamkeit“<sup>223</sup> erfordere. Dabei sollte in jeder Organisation der „Kampf gegen jedes liberalistische Verhalten“ geführt und die „Schlagkraft der Parteiorganisationen [...] unverzüglich erhöht werden.“<sup>224</sup> Die Vorgehensweise, die der Schreiber erstellte, war:

„1. *Einschätzung unserer Kräfte*  
 2. *Einschätzung der Kräfte d.[es] Gegners*  
 3. *wo Partei keinen oder schwachen Einfluß [hat]*“<sup>225</sup>

Um dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen, wurde jeder Student, der der SED angehörte, verpflichtet, „bis Do[nnerstag] mi[ttag] über seine Gruppe schrift-

<sup>219</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 5. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>220</sup> Die politisch-ideologische Situation im Bereich unserer Grundorganisation. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380). Siehe Kapitel 3.4.

<sup>221</sup> Die politisch-ideologische Situation im Bereich unserer Grundorganisation. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380).

<sup>222</sup> Ebd.

<sup>223</sup> Ebd.

<sup>224</sup> Ebd.

<sup>225</sup> Ebd.

lich letzte Argumente, Vorfälle usw. zu geben“.<sup>226</sup> Die gleiche Aufgabe galt auch für die Parteiorganisatoren der Institute.<sup>227</sup> Dennoch war der Wille nicht nur, die Studenten zu einer Unterschrift unter den Brief der FDJ-Hochschulgruppe zu bewegen, sondern noch vielmehr, sie aus ihren pazifistischen Gedankengängen zu entwurzeln. In einem Bericht wurde eine Strategie entwickelt, sich dieses Problems anzunehmen:

*„Es wurde in der Diskussion unter dem Lehrkörper die Verpflichtung übernommen, in Vorlesungen und Seminaren sich mit dem Pazifismus auseinanderzusetzen und Probleme des kämpferischen Humanismus weitaus stärker als bisher in den Vordergrund zu rücken.“*<sup>228</sup>

Gleichzeitig wurde wahrscheinlich aufgrund der zahlreich auftretenden Diskussionen das Betreuersystem geändert. So sollte nach Beschluss des Fakultätsrates den Seminargruppen jeweils ein Fachassistent als unmittelbarer Betreuer zur Verfügung stehen. Zweitbetreuer sollten Mitarbeiter des Instituts für Pädagogik und für Marxismus-Leninismus sein. Zugleich wurde beschlossen, dass der Seminargruppensekretär konkrete Aufträge erhalten sollte, die einer stetigen Kontrolle unterlagen.<sup>229</sup>

Es fällt bei allen Maßnahmen auf, dass, jedenfalls was die Germanistik betrifft, die von Birkner eventuell zu schnell vorgebrachte Entscheidung, die „unbelehrbaren“ Studenten zu exmatrikulieren, nicht in die Tat umgesetzt wurde. Schon im Kapitel 3.4., in dem auf die Einzelschicksale eingegangen wurde, ließ sich erkennen, dass bis auf einen einzigen Exmatrikulationsantrag keine Disziplinarstrafen eingeleitet wurden, die sich unmittelbar in den Zusammenhang mit der Diskussion um den Bau der Mauer, den Brief an Ulbricht und die darin aufgeführten Punkte bringen lassen.<sup>230</sup> Aus den Informationsberichten lässt sich entnehmen, dass im November 1961 andere Diskussionspunkte auf der Tagesordnung waren, die weniger Brisanz mit sich brachten. Ein Lernen aus den „Fehlern“ lässt sich erkennen, denn nun wurden die Diskussionen zu diesem Zeitpunkt, die sich um

---

<sup>226</sup> Ebd.

<sup>227</sup> Ebd.

<sup>228</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 6. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>229</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 10. November 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>230</sup> UAR: Liste der Studierenden II 1961-1966 (PHF 76).



den XXII. Parteitag der KPdSU<sup>231</sup> und um den Personenkult bewegten, anscheinend von den Seminarbetreuern zielgerichteter geleitet. Zugleich war es ein Vorteil, dass inmitten des Semesters eine bessere Kontrolle ausgeübt werden konnte. Zwar wurde von Studenten angemerkt, dass die Auslöschung der Verdienste Stalins vom vormals ausgeprägten Personenkult unverständlich sei, folglich stellte sich im Germanistischen Institut eine Arbeitsgruppe zur Verfügung, die den Parteitag der KPdSU auswertete, um sich solchen Fragestellungen zu widmen. Gleichzeitig wurde eine Konferenz „Die nationale Verantwortung des Schriftstellers bei der Darstellung des Schritts vom Ich zum Wir“ vorbereitet, welche die politischen Themen auf den literarischen Bereichen umzulenken versuchte.<sup>232</sup>

Zusammenfassend wurde vom Parteisekretär Birkner der Erfolg des in 3.2. beschriebenen Arbeitsplans<sup>233</sup> folgendermaßen ausgewertet:

*„Das schwächste Glied in der gesamten politischen Arbeit an der Universität ist die Arbeit mit der studentischen Jugend. Es ist uns nicht gelungen, das im Arbeitsplan gesteckte Ziel zu verwirklichen. In der Arbeit mit der studentischen Jugend versuchten wir, gezwungen durch den Brief der Hochschulgruppenleitung der FDJ an den Genossen Walter Ulbricht, eine Auseinandersetzung über verschiedene Fragen durchzuführen. Dabei ist uns nicht geglückt, diese Fragen ideologisch zu Ende zu führen.“<sup>234</sup>*

Im Grunde dienten diese Streitgespräche, die die Verteidigungsbereitschaft zum Thema hatten, auch schon der folgenden Diskussion, die um den Brief an Ulbricht angesprochen wurde, dem Wehrpflichtgesetz.

---

<sup>231</sup> Siehe Kapitel 6. Vgl. Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch: Der Triumph des Kommunismus ist gewiss. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXII. Parteitag der KPdSU. Über das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Berlin 1961.

<sup>232</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 24. November 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

<sup>233</sup> Vgl. Kapitel 3.2.

<sup>234</sup> Protokoll über die UPL-Sitzung am 21. Dezember 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

## 4. Die politische Diskussion zur Einführung der Wehrpflicht

### 4.1. Die Einführung der Wehrpflicht in der DDR

Die Nationale Volksarmee wurde im Zuge des „Warschauer Vertrages“, abgeschlossen im Jahr 1955, gegründet. Ihr Vorgänger war die Kasernierte Volkspolizei. Das „Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung“ verabschiedete die Volkskammer am 18. Januar 1956. Die NVA sollte Land-, Luft- und Seestreitkräfte beinhalten und das SED-Gründungsmitglied, Generaloberst Willi Stoph, wurde der Verteidigungsminister und war für die militärische Führung und die Ausbildung und Erziehung der Streitkräfte zuständig. Viele Einheiten der Kasernierten Volkspolizei wechselten geschlossen zur neu geschaffenen NVA, doch schon zur Gründung der Armee gab es Widerspruch unter den DDR-Bürgern.<sup>1</sup>

Zunächst wurde sie aber als Freiwilligenarmee geschaffen, deren Bestand stetig wuchs. Dennoch waren sich die jungen Männer, die gerade einen Schulabschluss gemacht hatten, bewusst, dass sie bessere Chancen auf einen Studienplatz oder die gewünschte Ausbildung hatten, wenn sie vorher ihren „Ehrendienst“ in der NVA geleistet hatten.<sup>2</sup> Nachdem sie diesen absolviert hatten, mussten sie als Reservisten zur Verfügung stehen, so dass die DDR, zusammen mit ausgeschiedenen Soldaten, Unteroffizieren, Offizieren und denen, die eine Reservistenausbildung hatten, eine umfangreiche Reserve bilden konnte. Den ersten großen Einsatz hatte die NVA während des Mauerbaus, bei dem 5000 Soldaten für die „Sicherung“ der Grenzen eingesetzt wurden. Im September 1961 wurde das Verteidigungsgesetz beschlossen, das die Pflicht eines jeden Bürgers, sein Land gegen Angriffe von außen zu verteidigen, festlegte.<sup>3</sup>

Am 24. Januar 1962 beschloss die Volkskammer das „Gesetz zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht“. Damit wurden alle männlichen Bürger zwischen 18 und 50 Jahren verpflichtet (bei Offizieren bis zum 60. Lebensjahr), einen Wehrdienst von mindestens 18 Monaten zu leisten. Im Verteidigungsfall sollten alle

---

<sup>1</sup> Wenzke, Rüdiger: Die Nationale Volksarmee (1956-1990). In: Diedrich, Torsten; Hans Ehlert; Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998. S. 423ff.

<sup>2</sup> Brühl, Reinhard: Zur Militärpolitik der SED – Zwischen Friedensideal und Kriegsapologie. In: Bald, Detlef (Hrsg.): Die Nationale Volksarmee. Beiträge zum Selbstverständnis und Geschichte des deutschen Militärs von 1945-1990. Baden-Baden 1992. S. 38.

<sup>3</sup> Fingerle, Stephan: Waffen in Arbeiterhand? Die Rekrutierung des Offizierkorps der NVA und ihre Vorläufer. Berlin 2001. S. 203.

Männer zwischen 18 und 60 eingezogen werden.<sup>4</sup> Für die Musterung wurden aber Mitglieder des Politbüros der SED, Mitglieder des Staatsrates, des Ministerrates, des Präsidiums der Volkskammer, SED-Bezirksvorsitzende und Vorsitzende der „Blockparteien“ ausgeschlossen. Im Paragraphen 15 wurde gewährleistet, dass während des Besuchs einer Hochschule der Wehrdienst zurückgestellt werden konnte.<sup>5</sup>

Erst 1964 wurde auf Drängen der Kirche die (aber nicht garantierte) Möglichkeit geschaffen, einen Dienst als „Bau- oder Spatensoldat“ zu leisten, die vor allem für Arbeitseinsätze herangezogen wurden. Wer den Wehrdienst gänzlich ablehnte, galt als „Totalverweigerer“ und hatte mit Haftstrafen zu rechnen. Zu dieser Gruppe zählten hauptsächlich Mitglieder der „Zeugen Jehovas“.<sup>6</sup>

#### 4.2. Diskussionen in der Studentenschaft

Bereits am gleichen Tag, an dem die Wehrpflicht in der DDR eingeführt wurde, fand eine Universitätsparteileitungssitzung statt. Durch die Kritik an der eigenen Arbeit in Bezug auf die politische Agitation nach dem 13. August 1961<sup>7</sup> gab es Bestrebungen, die Diskussionen um das Gesetz parteilich zu lenken:

*„Es wurden bereits alle Leitungen der Massenorganisationen zu einer Besprechung eingeladen und ihnen mitgeteilt, welche ersten Maßnahmen einzuleiten sind.“*<sup>8</sup>

Dafür gab es während der gleichen Versammlung auch konkrete Vorschläge: *„Es wird nötig sein, daß man die Mitarbeiter orientiert, mit den Studenten am Praktikumsort nicht nur die Unterrichtsstunden auszuwerten, sondern mit ihnen über das Gesetz zu sprechen.“*<sup>9</sup>

Als das Wehrpflichtgesetz verabschiedet wurde, befanden sich die Studenten in ihren Praktika und nicht in der Vorlesungszeit. Ihnen stand jeweils ein Praktikumsbetreuer zur Verfügung, der, laut Protokoll der Parteileitung, die Meinungs-

<sup>4</sup> Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht (Wehrpflichtgesetz) vom 24. Januar 1962. In: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Sammlung von Gesetzen und Verordnungen aus der sowjetischen Besatzungszone. Blatt A I/197-201.

<sup>5</sup> Wenzke, Rüdiger: Die Nationale Volksarmee (1956-1990). In: Diedrich, Torsten; Hans Ehlert; Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998. S. 442f.

<sup>6</sup> Schicketanz, Peter: Wehrdienstverweigerung in der DDR. Nährboden für die Bildung oppositioneller Gruppen. In: Deutschland Archiv 37. 2004. S. 794ff.

<sup>7</sup> Vgl. UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Januar-Juni 1962 (UPL 59).

<sup>8</sup> Protokoll über die UPL-Sitzung am 24. Januar 1962. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Januar-Juni 1962 (UPL 59).

<sup>9</sup> Ebd.

äußerungen erfassen sollte und die politischen Gespräche in die angemessenen Bahnen lenken konnte.<sup>10</sup>

Der erste auffindbare Bericht zu den Diskussionen, die sich in der germanistischen Studentenschaft ereigneten, stammt von Braemer in ihrer Funktion als Institutsdirektorin. Sie beschrieb zunächst die Gruppe Germanistik/Geschichte des ersten Studienjahres, deren Praktikumsbetreuerin die Professorin selbst war.<sup>11</sup> Darin brachte sie zum Ausdruck, dass die Diskussion keine Schwierigkeiten in sich geborgen hatte, da „es hier mehrere Reservisten gibt und vor allem auch ältere, die aus der Produktion kommen und ein entwickeltes Klassenbewusstsein entwickeln.“<sup>12</sup>

Im weiteren Verlauf wurde das Verhalten eines Studenten dieser Gruppe, der Reservist der NVA war, geschildert, welcher eine Stellungnahme noch am Abend des Inkrafttretens des Wehrpflichtgesetzes verfasst hatte. Sie wurde, so die Berichterstatterin, von den anderen Studenten einmütig angenommen.<sup>13</sup> In dieser Gruppe gab es nur eine kritische Äußerung zur Einführung der Wehrpflicht. Ein Student, den Braemer nicht namentlich nennt, fragte, „ob es im Atomzeitalter sinnvoll sei, in konventionellen Waffen ausgebildet zu werden.“<sup>14</sup> Gleichzeitig lobte Braemer die Diskussionen in der Gruppe, da die Reservisten ihrer Meinung nach nicht nur „allgemein“<sup>15</sup>, sondern diese Problematik auch fachlich-militärisch erörtern konnten.<sup>16</sup>

Im weiteren Verlauf beschrieb die Institutsdirektorin die Aussprachen über die Wehrpflicht in den anderen Gruppen. In der Gruppe Germanistik/Geographie des zweiten Studienjahres, die vom unbekanntem Berichterstatter zur Mauerbau-

---

<sup>10</sup> Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311). Es ist der Berichterstattung der Philosophischen Fakultät an Wortwahl und Datum abzulesen, dass sie sich zumeist auf die Informationsberichte der jeweiligen Institute stützen, so dass im Nachfolgenden häufig nur die zu Grunde liegenden Darlegungen des Germanistischen und Anglistischen Instituts zitiert werden. Vgl. UAR: Philosophische Fakultät. Informations- und Jahresberichte 1962 (PHF 9.2.).

<sup>11</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Leider findet sich bei den Informationsberichten diese vorbereitete Stellungnahme nicht. Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>14</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Ebd.

diskussion als politisch gefestigt beschrieben wurde<sup>17</sup>, kam es zu Äußerungen hinsichtlich der Befürchtung, ihr Studium unterbrechen zu müssen oder bei Einzug in die NVA direkt nach der Ausbildung fachliche Kompetenzen zu verlieren. In einem zugefügten Satz bemerkte die Professorin Braemer: „Dabei wurde behauptet, daß die Notwendigkeit des Gesetzes eingesehen wurde.“<sup>18</sup> Sie ging abschließend auf den Paragraphen 15 des Wehrpflichtgesetzes ein,<sup>19</sup> der die Zurückstellung des Grundwehrdienstes bei Hochschulbesuchen gewährleistete, und kam zum Schluss, dass dieser nicht überzeugt hätte.<sup>20</sup>

Im Besonderen berichtete Braemer über die Gruppen Germanistik/Musik und Germanistik/Slawistik, beide im ersten Studienjahr, die auf dem Volkseigenen Gut Dudendorf ihr Praktikum absolvierten und dort vom Direktor, Herbert Malzahn, betreut wurden. Anscheinend ging ein Bericht der Betreuerin voraus, der aber in der Akte nicht vorhanden ist. Der Abschnitt über diese Gruppen beinhaltet eine Vielzahl von Argumenten, die gegen die Wehrpflicht vorgebracht wurden. Dort schwiegen, laut Bericht, die Armeeingehörigen im Gegensatz zur Historikergruppe, und Malzahn<sup>21</sup> hatte wahrscheinlich als Einzelperson größte Mühe, die Situation zu bewältigen.<sup>22</sup> Die gesammelten Aussagen kritisierten vor allem das Handeln der DDR-Regierung im Vergleich zur Bundesrepublik.<sup>23</sup> Zudem verwiesen sie auf die Verurteilung der Wehrpflicht in Westdeutschland, wie sie von der DDR vorgenommen wurde. Es wurde gefragt, warum keine Volksabstimmung stattgefunden hätte: „Warum wird das demokratische Prinzip der breiten Diskussion vor einem wichtigen Gesetz außer Kraft gesetzt?“<sup>24</sup> Über die Beurteilung der Meinungsäußerungen durch die Betreuerin wurde ausgesagt, dass der Fehler sei,

---

<sup>17</sup> Vgl. Kapitel 3.4. Vgl. Die politisch-ideologische Situation im Bereich unserer Grundorganisation. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380).

<sup>18</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>19</sup> Siehe Kapitel 4.1.

<sup>20</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>21</sup> Siehe Kapitel 2.2.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Die Bundesrepublik hatte die Wehrpflicht 1956 eingeführt. Vgl. Bald, Detlef: Militärpolitische Restauration – Zur Wehrpflicht im geteilten Deutschland. In: Opitz, Eckardt; Frank Rödiger (Hrsg.): Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte, Probleme, Perspektiven. Bremen 1994. S. 77.

<sup>24</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

die Armee der Bundesrepublik mit der NVA oder die beiden Staaten miteinander zu vergleichen, da die Art Gegenüberstellung nicht gerechtfertigt sei.<sup>25</sup>

Diese Einschätzung wurde auch von Walter Waldmann vorgenommen, dem Betreuer der Gruppe Germanistik/Anglistik des zweiten Studienjahrs, der die beiden Studenten A und B der Mauerbaudiskussion angehörten, die sich bis zuletzt verweigert hatten, den Brief an Ulbricht zu unterschreiben.<sup>26</sup> Er bekam wie auch Malzahn die Frage von den Studenten gestellt, was mit Kriegsdienstverweigerern geschehen sollte, die aus der Bundesrepublik in die DDR gekommen waren.<sup>27</sup> Zudem wurde in der Anglistik-Gruppe die Frage gestellt, wieso sich die Argumente der Regierung binnen weniger Monate – in Bezug auf die Kriegsgefahr – ändern würden.<sup>28</sup> Eine Aussage von Professor Luck auf der schon erwähnten Sitzung der Universitätsparteileitung zielt in eine ähnliche Richtung:

*„Es kann doch nicht herauskommen, daß die Annahme des Wehrpflichtgesetzes eine Zustimmung der Parteiführung zur angeblichen Kriegsgefahr ist, daß das Wehrpflichtgesetz verabschiedet wurde als Ausdruck dafür, daß sich die gegenwärtige Lage verschärft. [...] Wie müssen in der Argumentation ausgehen davon, [...] daß völlig unabhängig von der inneren Entwicklung das Wehrpflichtgesetz beschlossen wurde.“<sup>29</sup>*

Außer von den vier genannten Gruppen wurden bis zu diesem Zeitpunkt, so wie es Braemer berichtete, noch keine Argumente gesammelt, da die Studenten während des Praktikums nicht in Gänze fassbar waren. Dennoch stellte der erste Institutsbericht anschaulich dar, dass sofort nach der Einführung des Gesetzes politisches Interesse seitens der Studierenden bestand, vermutlich wegen der häufig vorhandenen persönlichen Betroffenheit.<sup>30</sup>

---

<sup>25</sup> Ebd.

<sup>26</sup> Siehe Kapitel 3.4.

<sup>27</sup> Ehlert, Hans: Innenpolitische Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge und die Wehrverfassung. In: Militärisches Forschungsamt (Hrsg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. München 1993. Band 3. S. 514ff. Um sich der Wehrpflicht zu entziehen, waren anscheinend einige junge Männer in die DDR übergesiedelt. Zwar ist in den Diskussionen davon immer wieder berichtet worden, dennoch sind mir offizielle Statistiken über dieses Vorgehen nicht bekannt. Vgl. Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>28</sup> Ebd.

<sup>29</sup> Protokoll über die UPL-Sitzung am 24. Januar 1962. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Januar-Juni 1962 (UPL 59).

<sup>30</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Der nächste, äußerst aufschlussreiche und interessante Bericht wurde nur wenige Tage später, am 4. Februar 1962, von der Institutsdirektorin verfasst. Dieses Dokument liegt, im Gegensatz zu vielen Schriftstücken, nur als Kopie vor. Es hat in einigen Punkten abweichende Merkmale, aber auch typische Eigenschaften eines solchen Berichtes, so dass im Folgenden auf die Besonderheiten etwas ausführlicher eingegangen werden wird.<sup>31</sup>

Der Bericht ist vier Seiten lang und wurde mit der Schreibmaschine, dessen Durchschlagpapier vorliegt, verfasst. Einige Passagen sind zuzüglich mit der Schreibmaschine direkt auf das Dokument gedruckt, daher kann man davon ausgehen, dass diese im Nachhinein eingefügt wurden. Die Unterschrift ist im Original von Edith Braemer. Die Ränder wurden zum Teil mit Bleistiftnotizen versehen, von denen nicht genau festgestellt werden kann, woher sie stammen. Da diese aber den Kontext verändern (Durchstreichungen, Aufforderungen zum Wenden des Blattes), kann man davon ausgehen, dass sie wenigstens teilweise von Braemer vorgenommen wurden. Es wurde nicht der typische Briefkopf des Germanistischen Instituts verwendet,<sup>32</sup> sondern als Absender findet man nur „Der Direktor“<sup>33</sup> sowie ein Kürzel, das auf den Verfasser hinweisen könnte „Prof.Br./La“<sup>34</sup>. Über dieser Abkürzung, die rechts oben steht, ist das Datum vermerkt. Adressiert ist das Schreiben an den Dekan der Philosophischen Fakultät Professor Müller, dessen Name im rechten oberen Abschnitt noch einmal handschriftlich hinzugefügt wurde. In der Betreffzeile sind die Studiengruppen des ersten Studienjahrs Germanistik/Musik und Germanistik/Slawistik (die auch schon im Bericht vom 30. Januar thematisiert wurden und deren Betreuer Malzahn

---

<sup>31</sup> Bericht vom 4. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311). Siehe Anlage 4.

<sup>32</sup> UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>33</sup> Bericht vom 4. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>34</sup> Das vordere Kürzel könnte für die Verfasserin Professor Braemer stehen, jedoch lässt sich für mich die Abkürzung *La.* nicht entschlüsseln. Ein Schreiben von Kühne, das im Dezember 1961 verfasst wurde, trägt das Kürzel *Prof. Dr. Kü/Wa/La* (in einem anderen Schreiben benutzt er dennoch *Prof. Dr. Kü./Br.*), Herr Waldmann benutzt das Kürzel *Wa./Br.*, meine Vermutung wäre daher, dass das hintere Kürzel auf den Institutsdirektor hinweist und wenn es der Institutsdirektor selbst verfasst hat (oder in Vertretung, wie es Kühne eventuell im Dezember empfunden haben mag, siehe Kapitel 2.2.), die Abkürzung *La.* verwendet wurde. Vgl. Bericht vom 4. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311). Vgl. Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 11. Dezember 1961. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311). Vgl. Wochenbericht der Assistenten vom 25. Oktober 1961. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311). Vgl. Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 17. Oktober 1961. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

war) angegeben und der Ort, an dem sie ihr Praktikum absolvierten – VEG Dudendorf<sup>35</sup>. Der Dekan wird mit der üblichen Bezeichnung *Spectabilis* angesprochen. Der Text teilt sich in drei Abschnitte; im ersten wird über die Diskussion, die es mit den Studenten in Dudendorf gegeben hat, berichtet, der zweite listet alle dort vorgebrachten Argumente auf und im dritten werden die daraus zu treffenden Folgerungen erläutert. In einem Vermerk wird am Ende des Dokuments um die Kenntnisnahme durch Professor Heidorn in seiner Funktion als Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, Professor Haiduk als Prorektor für Studienangelegenheiten und durch die FDJ-Leitung der Universität gebeten. Daraus lassen sich auch die Prioritäten ablesen, die Professor Braemer dieser Angelegenheit zugemessen haben könnte. Einen direkten Verweis zur Universitätsparteileitung nahm sie nicht vor.<sup>36</sup> Das könnte aber auch daran liegen, dass sowohl Haiduk als auch Heidorn Mitglieder der UPL waren.<sup>37</sup>

Schon im ersten Satz wird die Brisanz dieses Dokuments deutlich, denn Braemer weist sofort daraufhin, dass das Dokument abweichend vom eigentlichen Berichtstermin verfasst wurde, „da die Ergebnisse der 2 1/2 stündigen Aussprache recht erschreckend waren.“<sup>38</sup> An der von ihr geschilderten Diskussion nahmen außer der Direktorin der Betreuer – der Direktor des VEG Herbert Malzahn – und ein Student des ersten Studienjahrs Germanistik/Geschichte teil, weil dieser vorher in der NVA gedient hatte und ihnen als Unterstützung beiseite stehen sollte. Als Grund für die gemeinsame Diskussion gab Braemer den alarmierenden Bericht von Malzahn an (der im Informationsbericht vom 30. Januar schon beschrieben wurde<sup>39</sup>). Gleichzeitig nahm die Direktorin das Ergebnis voraus, indem sie resigniert angab, „daß auch unsere heutigen Bemühungen nicht den geringsten Erfolg erkennen ließen“<sup>40</sup>. Die Diskussionsteilnehmer waren nach ihrer Aussage nur Studentinnen, da die „drei männlichen Studenten [vollständig] schwiegen“.<sup>41</sup> Auf die Namen der Frauen geht der Bericht nicht ein, benennt aber die Männer. Zum ersten Studenten X gab Braemer an, dass sie über ihn auf einem beiliegenden

---

<sup>35</sup> Die Abkürzung bezeichnet: *Volkseigenes Gut Dudendorf*. Vgl. Koblischke, Heinz: Großes Abkürzungsbuch. Abkürzungen – Kurzwörter – Zeichen – Symbole. Leipzig 1978.

<sup>36</sup> Bericht vom 4. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>37</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>40</sup> Bericht vom 4. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>41</sup> Ebd.



Blatt berichten wollte, doch ist dieses nicht im Dokument enthalten. Deshalb ist dessen von Braemer vorgenommene Beurteilung nicht abzuschätzen. Von dem zweiten Studenten V wird erwähnt, dass er zwei Jahre bei der NVA gedient hatte. Zudem gab sie die Einschätzung: „Er ist FDJ-Sekretär der Musikerziehergruppe und soll sich sonst ganz gut verhalten.“<sup>42</sup> Zum dritten Studenten W, ebenfalls ehemaliger Soldat, berief sich die Berichterstatteerin auf eine Mitteilung von der Betreuerin, der Student habe gesagt, „er sei froh den Drill loszusein [sic]“<sup>43</sup>. Daran sollte sich eine Auflistung anschließen, die durchgestrichen wurde, um sie durch eine Erklärung auf der Rückseite, im Folgenden die Argumente zusammengefasst zu haben, zu ersetzen.<sup>44</sup>

Elf dieser Punkte stehen auf dem nachfolgenden Blatt und geben im Vergleich mit den anderen Berichten ähnliche aber auch neue Darlegungen wieder. Der erste aufgeführte Diskussionsbeitrag beschäftigt sich mit den Kräften, die in der Produktion und der Landwirtschaft fehlen, im Bericht als „Kadernangel“<sup>45</sup> bezeichnet. Im gleichen Punkt wird auch auf den ökonomischen Vergleich und die wirtschaftliche Situation der DDR hingewiesen und zudem die These aufgestellt, dass „[w]irtschaftliche Überlegenheit [...] für die westdeutsche Bevölkerung viel eindrucksvoller als militärische“<sup>46</sup> sei. Im zweiten Argument wird vor einem Wettrüsten mit der Bundesrepublik gewarnt, das dritte weist auf die frühere Unterstützung der westdeutschen Wehrdienstgegner und den späteren Zwang in der DDR. Im nächsten Beitrag wurde eine persönliche Motivation erwogen, denn „private Gründe gegen eine Teilnahme am Wehrdienst müßten berücksichtigt werden, auch wenn diese Gründe falsch sind. (Religiöse Motive usw.)“<sup>47</sup> Dieses Argument ist sehr interessant, denn anscheinend wird die Religion von den Studenten als Beweggrund, keinen Dienst an der Waffe zu leisten, akzeptiert. Die Gläubigkeit wird dennoch als unkorrekt dargestellt. Fraglich ist, ob diese Wertung von den Studierenden oder der Professorin vorgenommen wurde oder inwiefern dieser Beitrag im Laufe der Diskussion verändert wurde. Ein gängiges Argument, welches sowohl in der Meinungsäußerung zum Brief an Walter Ulbricht, als auch in der Wehrpflichtdebatte immer wieder auftaucht, ist die Angst vor dem Schießen von Deutschen auf Deutsche, was hier abgeschwächt wurde, da es für „Menschen,

---

<sup>42</sup> Ebd.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Ebd.

die westdeutsche Angehörige haben“<sup>48</sup>, sehr schwer sein würde, gegen ihre Verwandten Krieg zu führen.<sup>49</sup> In den vorangegangenen Debatten war diese Meinung die wohl häufigste und vom wissenschaftlichen Personal am schwierigsten zu widerlegen, da sie sehr emotional ist. Die Entgegnung darauf könnte ähnlich wie die in Kapitel 3.5. beschriebene von Hans-Joachim Gernentz sein. So wurde auch die Ablehnung in der Seminargruppe Germanistik/Latein begründet. Dazu wurde die Meinung des Seminarbetreuers im Bericht folgendermaßen wiedergegeben:

*„Wir versuchen zu zeigen, daß es sich im jeden Fall nur um Abwehr handelt und nicht um ein Schießen schlechthin, und persönliche [sic] Bedenken könnten in der Form überwunden werden, daß der westdeutsche Vater, Bruder usw. nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß er in einer aggressiven [sic] Armee dient.“*<sup>50</sup>

Das sechste Argument des Berichts aus Dudendorf ist:<sup>51</sup>

*„Wenn wir auch hundertmal behaupten, daß wir keinen Krieg führen wollen, so werden Armeen nicht zum Spaß aufgestellt. Allgemeine Wehrpflicht bedeute den Vorabend des Krieges – so hätten alte Frauen im Dorf diskutiert und ihnen könnte man nichts entgegenhalten.“*<sup>52</sup>

In dieser Aussage, die ihre Legitimation durch die Stellungnahmen der kriegserfahrenen alten Frauen erfuhrt, wird der DDR eine berechnende Kriegsabsicht oder eine Drohgebärde unterstellt. Dennoch konnte man dem wohl entgegen, sich in einem völlig neuen Staat zu befinden, dessen friedlicher Sozialismus sich nicht mit Waffengewalt gegen einen Nachbarstaat erheben wollte. Trotzdem ist diese Aussage sehr geschickt gewählt und findet sich deshalb im Bericht von Braemer wieder. Die Punkte Sieben und Acht geben praktische Aspekte zu bedenken. Es herrschte die Befürchtung, dass die Familien der Eingezogenen finanzielle Einbußen hätten oder, wie schon im vorherigen Bericht vermerkt, dass die Ausbildung an konventionellen Waffen wenig zeitgemäß erscheine. Es könnte aber sein, dass der finanzielle Hinweis zurückgewiesen wurde, da häufig in der DDR entgegnet wurde, dass der Staat das Studium finanziert habe und dementsprechend auch diese Art Opfer fordern könne.<sup>53</sup> Das neunte Argument auf der Liste setzt

---

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Vgl. Kapitel 3.4. und 3.6.

<sup>50</sup> Informationsbericht der Philosophischen Fakultät vom 22. März 1962. In: UAR: Philosophische Fakultät. Informations- und Jahresberichte 1962 (PHF 9.2.).

<sup>51</sup> Bericht vom 4. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienst der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003. S. 401 ff. Vgl. Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 10.

wie auch schon im Bericht vom 30. Januar die DDR-Armee mit Westdeutschland gleich und gibt wie auch im dritten Punkt zu bemerken, dass „[f]ür beide Staaten [...] dasselbe gelten“<sup>54</sup> musste. Im vorangegangenen Bericht wurde die Aussage als nicht triftig abgewiesen, denn für die Betreuer war dieser Vergleich nicht gerechtfertigt.<sup>55</sup> In der vorletzten Meinung lehnten die Studenten die Gleichberechtigung der Frau, wie sie im Frauenkommuniqué<sup>56</sup> geschildert wurde, ab, da diese in Bezug auf die Ausbildung an der Waffe und eine eventuelle Kriegsteilnahme nicht sinnvoll sei.<sup>57</sup>

Im elften und letzten von Braemer aufgelisteten Punkt wird wieder der Mangel von Einsatzkräften in der Landwirtschaft aufgezeigt und vermutet, dass die Wehrpflicht dieses verschlimmern und zu einer verstärkten Landflucht führen könnte.<sup>58</sup>

Im nächsten Absatz wurden von der Professorin die Gegenargumente vorgebracht und in zwei Grundprobleme, wie sie bei den Studenten bestanden hätten, zusammengefasst. Darin, wie schon vermutet, wurde deren Haltung zur DDR angezweifelt, in der man sich über die Verschiedenheit von beiden deutschen

---

Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>54</sup> Bericht vom 4. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>55</sup> Vgl. Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>56</sup> Das sogenannte „Frauenkommuniqué“ ist ein Dokument, welches vom Politbüro der SED am 16. Dezember 1961 unter dem Titel: „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus“ veröffentlicht wurde. In dieser Schrift wird die Gleichberechtigung der Frau in der DDR wie im Vorbild der Sowjetunion propagiert. Dort wurde als Aufgabe der Frau verstanden, „durch den Abschluß des Friedensvertrages und die Lösung der Westberlinfrage die Reste des Krieges zu beseitigen und durch Abrüstung den Frieden in Deutschland zu sichern, die „Arbeiter-und-Bauern-Macht“ zu stärken, die ökonomischen Aufgaben zum Siege des Sozialismus zu erfüllen und die neuen, sozialistischen Beziehungen zwischen den Menschen zu fördern.“ Für die Erreichung dieses Ziels galt es, die Mitarbeit aller Bürger, „vor allem auch der Frauen und Mädchen“ zu gewinnen. Vgl. Die Frau – der Frieden und der Sozialismus. In: Weber, Hermann (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. München 1986. S. 261ff.

<sup>57</sup> Aufgrund der niedrigen Frauenquote in der Hochschulausbildung (die im neusprachlichen Bereich wie der Germanistik nicht zu spüren war, dennoch aber in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern) hatte die SED seit 1961 verstärkt damit begonnen, die Frauenförderung zu einem Ziel ihrer Politik zu machen. Aus diesem Grund nahm Walter Ulbricht 1962 das zehnjährige Bestehen der Frauenausschüsse zum Anlass, sich verstärkt diesem Thema zuzuwenden. Vgl. Maul, Bärbel: Akademiker in der Nachkriegszeit. Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Frankfurt am Main 2002. S. 285f.

<sup>58</sup> Bericht vom 4. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Staaten bewusst sein müsse. Zum anderen wurde den Studenten reine Bequemlichkeit im Zuge der Wehrbereitschaft und der dort mitschwingenden Kritik an der Absolventenlenkung vorgeworfen. Die aus dem Verlauf der Diskussion abgeleiteten Schlussfolgerungen unterteilte Braemer in zwei Punkte. Zunächst wollte sie das Betreuersystem ändern und die zuständige Kollegin für die Gruppe Germanistik/Musik, die sie „nicht für die geeignete Persönlichkeit“<sup>59</sup> hielt, um die Studenten in angemessener Form politisch zu erziehen, ersetzen. Sie sollte die Gruppe Germanistik/Geographie übernehmen, und daher mit Malzahn tauschen, welcher bisher für diese Gruppe eingesetzt war. In der zweiten Folgerung schlug Braemer vor, dass „[zukünftig] andere Richtlinien für die Auswahl der Studenten [...] gelten“<sup>60</sup> sollten. Sie gab zu Bedenken: „Wir wollen uns Mühe geben, um diese Studenten zu erziehen, jedoch fragt man sich, wie sie allesamt zum Studium gekommen sind?“<sup>61</sup>

Im Satzlusssatz machte die Institutsdirektorin auf die brisante Situation aufmerksam, in dem sie schrieb:

*„In jeder Gruppe gibt es solche Studenten, aber das Erschreckende ist an diesen beiden Gruppen, daß es nicht einen Studenten gibt, der anders auftritt.“*<sup>62</sup>

Durch das gemeinsame Auftreten konnte sich die Gruppe stärken und dadurch ihre bedachten Argumente in der geleiteten Diskussion vorbringen. Deswegen war es wie auch in der Gruppe Germanistik/Anglistik des dritten Studienjahrs zur Diskussion um den Brief an Walter Ulbricht möglich, sich in der Gemeinsamkeit zu verbünden und nicht als Einzelperson möglichen Anfeindungen ausgesetzt zu sein.<sup>63</sup> Im März wurde das Verhalten der Gruppe des ersten Studienjahrs erneut eingeschätzt und festgestellt,

*„daß die Diskussionen über das Wehrpflichtgesetz laufend weitergeführt wurden, und daß die meisten Studenten dieser Gruppe heute positiv zu diesem Gesetz stehen, ohne daß bereits alle Fragen geklärt wären.“*<sup>64</sup>

Damit nahm die Berichterstatterin Braemer auch ein Schuldzugeständnis vor, denn alle diese Fragen zu klären, liege in ihrem Aufgabenbereich als politischer Erzieher. Dennoch musste die Behauptung zur letztendlichen Begrüßung des Gesetzes schon ein paar Tage später wieder zurückgenommen werden, als einer der männlichen Studenten X erklärte, dass er auf keinen Fall schießen werde, da

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Ebd.

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Ebd.

<sup>63</sup> Siehe Kapitel 3.4.

<sup>64</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 5. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

sich sein Bruder in Westdeutschland befinde. So kam Braemer zu dem Ergebnis, dass sich an der Grundhaltung der Gruppe seit dem Praktikum in Dudendorf nichts geändert hätte, da sich mit diesem Studenten alle Kommilitonen der Gruppe solidarisch zeigten.<sup>65</sup>

Der folgende Bericht des Germanistischen Instituts vom 10. Februar behandelte auch andere Gruppen des zweiten Studienjahres, denn dort wird aus diesem Jahrgang über die Diplomstudenten, Germanistik/Geschichte und Germanistik/Anglistik berichtet. In der Mauerbaudiskussion hatten sich jeweils aus der Diplom- und der Anglistik-Gruppe zwei Studenten auffällig gezeigt, in der letzteren wurde die Unterschrift unter den Brief an Walter Ulbricht konsequent verweigert. Aus dieser Gruppe wird wieder die Studentin A hervorgehoben, die „in der Gruppenversammlung formal und spitzfindig argumentierte“<sup>66</sup>. Sie äußerte die „meisten Vorbehalte“<sup>67</sup>, jedoch wurde ihre private Meinungsäußerung dahingehend interpretiert, dass sie „[r]esigniert und allgemein weltschmerzlich“<sup>68</sup> sei und eine Verhinderung des Krieges nach ihrer Auffassung nicht möglich wäre. Sie wurde verschiedenartig beurteilt, denn ihr wie auch anderen Studenten der Gruppe hätte „das Vertrauen in die Stärke des sozialistischen Lagers“<sup>69</sup> gefehlt. Gleichzeitig wurden aber ihre überdurchschnittlichen Leistungen anerkannt. Als Motiv für ihre Stellung wurde wie auch bei der Mauerbaudiskussion der im Westen lebende Vater angenommen.<sup>70</sup> Im März gab Braemer eine umfassende Einschätzung über diese Studentin ab und bestätigte, dass sie und ihr Studienkollege die einzigen der Germanistik seien, die zudem den Brief an Ulbricht nicht unterschrieben hätten:

*„[A] die augenblicklich als schwarzes Schaf gilt. Sie fällt nicht nur durch überdurchschnittlich gute Leistungen auf, sondern durch die Sicherheit, mit der sie Grundbegriffe unserer Politik in der fachlichen Arbeit anwendet. Nach mehrfachen mit ihr geführten Diskussionen, auch bei mir zu Hause, komme ich zu dem Ergebnis, daß sie keinesfalls [sic] als feindlich angesehen werden darf. Ich bin der Meinung, daß sie sich zu uns hinbewegt, wenn auch nach schweren inneren Kämpfen. Sie entwickelt dabei Verantwortungsbewußtsein, das noch längst nicht*

---

<sup>65</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 19. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>66</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 10. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> Ebd.

<sup>69</sup> Ebd.

<sup>70</sup> Ebd. Vgl. Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 3. Oktober 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

*alle Studenten haben. [...] Ich bin der Meinung, daß ein junger Mensch, der sich selber als Versagen anrechnet, wenn er nicht offen für uns eintritt, doch auf dem besten Wege ist.*<sup>71</sup>

Die Studentin empfand im Nachhinein, dass sich Braemer für sie eingesetzt hatte,<sup>72</sup> damit sie sich nicht den Anfeindungen stellen musste, die ihr noch durch den Bericht von Schumann im Oktober 1961 entgegengeschlagen waren, die bei A eine innere Bereitschaft zur Republikflucht gemutmaßte hatte.<sup>73</sup> Die Anglistik-Professorin schätzte jedoch die Stimmungen an ihrem Institut (das sich zu dieser Zeit ausschließlich auch aus Germanistik-Studenten zusammensetzte) zum Wehrpflichtgesetz etwas anders ein als ihre Kollegin Braemer. Sie gab in ihrem Informationsbericht an, dass es „als richtig und notwendig begrüßt“<sup>74</sup> wurde.

Die Seminargruppe Germanistik/Geschichte des zweiten Studienjahrs wurde wie auch die des ersten Jahres als politisch gefestigt eingeschätzt.

*„Die Gruppe reagiert auf alle politischen Ereignisse immer sehr schnell, sie haben sich auf ihrer Sitzung eingehdn [sic] mit dem Gesetz befaßt und es sind keine gegenteiligen Meinungen ausgedrückt worden.“*<sup>75</sup>

Dennoch musste diese klare politische Auffassung über die Historiker des zweiten Studienjahrs zum Teil revidiert werden, denn wie schon im Kapitel 3.4. berichtet, kam es im März 1962 zu Beschwerden aufgrund der Unterschriftenleistung zum Brief an Walter Ulbricht.<sup>76</sup>

Wie im vorigen Bericht von Braemer wurden auch in der Diplomanden-Gruppe Argumente, die in der Diskussion eine Rolle gespielt haben sollen, zusammengefasst. Im Grunde ähnelten diese aber der Liste vom 4. Februar.<sup>77</sup> Zuerst bestand wenig Einsicht über die Notwendigkeit des Wehrpflichtgesetzes, da

---

<sup>71</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 5. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>72</sup> Gesprächsprotokoll von A. Anlage 1.

<sup>73</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 3. Oktober 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>74</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>75</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 10. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>76</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 19. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311). Vgl. Siehe Kapitel 3.4.

<sup>77</sup> Bericht vom 4. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

„keine neue politische Situation“<sup>78</sup> bestehe. Hinter dieser ersten These ist in Klammern eingefügt, dass man alle Erzieher darauf hinweisen müsse, wie sie darauf zu reagieren hätten. Dies sollte durch den Hinweis geschehen, dass die DDR keine anderen Forderungen stellen würde als zuvor. Zudem kam im zweiten Punkt die Frage auf, weshalb sich nicht wie bisher die Armee aus Freiwilligen zusammensetzen könne. Zu dieser Frage ist kein passendes Gegenargument aufgeführt. In der dritten und vierten These werden schon bekannte Meinungen dargestellt, die zum einen nach dem Verhalten gegenüber Wehrdienstgegnern der Bundesrepublik, die aus diesem Grund in die DDR kamen, fragen und zum anderen den finanziellen Aspekt hervorbringen, der auf den Verdienstausfall hinweist, den ein Student hätte, wenn er nach dem Hochschulbesuch in der NVA dienen würde.<sup>79</sup> Zu dieser Fragestellung wurde wieder in Klammern das Gegenargument vorgebracht:

*„Dieses Argument sticht etwas von den sonst so sattem bekannten ab. Es ist offensichtlich höchst notwendig, den Studenten klar zum Bewusstsein zu bringen, daß nicht sie ein Opfer bringen, wenn sie studieren, sondern daß die Arbeiterklasse ein Opfer bringt, sie studieren zu lassen.“<sup>80</sup>*

Der fünfte Punkt zielte ähnlich wie auch im vorigen Bericht auf die Moral und zweifelte das Bestrafen von Menschen an, die es nicht verantworten könnten, auf Deutsche zu schießen. Der letzte vom Betreuer aufgezählte Punkt berief sich auf einen Brief, der im Neuen Deutschland abgedruckt wurde. Dort brachte eine Oberschülerin zum Ausdruck, dass richtige Männer erst durch die Armee geformt würden. In den nachfolgenden Klammern wird die im Brief vorgebrachte Meinung als „nicht gerade marxistisch“<sup>81</sup> gesehen und eine Überlegung angestellt, ob sich die Parteiführung mit dieser Art These nicht spezieller auseinandersetzen sollte. Dennoch zog der Betreuer, so wird es im Bericht wiedergegeben, ähnliche Schlüsse wie schon Braemer in der Diskussion in Dudendorf. Er bemängelte die herausgestellte Betrachtung des Wehrpflichtgesetzes, den ungerechtfertigten Vergleich beider deutscher Staaten und die wenig vorhandene Bereitschaft, die Vorteile des Staates nicht nur zu genießen, sondern ihn aktiv zu stärken.<sup>82</sup>

Im Bericht vom März 1962 setzte sich die Berichterstatteerin Edith Braemer nicht nur mit dem einzelnen Fall der Studentin A auseinander, sondern bewertete

---

<sup>78</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 10. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> Ebd.

<sup>81</sup> Ebd.

<sup>82</sup> Ebd.

auch das Verhalten ihrer Gruppe. Dort herrsche „undialektisches Denken“<sup>83</sup> vieler Studenten. „Sie verweisen auf Brechts Ablehnung der Wehrpflicht für beide deutsche Staaten (1956?). Entweder habe Brecht damals Unrecht gehabt, oder wir haben heute unrecht.“<sup>84</sup> Damit bezogen sie sich auf einen offenen Brief von Bertolt Brecht an den deutschen Bundestag, den er am 2. Juli 1956 verfasst hatte. Darin fragt er, gegen welche Nation der nächste Krieg geplant werde und kommt zu folgendem Schluss:<sup>85</sup>

*„Da ich gegen Krieg bin, bin ich gegen die Einführung der Wehrpflicht in beiden Teilen Deutschlands, und da es eine Frage auf Leben oder Tod sein mag, schlage ich eine Volksbefragung darüber in beiden Ländern vor.“*<sup>86</sup>

Gegenargumente zu dieser These lassen sich in den Informationsberichten nicht finden. Das stellt eine Besonderheit dar. Zwar wird diese Auffassung von Braemer als undialektisch bezeichnet, jedoch fügte sie bei einem der am meisten geschätzten Schriftsteller der DDR keine Begründung hinzu.

Die Diplomanden des zweiten Studienjahrs wurden während einer FDJ-Wahlversammlung aufgefordert, Stellung zum Wehrpflichtgesetz zu beziehen. Braemer als Berichterstatterin konnte zwar feststellen, dass „keine klare Haltung“<sup>87</sup> bestehe, aber eine Diskussion nicht in Gang kommen würde. Die Gründe dafür wurden, wie auch schon in der Gruppe Germanistik/Geschichte des zweiten Studienjahrs, in den Ereignissen um den Brief an Walter Ulbricht gesucht, bei dem es für den Studenten D fast zur Exmatrikulation gekommen war. „Falsche Meinungen könnten zu unliebsamen Ergebnissen führen, da über ihre politische Entwicklung ‚auf höherer Ebene‘ gesprochen würde.“<sup>88</sup> Der Betreuer der Diplomandengruppe hatte versucht, die Studenten davon zu überzeugen, „daß noch kein Student wegen freier Meinungsäußerung bestraft [worden] sei“<sup>89</sup> und D wegen

---

<sup>83</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 5. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>84</sup> Ebd.

<sup>85</sup> Die Wehrpflicht wurde in der Bundesrepublik 1956 eingeführt. Vgl. Bald, Detlef: Militärpolitische Restauration – Zur Wehrpflicht im geteilten Deutschland. In: Opitz, Eckardt; Frank Rödiger (Hrsg.): Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte, Probleme, Perspektiven. Bremen 1994. S. 77.

<sup>86</sup> Brecht, Bertold: Offener Brief an den Bundestag. In: Neues Deutschland vom 4. Juli 1956. S. 1.

<sup>87</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 19. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>88</sup> Ebd.

<sup>89</sup> Ebd.



anderer Gründe kurz vor dem Ausschluss aus der Hochschule gestanden haben soll.<sup>90</sup>

In einem Bericht von Frau Schumann lässt sich ablesen, was eventuell bezeichnend für die Wehrpflichtdiskussion gewesen sein könnte:

*„Zum Wehrpflichtgesetz gab es wenig Diskussionen, da die Studenten im Verlauf des vorigen Semesters ausgiebig über die Fragen der Verteidigungsbereitschaft usw. gesprochen haben.“<sup>91</sup>*

Im weiteren Verlauf ging sie ausschließlich auf die schon mehrfach angesprochene Frage der westdeutschen Wehrdienstgegner ein, die deswegen in die DDR gekommen waren. Weitere Diskussionspunkte wurden von ihr jedoch nicht aufgeführt.<sup>92</sup>

#### 4.3. Diskussionen im Lehrkörper

Braemer gab in ihrem Informationsbericht vom 30. Januar eine zusammenfassende Auskunft über die Diskussionen der Wehrpflicht im Germanistischen Institut. Das Gesetz „wurde zuerst im Kreise der Mitarbeiter unseres Instituts diskutiert, als Vorbereitung auf die Diskussionen mit den Studenten.“<sup>93</sup> Damit ergab sich ein Vorteil gegenüber der Mauerbaudebatte, denn im Januar war die Institutsdirektorin nicht erkrankt und konnte deshalb richtungsweisend im Sinne der politischen Meinungsbildung agieren. Sie schätzte die Zustimmung folgendermaßen ein: „Als Resultat der Aussprachen erschien am schwarzen Brett eine Selbstverpflichtung der Männer des Instituts, sich jederzeit zur Verfügung zu stellen, insbesondere auch als Reservisten.“<sup>94</sup> Daraufhin entstanden zwei Stellungnahmen der Mitarbeiter des Germanistischen Instituts. Die angesprochene Verpflichtungserklärung der Männer wurde auch im Organ der SED-Parteileitung der Rostocker Universität „Die Neue Universität“ abgedruckt.<sup>95</sup> Im Gegensatz zum Dokument, welches der Akte der Parteigruppe der Germanistik beigelegt wurde, wurde zusätzlich zu den Angestellten des Instituts Gernentz, Posdzech, Waldmann und

---

<sup>90</sup> Ebd.

<sup>91</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 5. März 1962. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>92</sup> Ebd.

<sup>93</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>94</sup> Ebd.

<sup>95</sup> Bewusste Bereitschaft. In: SED-Parteileitung der Universität Rostock (Hrsg.): Die Neue Universität 1. 1962. S. 3.

Bernhard auch noch Professor Kühne als Unterzeichner aufgeführt.<sup>96</sup> Der Wortlaut blieb jedoch bestehen.

Das Dokument gliedert sich in drei Absätze. Im ersten Teil wurde zum Ausdruck gebracht, dass sich der Hochschullehrer des politischen Erziehungsauftrages gegenüber den Studenten bewusst sei. Ihnen könne man nur mit gutem Beispiel vorangehen:

*„[...] so denken wir daran, daß wir unsere Aufgabe, unsere Studenten zum sozialistischen Humanismus zu erziehen, nur lösen können, indem wir selbst zum verantwortungsvollen Schutz unseres sozialistischen Staates beitragen.“<sup>97</sup>*

Daran schließt sich ein Vergleich des Freiwilligendienstes, wie er vorher üblich war, mit dem Wehrpflichtgesetz an und setzt deren „bewußte Bereitschaft und Verantwortung“<sup>98</sup> miteinander in Beziehung. Für beide müsse diese Voraussetzung gegeben sein. Die Begründung für das Gesetz wird im dritten Absatz aufgezeigt, denn ihr

*„Beitrag zur Wehrpflicht hilft, die westdeutschen Militaristen in Schranken zu halten, denn Wehrpflicht bedeutet im sozialistischen Staat die Pflicht zur Abwehr, d.[as] h.[eißt] zur Wehr gegen jegliche Aggression.“<sup>99</sup>*

In dieser Passage werden mehrere Thesen aufgeworfen, die eine positive Einschätzung des Gesetzes plausibel machen. Eine Wehrpflicht soll somit dem Worte nach zum „Abwehren“ genutzt werden. Eine Kriegsabsicht wurde deshalb nicht unterstellt. Im gleichen Zug, da dies für die Bundeswehr natürlich auch gelten könne, wird die Aussage nur für den Sozialismus getroffen. Diese Argumentation ist nur im Hinblick auf die „westdeutschen Militaristen“<sup>100</sup> zu verstehen; das Deuten auf den Kampf gegen die Feinde in der Bundesrepublik soll die friedlichen Absichten der DDR und die notgedrungene Aufnahme der Wehrpflicht erklären.<sup>101</sup> Die Stellungnahme wurde am Schwarzen Brett des Instituts aufgehängt und sollte wohl ebenso dazu dienen, die Studenten zur Zustimmung zu bewegen. Es gab aber zwei oder drei weitere männliche wehrpflichtige Mitglieder des Instituts. Herrmann Kowalke lässt sich als außerplanmäßiger Aspirant von der Erklärung ausnehmen. Dass Hansjoachim Finze und Manfred Haiduk diese Erklärung nicht unterzeichneten, kann an ihren weiteren Beschäftigungen in der

---

<sup>96</sup> Stellungnahme der wehrpflichtigen Mitarbeiter des Germanistischen Instituts zum Wehrgesetz. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

<sup>97</sup> Ebd.

<sup>98</sup> Ebd.

<sup>99</sup> Ebd.

<sup>100</sup> Ebd.

<sup>101</sup> Ebd.

Universität, in der Universitätsgewerkschaftsleitung und im Prorektorat,<sup>102</sup> gelegen haben. Möglicherweise waren die beiden deshalb nicht verpflichtet, diese Stellungnahme zu unterschreiben.<sup>103</sup>

Die Erklärung der Frauen des Instituts wurde, so der Bericht, auf Vorschlag von Schmidt<sup>104</sup> vorgenommen, die ausdrücklich als parteilos bezeichnet wurde.<sup>105</sup> Die Stellungnahme unterstrich „diese Gleichberechtigung[, die] in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verwirklicht wird.“<sup>106</sup> Deshalb wurde der Wunsch publiziert, „ebenfalls einen Beitrag zu leisten und wir verpflichten uns darum, jeweilig an einer der Sparten der GST-Ausbildung<sup>107</sup> teilzunehmen.“ Auch dieser Vorschlag soll von Schmidt gemacht worden sein.<sup>108</sup> Es unterschrieben diese Erklärung jedoch nur fünf (Braemer, Schmidt, Zdrenka, Strandt, Krause) der acht in Kapitel 2.2. aufgeführten Frauen des Germanistischen Instituts.<sup>109</sup> Von den Assistenten Waldmann und Posdzech sind keine Meinungsäußerungen aufgezeichnet, dennoch wurde in einem gesellschaftswissenschaftlichen Bericht hervorgehoben,

*„daß parteilose Angehörige des wissenschaftlichen Nachwuchses aus den verschiedenen Bereichen der Phil.[osophischen] Fak.[ultät] sehr positiv aufgetreten sind. Das gilt etwa für [...] die Assistenten [...] Posdzech und Waldmann (beide Germanistisches Institut).“<sup>110</sup>*

---

<sup>102</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>103</sup> Stellungnahme der wehrpflichtigen Mitarbeiter des Germanistischen Instituts zum Wehrgesetz. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399). Vgl. Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>104</sup> Siehe Kapitel 2.2.

<sup>105</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>106</sup> Die Meinung der Kolleginnen des Germanistischen Instituts zum Wehrpflichtgesetz. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

<sup>107</sup> GST-Ausbildung: Eine Ausbildung in der „Gesellschaft für Sport und Technik“, die 1952 gegründet wurde, konnte in allen „Wehrsportarten“ erfolgen. Sie diente der vormilitärischen Schulung. Mädchen lernten dort zumeist den Sanitätsdienst oder vormilitärische Kenntnisse. Vgl. Herbst, Andreas; Winfried Ranke; Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR. München 1994. Band 1. S. 344ff.

<sup>108</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>109</sup> Vgl. Kapitel 2.2.

<sup>110</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock 19. Februar 1962. In: UAR: Informationsberichte der gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche 1962-1964 (R 682).

Darüber hinaus wurde von Braemer auf einer nachfolgenden Fakultätsratssitzung vorgeschlagen, Dieter Posdzech „für seine Erfolge bei der Durchführung des Praktikums zu belobigen.“<sup>111</sup> Dennoch ist es möglich, dass dieser Vorschlag nur zu geringen Teilen auf die gelungene Diskussionsführung des Assistenten oder auf die umfangreiche fachliche Betreuung des Praktikums zurückzuführen ist, denn der Bericht über das Praktikum der Diplom-Studenten ist äußerst detailliert.<sup>112</sup>

Außer den Berichterstattungen über die Diskussionen in der Studentenschaft und diesen beiden offiziellen Dokumenten lassen sich kaum Äußerungen über die Einführung der Wehrpflicht finden. Ein Grund dafür könnte das Vorgehen sämtlicher Diskussionen durch die einberufene Institutssitzung sein, auf der wahrscheinlich die Richtung für die Auswertung des Gesetzes mit den Studenten vorgegeben wurde.<sup>113</sup> Dennoch lassen die beschriebenen offiziellen Stellungnahmen der Institutsmitglieder keinen Raum für weitere Diskussionen. Will man die Äußerungen der Beschäftigten erfassen, kann man sich nur auf die Entgegnungen stützen, die sie während der Aussprachen mit den Studenten während ihres Praktikums führten. Die beteiligten Mitarbeiter waren dort Malzahn, Waldmann, Posdzech, Schmidt und Braemer.<sup>114</sup>

Die Lenkung dieser Diskussionen wurde offensichtlich von Braemer durchgeführt. Anders als unmittelbar nach dem Mauerbau war sie nun nicht durch ihre Krankheit verhindert, die Geschicke des Instituts zu leiten. Betrachtet man die Informationsberichte der Philosophischen Fakultät, so fällt auf, dass ihre Auswertungen zu einem sehr großen Teil wörtlich übernommen werden.<sup>115</sup> Aus diesen Akten lässt sich erschließen, dass zunächst die Institutsdirektorin den Bericht an den Dekan sandte, diese Informationen der Leiter der Philosophischen Fakultät sammelte und sie dann dem Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium übergab. Dieser fertigte dann eine Auswertung für die gesamte Universität an. Auffallend ist, dass die Berichte von Braemer für das Germa-

---

<sup>111</sup> Protokoll der Fakultätsratssitzung vom 10. März 1962. In: UAR: Protokolle der Fakultätsratssitzungen 1962-1964. Band 2 (PHF 4.4.).

<sup>112</sup> Auswertung des Betriebspraktikums auf kulturellem Gebiet der Gruppe der Germanistik/Diplomanden, 2. Stdj. im Januar und Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Jahresberichte 1953-1965 (PHF 309).

<sup>113</sup> Das Institutsprotokoll lässt sich aber leider nicht finden, da in der Akte zu den Sitzungen nur Protokolle des Instituts vorhanden sind, die nach Mai 1962 verfasst wurden (mit Ausnahme eines Auszugs aus einer Fakultätsratssitzung vom Februar 1962, die aber nicht von Relevanz ist). Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Institutsleitungssitzungen 1962-1966 (PHF 283).

<sup>114</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>115</sup> Informationsbericht der Philosophischen Fakultät vom 31. Januar 1962. In: UAR: Philosophische Fakultät. Informations- und Jahresberichte 1962 (PHF 9.2.).

nistische Institut in allen Fällen sehr ausführlich zitiert werden und damit einen großen Teil der Berichterstattung des Dekans und des Prorektors ausmachen. In vielen anderen Instituten der Philosophischen Fakultät schien man nicht zu dieser Ausführlichkeit zu neigen.<sup>116</sup>

Dennoch wurde die Professorin trotz ihrer vielfachen Bemühungen um die Klärung der ideologischen Situation mehrfach kritisiert. Zunächst ging diese negative Beurteilung von den Studenten aus:

*„Dem Germanistischen Institut wurde vorgeworfen, nicht ‚herzlich‘ genug zu sein, wobei die Studenten aber nicht angeben konnten, worin sich der Mangel an Herzlichkeit äußert. [...] Geht man von dem Standpunkt aus, daß auch in ungenügend begründeter Kritik immer ein Körnchen Wahrheit steckt, muß ein Mangel vorhanden sein, den wir selber zu finden nicht imstande sind. Vielleicht können uns andere Stellen helfen, herauszufinden, was wir den Studenten gegenüber falsch machen.“<sup>117</sup>*

An diesem Bericht von Braemer lassen sich ihre Bereitschaft zur Selbstkritik und ihr Wille zur Verbesserung der Arbeit am Institut mit den Studenten erkennen. Dennoch wurden nach dem Abschluss der Diskussionen um die Wehrpflicht von Dr. Raab, Mitglied des Slawistischen Instituts und der SED-Leitung der Philosophischen Fakultät, niederschmetternde Einschätzungen zur Arbeit am Institut getroffen. Demnach war die Partei dort nicht einflussgebend, was die „Schuld aller Genossen, doch vor allem der Gen.[ossen] Professoren, die eine Versachlichung der Parteiarbeit am meisten behinderten. [sic] und der Gen.[ossen] Wahrnehmungsdozenten (die nicht kämpften)“<sup>118</sup> war. Als Ursache dafür wurde die „gespannte Atmosphäre zwischen den Gen.[ossen] Professoren“<sup>119</sup> genannt. Die politische Situation wurde als verheerend eingeschätzt: „Allgemeine Lustlosigkeit und Tendenz, dem Institut den Rücken zu kehren (angefangen von Prof. Gernentz bis zu den Studenten).“<sup>120</sup> Die Charakterisierung der Parteimitglieder des Germanistischen Instituts war stichpunktartig folgende:

*„Gen.[osse] Haiduk: pessimistisch [...] Er glaubt nicht, dass [sic] an der verworrenen Situation am Germ.[anistischen] Institut etwas geändert wird. Gen.[osse] Bernhardt [sic] – als junger Genosse – zu versöhnlicherisch [sic]“*

<sup>116</sup> Vgl. UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311). Vgl. UAR: Philosophische Fakultät. Informations- und Jahresberichte 1962 (PHF 9.2.). Vgl. UAR: Informationsberichte der gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche 1962-1964 (R 682).

<sup>117</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 2. April 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>118</sup> Bericht des Leiters der Kommission über das Germanistische Institut am 10. Juli 1962. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

<sup>119</sup> Ebd.

<sup>120</sup> Ebd.

*Gen.[osse] Finze nahm auch zeitweilig die Gelegenheit war, sich herauszuhalten in den letzten zwei Jahren. Hat selbstkritisch dazu Stellung genommen. [...] Im Augenblick: nur Ansätze, die führende Rolle der Partei zu verwirklichen (durch Parteikern Burkhardt-Finze [sic].* <sup>121</sup>

Besonders harte Kritik wurde aber an der Institutsdirektorin selbst vorgenommen. Sie wurde in ihrer Leitungsfähigkeit und der Art und Weise, Leistungszulagen zu verteilen, auf das Äußerste gerügt:

*„Es entsteht der Eindruck, dass [sic] wer nicht kämpft und mit der Institutsleitung einen modus vivendi findet, eher Aussicht auf eine Leistungszulage hat. [...] Nach dem Verfahren am Germ.[anistischen] Inst.[itut], Leistungszulagen ohne Parteigruppe vom Institutsdirektor aus zu beantragen, muss [sic] der Eindruck einer subjektiven Neigung entstehen. [...] Erst wenn die Parteigruppe führt, kann der Direktor eine echte Autorität entfalten. (Die Autorität der Gen.[ossin] Braemer ist keine echte, sondern eine von Mitleid geprägte)* <sup>122</sup>

Zur Diskussionsführung im Institut äußerte sich Raab: „In der Parteigruppe muss [sic] sofort mit der planlosen Methode des ‚jeder sagt, was ihm gerade einfällt‘ Schluss gemacht werden.“<sup>123</sup> Diese Charakterisierung zeigte dennoch, dass anscheinend ein freier Umgang mit der politischen und fachlichen Meinung am Institut geherrscht haben könnte. Ein fehlender Plan konnte, so die Bedenken des Slawistik-Assistenten, zur Beeinträchtigung der Kompetenzen der staatlichen Leitungen führen. Nach dieser Einschätzung von Raab reagierte Braemer mit Rechtfertigung, aber auch wieder mit Selbstkritik und bot an, bei Richtigkeit des Berichts von ihrer Position der Direktorin zurückzutreten.<sup>124</sup>

Die Diskussionen, die im Lehrkörper über die Wehrpflicht geführt wurden, können aus den genannten Gründen nur schwer nachvollzogen werden. Hauptsächlich waren daran nur die Praktikumsbetreuer beteiligt. Die anderen Mitglieder des Instituts äußerten ihre Stellungnahme nur in den oben beschriebenen offiziellen Dokumenten.

#### 4.4. Maßnahmen zur Regulierung

Da der Institutsdirektorin die Brisanz der Wehrpflichtdiskussion aufgefallen war, machte sie im Bericht vom 4. Februar, welcher im Kapitel 4.2. ausführlich beschrieben wurde, deutlich, welche Maßnahmen sie für geeignet hielt, um zukünftig diese Diskussionen steuern zu können. Zum einen sprach sie die Veränderung

<sup>121</sup> Ebd.

<sup>122</sup> Ebd.

<sup>123</sup> Ebd.

<sup>124</sup> Ebd.

des Betreuersystems an, indem eine politisch aktivere Kollegin eine schwierigere Gruppe übernehmen sollte, zugleich wollte sie eine Veränderung in der Auswahl der Studenten erwirken.<sup>125</sup>

Die verstärkten Diskussionen hatten, so wie es sich aus der Aktenlage ergibt, vor allem eine weitere Veränderung des Betreuersystems zur Folge. In einem handschriftlichen Arbeitsbericht wurde eine Besprechung zweier Assistenten mit dem Prodekan für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Hückel, wiedergegeben, in der sich abzeichnete, wie man gezielter auf die Studenten einwirken wollte. So sollte jede Seminargruppe durch einen Betreuer, der mindestens ein Jahr eingesetzt werden sollte, begleitet werden. Zur besseren Übernahme durch Kollegen und zum besseren Nachweis der politischen und fachlichen Entwicklung wurde vorgenommen, Karteikästen anzulegen, in denen der jeweilige Student regelmäßig beurteilt werden sollte. Die Seminargruppensekretäre waren verpflichtet, mit den Betreuern ständigen Kontakt zu haben und über besondere Ereignisse zu berichten. Diesem System sollte der Institutsdirektor vorgesetzt sein, der „innerhalb eines Semesters 1-2mal das Gruppenleben direkt beeinflussen“<sup>126</sup> sollte. „Diese Form der Betreuung zielt auf die eine Stärkung der Aktivität u.[nd] des politisch-moralischen Verantwortungsbewusstseins der Studenten.“<sup>127</sup> Vor allem die Diskussionsergebnisse sollten dem Institutsdirektor vorgelegt werden, vermutlich, um sowohl eine Rechtfertigung, als auch eine Grundlage für die weitere Arbeit mit den Studenten zu haben.<sup>128</sup>

Zunächst fällt aber in der Beschreibung der Diskussionen auf, dass vor allem das Gespräch mit den Studenten gesucht wurde, um sie nicht nur anzuhören, sondern sie von der gegenteiligen Meinung zu überzeugen. In dieser Form, mit mehreren Personen zum Praktikumsort zu fahren, um die dortige Mitarbeiterin in einem geleiteten Meinungs austausch zu unterstützen, ist es sicher sehr ungewöhnlich, beweist aber die große Besorgnis über die vorher im Bericht getroffenen Aussagen.<sup>129</sup> So galt das gezielte Lenken der Diskussionen und das Suchen nach Antworten auf die von den Studenten gestellten Fragen als wirksamste Methode, den Meinungen gegen die Wehrpflicht entgegenzutreten.

Die Studentin A der Gruppe Germanistik/Anglistik des zweiten Studienjahres, deren Vater in Westdeutschland lebte, wurde, wie auch nach der Diskussi-

---

<sup>125</sup> Vgl. Bericht vom 4. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>126</sup> Arbeitsbericht vom 18. Mai 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>127</sup> Ebd.

<sup>128</sup> Ebd.

<sup>129</sup> Ebd.

on um den Mauerbau, wieder zu einem persönlichen Gespräch zu Professor Braemer gebeten.<sup>130</sup> Dort wurde ihre politische Haltung überprüft, aber wie sich aus dem Interview mit der damaligen Studentin ergab, war Braemer womöglich vor allem darum bemüht, das gute Verhältnis untereinander aufrecht zu erhalten.<sup>131</sup> Vor allem wurde versucht, die Diskussionen zu lenken, so dass die Leitung einen Überblick über die Argumente und die möglicherweise auftretenden Probleme erhalten konnte. Über diese Beeinflussung berichtete auch die Anglistik-Professorin Hildegard Schumann, die eine, schon in der Mauerbau-Diskussion in Erscheinung getretene Studentin des 4. Studienjahrs Germanistik/Anglistik (die angegeben hatte, sich zu unreif für diese Entscheidung zu fühlen)<sup>132</sup> im März einschätzte:

*„Bei der Beurteilung von [I] wurde darauf hingewiesen, dass sie ihre Ansichten und auch ihre ideologischen Schwierigkeiten immer offen äußerte, dass [sic] es jedoch schwer sei, sie zu beeinflussen.“<sup>133</sup>*

Genau diese Wirkung auf die Studenten und den „Erziehungsauftrag“, den die Universität inne gehabt haben sollte, wurde zum Beispiel auf der Senatsitzung im Februar 1962 diskutiert. Doch auch hier bezog man sich nicht direkt auf die Wehrpflicht, sondern es wurde über die allgemeine Auslese bei der Immatrikulation und die Steuerung während des Hochschulbesuchs diskutiert.<sup>134</sup>

Im Zuge der Wehrpflicht wurde auf ein Bekenntnis in Form eines Briefes von den Studenten verzichtet, woraus die Situation entstand, zwar mit ablehnenden Argumenten konfrontiert zu werden, jedoch keine Vollständigkeit in Hinblick auf Unterschriftenleistung erzielen zu müssen. Demnach wurde im Zuge der Diskussionen in den einzelnen Gruppen eine ausführliche Auswertung und ein gezieltes Nachfragen bei den „Problemfällen“ aus Dudendorf vorgenommen, ob sich die Ablehnung umgewandelt hätte. Dennoch oblag diese Angelegenheit dem Institut und wurde bis auf die Berichterstattung nicht aus dieser Zuständigkeit herausgenommen. In der Universitätsparteileitung wurden auf einer Sitzung vom 24. Januar 1962 zwar die möglicherweise auftretenden Meinungen zur Wehr-

<sup>130</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 10. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>131</sup> Gesprächsprotokoll von A. Anlage 1.

<sup>132</sup> Siehe Kapitel 3.4.

<sup>133</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 5. März 1962. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>134</sup> Protokoll über die Senatssitzung am 14. Februar 1962. In: UAR: Senatsprotokolle Januar-Juni 1962. Band 15 (R 271).



pflicht erläutert, problematisiert wurde diese Thematik danach jedoch nicht mehr.<sup>135</sup>

## 5. Vergleich der politischen Diskussionen

Die Diskussionen um den Mauerbau und die Wehrpflicht unterscheiden sich nur auf den ersten Blick in ihrer wesentlichen Grundlage. Dennoch kann man aber durch den „Kampfauftrag“ der FDJ im Zuge des 13. Augusts 1961 davon ausgehen, dass die Mauerbaudiskussion und vor allem die darin hervorgehobene Erklärung zur Verteidigungsbereitschaft die nachfolgenden Gespräche zum Gesetz der Wehrpflicht nur einleiteten.

In dem Brief an Walter Ulbricht wurden die Kriegsabsichten der Bundesrepublik, die durch den Mauerbau abgewendet werden konnten, geschildert und die Notwendigkeit der Sicherung des Friedens nicht nur durch die Schließung der Grenzen, sondern auch durch die Bereitschaft der männlichen Studenten, ihren Dienst an der Waffe zu leisten, betont. Das Helfen bei der Ernte, das Bekenntnis zum vom Westen unabhängigen sozialistischen Staat und der Verzicht auf das Hören von „Westsendern“ fanden zwar ebenfalls in dem Brief an Walter Ulbricht ihre Erwähnung, waren aber nicht die entscheidende Botschaft des Schriftstücks. So zielten die Aussagen zunächst auf die Bereitschaft der Studenten zur Stärkung der DDR-Wirtschaft durch den Ernteeinsatz und den Glauben an die ökonomische Überlegenheit Ostdeutschlands ab. Von Germanistikstudenten sind dazu keine verbalen Äußerungen aufgezeichnet, die diese Punkte anzweifeln würden. Dennoch gab es aber Unterschriftenverweigerer, die nicht bereit waren, die Teilung Berlins durch eine Mauer zu akzeptieren. Außerdem sollte das Hören des westdeutschen Rundfunks eingeschränkt werden, um nur die „richtigen“ Stellungnahmen publik werden zu lassen, die im Sinne der DDR-Staatsführung nur durch die ostdeutschen Medien Verbreitung finden konnten. Dabei hatten wohl aber vor allem Germanistikstudenten die Fähigkeit, einzuschätzen, dass es sich hierbei um eine Form der Zensur handelte, die auch ihre Wahl der Kulturrezeption eingeschränkte.

Der am meisten diskutierte Aspekt des „Kampfauftrags“ war jedoch die darin angesprochene Verteidigungsbereitschaft. Dabei mussten alle Debatten um die Wehrpflicht ersterben, da ein Unterzeichnen des Briefes ein grundsätzliches Einverständnis mit den Wehrplänen der DDR implizierte.

Daraus schlussfolgernd ergeben sich Unterschiede für den zeitlichen Umfang, in dem sich die unterschiedlichen Diskussionen erstreckt haben müssen. Während der Mauerbau von August bis November 1961 ausführlich besprochen

---

<sup>135</sup> Vgl. UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Januar-Juli 1962 (UPL 59).

wurde und somit über drei Monate Thema am Germanistischen Institut und der Universität im Allgemeinen gewesen sein muss, wurde die Wehrpflicht nach bisheriger Aktenlage nur von Ende Januar 1962 bis Anfang März 1962, so die Aktenlage, besprochen. Warum die Diskussion über diese dann aber nur noch selten Erwähnung fand, liegt wohl hauptsächlich an der Ablösung durch andere Diskussionspunkte wie die des Nationalen Dokuments oder des XXII. Parteitages der KPdSU<sup>136</sup>, die offensiv von den Institutsmitgliedern eingebracht wurden.<sup>137</sup>

Die Argumente, die gegen die Verteidigungsbereitschaft und die Wehrpflicht vorgebracht wurden, glichen sich sehr. So war es nicht nur der Widerwille, eine Waffe tragen zu müssen, sondern vielmehr die Angst davor, im Eskalationsfall auch auf Deutsche schießen zu müssen. Auch gab es die Befürchtung, mit der verstärkten Militarisierung aus dem Kalten einen „heißen“ Krieg werden zu lassen. Befürworter der Wehrpflicht gaben jedoch zu bedenken, dass die NVA nur zur Verteidigung aufgestellt worden sei und ein Krieg daher nur von Westdeutschland ausgehen könne. Dadurch sahen sie auch das Schießen auf Deutsche als gerechtfertigt an. Das Besondere an der gesamten Wehrpflichtdiskussion in beiden deutschen Staaten ist das Verständnis von einer gemeinsamen Nation, das sie miteinander teilten. Insbesondere familiäre oder freundschaftliche Bindungen, wie zum Beispiel die des Studententheaters oder des Chors, erzeugten eine starke emotionale Ablehnung eines Krieges von Deutschen gegen Deutsche, obgleich sich alle darüber bewusst waren, dass in ihren Staaten unterschiedliche Weltanschauungen regierten. Die gleichen Argumente wurden zuvor schon in der Debatte um die Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik gebraucht. Interessanterweise hatte sich die DDR damals als Gegner ausgesprochen, eine Position, die auch durch Bertold Brecht<sup>138</sup> Unterstützung fand. Von diesem Standpunkt nun abzuweichen, motivierte das Unverständnis der Studenten.<sup>139</sup>

Zugleich muss man die Generation dieser Studenten betrachten. Die meisten wurden zwischen 1938 und 1942 geboren und hatten die Schrecken des Zweiten Weltkrieges als Kinder miterlebt. Wenn dies nicht bewusst geschehen war, so hatten sie doch Erinnerungen an die Nachkriegszeit und oftmals den Verlust des Vaters, der im Wehrdienst gefallen war, zu verkraften.

Das Germanistik-Studium beinhaltete eine kritische Auseinandersetzung mit den Aussagen von Künstlern und Dichtern unterschiedlicher Epochen zum Thema

---

<sup>136</sup> Siehe Kapitel 6.

<sup>137</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 5. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>138</sup> Brecht, Bertold: Offener Brief an den Bundestag. In: Neues Deutschland vom 4. Juli 1956. S. 1.

<sup>139</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 5. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Krieg. Über dieses Wissen verfügten natürlich auch die Lehrenden des Germanistischen Instituts, was zum Beispiel in der Remarque-Diskussion mit den Medizinstudenten genutzt wurde. Von Beginn an stellte die Wehrpflicht eine starke Einschränkung der Persönlichkeitsrechte dar, nahm sie doch keine Rücksicht auf religiös oder weltanschaulich begründete Kriegsdienstverweigerung, obwohl die Religionsfreiheit verfassungsrechtlich existierte.<sup>140</sup>

Im Hinblick auf die politischen Debatten engagierten sich die Lehrenden des Germanistischen Instituts unterschiedlich stark. In der Mauerbaudiskussion konnte, wahrscheinlich auch durch die Krankheit von Edith Braemer begründet, nur teilweise Einfluss genommen werden.<sup>141</sup> Erst im November konnten sich Aktivitäten zur gezielten politischen Erziehung entwickeln (beispielsweise durch Gernentz und Bernhard)<sup>142</sup>. In der Diskussion im Januar waren die Mitglieder des Instituts besser gerüstet. Ihnen war klar, dass man schon zum Mauerbau eine spontane Stellungnahme erwartet hatte, die eine Zustimmung zu den Maßnahmen der Regierung signalisiert hätte. Dies war aber nicht geschehen. Wahrscheinlich reagierte das Institut deshalb nach der Einführung der Wehrpflicht so schnell und unterband damit auch Äußerungen, die sich außerhalb dieses schriftlichen Konsenses bewegten. Sowohl für die Universitätsleitung, die Parteileitung, als auch für die Studenten war klar ersichtlich, dass sich das Kollegium hinter die staatlichen Entscheidungen stellte und von den Studenten das gleiche verlangte. Ähnlich war dies auch schon in der Stellungnahme zum Mauerbau erfolgt, aber sie wurde nicht vollständig und zudem nicht direkt vom Germanistischen Institut, sondern von mehreren Einrichtungen unterzeichnet. Durch die schon besprochene Institutsversammlung, die sofort nach der Einführung des Wehrpflichtgesetzes stattfand, konnte die politische Richtung besser vorgegeben werden. Die Passivität, die nach dem Mauerbau im Germanistischen Institut noch kritisiert wurde, war im Januar 1962 wahrscheinlich weniger spürbar, wohl auch dadurch, dass sich die Lehrenden besser vorbereitet gefühlt haben müssen. Zudem wurden sie auch nicht mitten in den Semesterferien von den weltbewegenden Ereignissen überrollt, wie

---

<sup>140</sup> Im Artikel 41 der Verfassung der DDR steht: „Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Religionsfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.“ Vgl. Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 3. Wahlperiode. Berlin 1959. S. 40.

<sup>141</sup> Anscheinend hielten sich aber viele Lehrende an den ostdeutschen Universitäten nach dem Mauerbau sowohl mit Zustimmung als auch mit Ablehnung zurück. Deshalb scheint das Beispiel des Germanistischen Instituts auch stellvertretend für die Situationen an den Hochschulen stehen zu können. Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Von der Volkserhebung zum Mauerbau. Reaktionen von Hochschulangehörigen auf die Ereignisse in der DDR in den Jahren 1953, 1956 und 1961. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 30-31. 2001. S. 28.

<sup>142</sup> Siehe Kapitel 3.5.

es am 13. August 1961 der Fall gewesen sein mag. Im Sommer hatten die Kollegen weniger Möglichkeiten, sich direkt in einer Versammlung zu treffen oder haben diese vielleicht nicht ausreichend wahrgenommen. Im Zusammenhang mit der politischen Erziehungsarbeit wurden im Nachklang der Wehrpflichtdiskussion sogar die parteilosen Angehörigen des Germanistischen Instituts gelobt, obwohl diese zunächst durch ihre Passivität in der Mauerbaudiskussion in die Kritik geraten waren.<sup>143</sup>

---

<sup>143</sup> Siehe Kapitel 4.3. Vgl. 3.5

## 6. Ausblick und Folgen für den universitären Alltag

Gerade nach dem Mauerbau standen in der Universität und damit auch im Germanistischen Institut Diskussionen um die nationale Frage im Vordergrund. Im Oktober 1961 fand der XXII. Parteitag der KPdSU statt, dessen Programmatik richtungsweisend für die sozialistischen Länder und damit auch für die DDR sein sollte. Die militärische Gefahr wurde auf die „kapitalistischen“ Länder projiziert, der größte Erfolg der SU und der kommunistischen Parteien sei gewesen, den Krieg verhindert zu haben. Für die Bürger der DDR stellte sich die Frage nach dem Abschluss des Friedensvertrages, der auch schon vor dem 13. August thematisiert wurde. Im Referat zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU, welches Chruschtschow, der Nachfolger Stalins, hielt, wurden die westlichen Länder und ihre angeblichen Kriegsabsichten verurteilt und die daraus resultierenden Maßnahmen in Wirtschaft und Außenpolitik der Sowjetunion dargestellt. Dadurch, dass er sich auch für die Möglichkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages ausschließlich mit der DDR aussprach und beide deutsche Staaten völkerrechtlich anerkennen wollte, stieg die Angst, eine Spaltung Deutschlands voranzutreiben, die schon durch den Bau der Berliner Mauer verstärkt worden war.<sup>1</sup> Besonders auffällig wurde in der Rede der Name Lenins emporgehoben; Stalin jedoch fand keine Erwähnung. Das schnelle Auslöschen des Parteiführers, obwohl nur wenige Jahre zuvor die „Errungenschaften“ der Welt auf Stalin zurückgeführt worden waren, machte auch die Germanistik-Studenten nachdenklich. Gleichzeitig wurde die „drohende“ Kriegsgefahr, die Aufrüstung zur Verteidigung und Kernwaffenversuche durch Chruschtschow legitimiert, welche in den Diskussionen um den Brief an Walter Ulbricht Punkt des Streitgespräches gewesen waren.<sup>2</sup> Im Informationsbericht der Gesellschaftswissenschaftler wurden die Meinungen einiger Germanistik-Studenten zusammengefasst:

*„Im IV. St[u]d[ien]j.[ahr] der Phil.[osophischen] Fakultät, Fachkopplung Körpererziehung/ Germanisten wird die Frage diskutiert, ob die Verdienste Stalins nicht annulliert werden durch den XXII. Parteitag? Im gleichen Studienjahr standen für einige Tage die Diskussionen um die Kernwaffenversuche der SU im Vordergrund.“<sup>3</sup>*

<sup>1</sup> Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch: Der Triumph des Kommunismus ist gewiss. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXII. Parteitag der KPdSU. Über das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Berlin 1961. S. 44ff.

<sup>2</sup> Ebd. S. 117ff.

<sup>3</sup> Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 10. November 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und damit die ungewisse nationale Frage griff Walter Ulbricht im „Nationalen Dokument“ vom 25. März 1962 auf. Dort wurde die westdeutsche Regierung verurteilt und der Wille der DDR nach einem einheitlichen Nationalstaat zum Ausdruck gebracht.<sup>4</sup> Vom Germanistischen Institut wurde daraufhin eine Veranstaltung mit dem Thema „Haben wir heute eine einheitliche deutsche Literatur?“ organisiert. Aufgrund der vorab immer wieder betonten Klassenfrage und die Verweise auf die Ungleichheit der deutschen Länder<sup>5</sup> war es nun anscheinend wenig verständlich, dass doch wieder von einer einheitlichen Nation gesprochen wurde. Gleichzeitig sollte an diesem Abend – so der Bericht – auch versucht werden zu klären, inwieweit bürgerliche Literatur auch als Nationalliteratur behandelt werden dürfte<sup>6</sup> und wie die Auseinandersetzung mit der westdeutschen Literatur erfolgen sollte. In einem von Edith Braemer verfassten Bericht verweist sie auf die Antworten, die durch die Institutsangehörigen gegeben wurden:

*„Bei der Beantwortung dieser Frage wurde darauf hingewiesen, daß auch diese Literatur – ebenso wie jede andere – unter den Aspekten des Realismus erfaßt wird, – was zugleich immer auch ein politischer Aspekt ist –, und daß die Beschäftigung mit der Sowjetliteratur weit mehr im Mittelpunkt stehen mußte.“<sup>7</sup>*

Interessant ist vor allem die Art und Weise, mit der auf politische Fragen reagiert wurde. Denn während bei der Mauerbaudiskussion beinahe Überforderung mit der Situation aufgekommen zu sein schien, wurde den Meinungsbildungen eine organisierte Veranstaltung vorangestellt, in der die Antworten und die politische Richtung vorgeben wurden. Gleichzeitig schuf man damit ein Forum, in dem Studenten ihre Fragen stellen konnten. Damit wurde der Prozess der Diskussionen in die Öffentlichkeit transferiert. Die mögliche Absicht war, diese dadurch

---

<sup>4</sup> Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik: Das Nationale Dokument. Wortlaut des Dokumentes und der Rede des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, auf dem Nationalkonreß. Berlin 1962.

<sup>5</sup> Siehe Kapitel 4.2.

<sup>6</sup> Vor allem das traditionell, bürgerliche Verständnis der Wissenschaft galt es im Sozialismus zu durchbrechen. Vgl. Malycha, Andreas: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 30-31. 2001. S. 19. Diese Aufgabe stelle sich auch die Germanistik, was aber bei den klassischen bürgerlichen Autoren wie Goethe und Schiller Schwierigkeiten in der Einordnung mit sich brachte. Vgl. Rosenberg, Rainer: Das klassische Erbe in der Literaturgeschichtsschreibung der DDR. In: Ehrlich, Lothar; Gunther Mai (Hrsg.): Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht. Köln; Weimar; Wien 2000. S. 185-194. Vgl. Saadhoff, Jens: Germanistik in der DDR. Literaturwissenschaft zwischen „gesellschaftlichen Auftrag“ und disziplinärer Eigenlogik. Heidelberg 2007. S. 77ff.

<sup>7</sup> Vorläufiger Institutsbericht über die Auswertung des Nationalen Dokuments vom 13. April 1962. In: UAR: Auswertung des Dokuments über die nationale Frage an der Uni 1962 (R 819).

besser kontrollieren zu können und den Studenten die „richtigen“ Standpunkte deutlich zu machen.

In den Instituts- und Informationsberichten ist die Tendenz abzulesen, dass auf die Diskussionen zum Mauerbau und zur Wehrpflicht eine regelmäßiger Berichterstattung folgte und kritische Äußerungen schneller aufgenommen und verarbeitet wurden. Auch Argwohn konnte sich ausbreiten, so zum Beispiel bei einem Tucholsky-Abend zum Thema: „Bitteres Lachen – Tucholsky und die Deutschen“, den die Germanistik-Diplom-Studenten des zweiten Studienjahres organisiert hatten. So fiel die Beurteilung vor allem in Hinblick auf die nationale Frage nicht sehr wohlwollend aus:

*„Die Studenten hatten in ihrer Auswahl einige Gedichte berücksichtigt, in denen sich eine unklare Haltung zur Sowjetunion äußerte, angeblich, weil ‚diese Gedichte so gut zu sprechen seien‘, andere Gedichte, die den deutschen Militarismus und Revanchismus anklagten, hatten sie dagegen nicht berücksichtigt.“<sup>8</sup>*

Gleichzeitig versuchten die Angestellten des Instituts anscheinend häufig die Antworten mit Hilfe der marxistisch-leninistischen Literatur zu beantworten oder, im Falle des Nationalen Dokuments, sich auf die Worte der SED oder des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht zu berufen. Dieses Verhalten vor allem der Literaturwissenschaftler, für die Diskussionen zur nationalen Frage auch Lenin heranzuziehen, wird auch in einem Informationsbericht vom 5. März 1962 deutlich.<sup>9</sup> Dabei kommt jedoch die Frage auf, inwiefern die angeblichen Bestrebungen der DDR zum einheitlichen Nationalstaat mit Lenins Auffassung, dass Marxismus nicht vereinbar sei mit dem unbedingten Streben nach einem Nationalstaat.<sup>10</sup>

Aber auch zwei weitere Vorfälle ereigneten sich im Nachgang der Diskussionen um den Mauerbau und die Wehrpflicht, die auch einen unmittelbaren Zusammenhang mit diesen Themen beinhalteten. Denn das Anzweifeln der Richtigkeit sowohl des Mauerbaus als auch der Wehrpflicht implizierte den Vorwurf an die Regierung der DDR, nicht im Sinne des Volkes gehandelt zu haben.

Ein Beispiel für eine weitere Diskussion bietet der Institutsbericht der Anglistik von Schumann im Dezember 1962. Dort berichtete die Leiterin folgendes:

*„Das schon des öfteren erwähnte 2. Studienjahr (Angl./Germ.) gibt erneut zu Sorgen Anlass. In einem Ge[sellschafts]wi[ssenschaftlichen] Seminar unter der Leitung von Genn.[ossin] Tessmann stellten verschiedene Studentinnen (besonders [Q], [R], [S], [T] und [U]) eine Reihe von Fragen, die man als provoka-*

<sup>8</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 9. Mai 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

<sup>9</sup> Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 5. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968. (PHF 311).

<sup>10</sup> Vgl. Lenin, Wladimir Iljitsch: Zur Nationalen Frage. Sonderausgabe. Berlin 1953. S. 33ff.

*torisch bezeichnen muss [sic]. Sie erklärten, dass die SED mit Hilfe der Sowjetarmee an die Macht gekommen sei, verglichen die gegenwärtig in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte mit den Besatzungstruppen in Westdeutschland und äusserten ferner die Ansicht, dass [sic] die sowjetischen Streitkräfte in der DDR seien, um Streiks und Aufstände zu unterdrücken.“<sup>11</sup>*

Es scheint, als hätte Schumann diese Äußerungen entweder von Studenten selbst wiedergegeben bekommen oder Tessmann hätte es ihr selbst berichtet. Diese Art „feindlicher“ Bemerkungen waren, so lässt es sich aus den Berichten ablesen, nicht an der Tagesordnung. In den vorangegangenen Diskussionen ließen sich diese zugespitzten Meinungen nicht finden. Auch waren die genannten Studentinnen bis dahin nicht in Erscheinung getreten, mussten also demnach im ersten Studienjahr den Brief an Ulbricht unterschrieben und sich auch zur Wehrpflicht nicht negativ geäußert haben. Es könnte aber auch sein, dass sich die jungen Mädchen zu dieser Zeit außerhalb der Einflussphäre der Institute bewegten, da sie sich in ihrem ersten Studienjahr im „praktischen Jahr“<sup>12</sup> befanden und deshalb nur bedingt am Leben des Instituts teilnahmen. Die Situation war für Schumann wohl schlecht einzuschätzen, weshalb sie kritisch bemerkte:

*„Es muss untersucht werden, wie weit hier bodenlose politische Unkenntnis bzw. Dummheit vorliegt oder die bewusste [sic] Absicht, zu provozieren, wobei in beiden Fällen der wesentliche Ursprung der vertretenden Meinungen unverkennbar ist.“<sup>13</sup>*

Über die nachfolgenden Untersuchungen lässt sich in der Akte nichts finden, auch in den Beständen des MfS konnte bis zum Abschluss der Arbeit nichts über eine mögliche Prüfung dieser Aussagen gefunden werden. Dennoch fällt beim Betrachten der Studentenlisten auf, dass Q wegen ungenügender Leistungen, R auf eigenen Wunsch und S aufgrund eines Disziplinarverfahrens exmatrikuliert wurden. Lediglich T und U legten ihr Staatsexamen ab.<sup>14</sup> Sicherlich kann hier über Zufall spekuliert werden, dennoch müsste man in weitergehenden Untersuchungen herausfinden, inwiefern diese Studentinnen tatsächlich einem Druck ausgesetzt wurden oder vielmehr, auf welchen Sachverhalt die Anglistik-Professorin anspielen wollte, als sie den Ursprung der Meinungen ausfindig gemacht zu haben glaubte.

---

<sup>11</sup> Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 4. Dezember 1962. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

<sup>12</sup> Gesprächsprotokoll von A. Anlage 1.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> UAR: Liste der Studierenden II 1961-1966 (PHF 76).



Besonders tragisch ist der Fall einer jungen Studentin Z des Studienganges Germanistik/Körpererziehung des ersten Studienjahres (im Studienjahr 1961/62), der sich durch die Akten des MfS rekonstruieren ließ. Ihr Bruder war im August 1961 mit zwei Freunden illegal in Westdeutschland unterwegs, um dort zu trampeln und das Land kennenzulernen. Dort wurden sie vom Mauerbau „überrascht“. Besorgt über ihren Bruder, ging die Studentin zum Ministerium für Staatssicherheit und erkundigte sich, ob ein Freund, dessen Namen sie nicht nennen wollte, der sich in Westdeutschland aufhielt, in die DDR zurückkommen könne, ohne dass er negative Folgen zu befürchten hätte.<sup>15</sup> Daraufhin wurden die Mitarbeiter der Stasi hellhörig und hinderten sie daran, ihrem Bruder mitzuteilen, er möge im Westen bleiben. Sie kehrten in die DDR zurück, da sie nicht vorgehabt hatten, Republikflucht zu begehen, sondern nur die Bundesrepublik kennenlernen wollten.<sup>16</sup> Darauf folgten Verhöre und die Anwerbung der drei Freunde und Z als Geheime Informanten unter Druck. Den Repressalien des Staates ausgesetzt, begingen die zwei Freunde des Bruders im April Republikflucht, indem sie mit einem Faltboot vom Darß nach Gedser in Dänemark paddelten und von dort die Reise nach Westdeutschland fortsetzten. Die zurückgebliebenen Geschwister wurden im Nachgang weiteren Verhören ausgesetzt, so dass sie sich im September 1962 ebenfalls zur Flucht entschlossen. Sie versuchten vermutlich von einem ostdeutschen Strand im Kreis Grevesmühlen über die Ostsee in den Westen zu schwimmen. Dabei ertranken beide. In den Akten des Instituts finden sich über die Studentin keine Hinweise, auch aus der Studentenliste wurde sie nur mit dem Vermerk „DDR verlassen“, jedoch nicht aufgrund ihres Todes gestrichen.<sup>17</sup>

Dieser Fall zeigt am deutlichsten, wie stark sich die Organe des Staates in das persönliche Leben der Studenten einmischten und welche Ausweglosigkeit sich anscheinend für diese Geschwister ergeben haben muss. Die Reglementierung des studentischen Lebens in jeder Form wird also nicht nur durch die in dieser Arbeit dargestellten politischen Diskussionen innerhalb der Universität deutlich, sondern hatte ihre Ausmaße weit in das private Leben eines jeden einzelnen gehabt. Als Student oder Lehrkraft an einer Einrichtung wie der Universität Rostock galt man als Mensch der Öffentlichkeit, der zu den Ereignissen der Zeit den „korrekten“ politischen Standpunkt einzunehmen hatte. Geschah das nicht auf die gewünschte Art und Weise, so mussten sie die Folgen fürchten. Diese mussten nicht sofort in Exmatrikulation, Verhaftung oder Verhören enden, sondern konnten sich auch dadurch zeigen, dass Kritiker in den Fokus der zuständigen Partei-

---

<sup>15</sup> Eingabe eines Bürgers am 21. August 1961. In: BStU: Rost. AIM 1389/64 Band 1. S. 19-20.

<sup>16</sup> Bericht vom 8. Oktober 1962. In: BStU: Rost. AIM 3243/62 Band 1. Seite 92.

<sup>17</sup> Vgl. UAR: Liste der Studierenden II 1961-1966 (PHF 76). Vgl. Bericht vom 8. Oktober 1962. In: BStU: Rost. AIM 3243/62 Band 1. Seite 92f.

organisation rückten, wenn auch nur durch häufige Nennung in Berichten und ständige politische Einschätzungen. Verwandtschaft oder Freunden in Westdeutschland oder durch andere persönliche Gründe, gegen die Wehrpflicht oder den Mauerbau eingestellt zu sein, blieb weitgehend nicht akzeptiert, da als Student Verpflichtungen dem Staat gegenüber eingegangen wurden, der ein kostenfreies Studium „ermöglicht“ hatte. Dabei wurde der Aspekt, nur mit wissenschaftlichem Nachwuchs oder mit gut ausgebildeten Lehrern den Staat aufrechterhalten zu können, in keiner Weise berücksichtigt. Die Aufzeichnungen dieser Diskussionen sind bis 1968 in der DDR-Zeit in den Akten des Instituts einzigartig. Über kein anderes politisches Ereignis seit Wiedereröffnung der Universität 1946 bis zum Jahr 1968 (ab dann ist der Bestand des Archivmaterials in Bezug auf das Germanistische Institut sehr lückenhaft) wurde soviel berichtet wie über die zum Mauerbau und zur Wehrpflicht. Daher stellt sich die Frage, ob Qualität und Umfang der Diskussionen in der Universitätsgeschichte bis dahin einzigartig waren, oder ob sich die Berichterstattung dieser Zeit schlagartig änderte. Möglicherweise änderten sich die Anweisungen der Parteileitung, die eine regelmäßige Aufzeichnung der Äußerungen verlangte. Zugleich könnte man die Frage stellen, ob sich vielleicht auch das Verhalten der Studenten nach dem großen Aufheben, das um diese beiden zentralen Diskussionen gemacht wurde, änderte. Vielleicht führte dies zu einer weniger offenen Meinungsäußerung aufgrund der Befürchtungen, im kleinen oder im großen Stil in den Fokus der Instituts-, Universitäts- oder Parteileitung zu gelangen.

## 7. Fazit

Das Germanistische Institut der Universität Rostock hatte im Studienjahr 1961/62 tatsächlich den ideologischen Schwerpunkt auf die politischen Diskussionen gelegt, von denen die bedeutendsten die um den „Kampfauftrag“ der FDJ im Zuge des Mauerbaus und die um die Wehrpflicht waren. In der Arbeit wurde dargestellt, wie sich sowohl die Argumentationen seitens der Studenten als auch der Lehrenden geändert haben, aber vor allem, wo die Kontinuität abzulesen ist. Da die nationale Frage nicht geklärt war, mussten sich alle Beteiligten mit der Furcht des „Schießens von Deutschen auf Deutsche“ und immer mehr zunehmenden Trennung beider deutschen Staaten auseinandersetzen. In den Streitgesprächen mischten sich sowohl pragmatische, persönliche aber auch literarische Momente, mit denen versucht wurde, dem Diskussionspartner die eigene Argumentation plausibel erscheinen zu lassen. Während der kurzen Monate wandelten sich die Debatten von den privaten Äußerungen zu denen, die durch Betreuer in den Seminargruppen geleitet wurden. Damit ebnete auch, wie sich in den nachfolgenden Diskussionen um das Nationale Dokument zeigte, das die nationale Frage aufgriff, die

Bereitschaft der Studenten zum öffentlichen Meinungs­austausch ab. Ein Grund dafür waren sicherlich auch die Befürchtungen um mögliche Folgen, die sich daraus ergeben konnten.

Im Gegensatz zu den von Kowalczuk beschriebenen zahlreichen Exmatrikulationen, die sich zum Beispiel an der Humboldt-Universität ergaben<sup>18</sup>, ließ sich dieser Schluss für die Germanistik-Studenten in Rostock nicht ziehen. Weitere Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungen könnten Untersuchungen zu allen Universitäten in der DDR sein. Dabei könnte auch herausgefunden werden, inwiefern sich diese Diskussionen unterschieden und ob es spezielle Argumentationsstrategien gab. Gleichzeitig wäre es interessant, herauszufinden, inwiefern die gleichen Debatten in anderen Instituten oder Fakultäten der Universität Rostock verliefen und ob mögliche Gemeinsamkeiten zur Germanistik bestanden. Da es nicht Bestandteil dieser Arbeit war, konnte auch eine Untersuchung zur Reaktion an den bundesdeutschen Universitäten auf die beschriebenen Ereignisse nicht durchgeführt werden. Anstoß dazu geben aber mehrere Briefe von westdeutschen Studenten, die sich in einigen Akten befunden haben.<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Kowalczuk, Ilko-Sascha: Geist im Dienst der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003. S. 551ff.

<sup>19</sup> Vgl. BStU. Rost. AOP 3416/62 Band 1. S. 260f. Vgl. UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

## 8. Abkürzungsverzeichnis

ABF	Arbeiter- und Bauernfakultät „Ernst Thälmann“
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
bzw.	beziehungsweise
DDR	Deutsche Demokratische Republik
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GI	Geheimer Informant
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (der Staatsicherheit)
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
ND	Neues Deutschland – Zentralorgan der SED
NU	Die Neue Universität
NVA	Nationale Volksarmee
PHF	Philosophische Fakultät
Phil. Fak.	Philosophische Fakultät
Rost.	Rostock (in Bezug auf die Außenstelle der BStU)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SU	Sowjetunion
UAR	Universitätsarchiv Rostock
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UPL	Universitätsparteileitung
usw.	und so weiter
VEG	Volkseigenes Gut
z.B.	zum Beispiel
ZK	Zentralkomitee

## 9. Quellen- und Literatur

### 9.1 Quellen

Ungedruckte Quellen:

#### **Universitätsarchiv Rostock Bestand der Universitätsparteileitung**

UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

Protokoll über die Sekretariatssitzung vom 24. Juli 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

Protokoll über die UPL-Sitzung am 23. August 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

Plan der politischen Massenarbeit an der Universität in der Vorbereitung des Studienjahres 1961/62 und zu den Volkskammerwahlen. (Beschluss der Parteileitung der Universität vom 23.08.1961) In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

Protokoll über die UPL-Sitzung am 30. August 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

Protokoll über die UPL-Sitzung am 20. September 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

Protokoll über die UPL-Sitzung am 27. September 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

Protokoll über die UPL-Sitzung am 11. Oktober 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

Protokoll über die UPL-Sitzung am 21. Dezember 1961. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Juli-Dezember 1961 (UPL 58).

UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Januar-Juni 1962 (UPL 59).

Protokoll über die UPL-Sitzung am 24. Januar 1962. In: UAR: Sitzungen der Parteileitung der Universität Januar-Juni 1962 (UPL 59).

UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

Kurzinformationsbericht vom 14. August 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

Informationsbericht der UPL vom 18. August 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

Informationsbericht der UPL vom 6. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

Informationsbericht der UPL vom 26. September 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 06. Oktober 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

Bericht über das Klubgespräch am 10. November 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 10. November 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock am 24. November 1961. In: UAR: Informationsberichte der SED-Parteiorganisation der Universität Rostock 1961 (UPL 145).

UAR: Monatsberichte, Statistik, Analysen 1952-1963 (UPL 204).

Über die Verteilung der Parteikräfte in der Parteiorganisation der Universität Rostock vom 8. November 1961. In: UAR: Monatsberichte, Statistik, Analysen 1952-1963 (UPL 204).

UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380).

Die politisch-ideologische Situation im Bereich unserer Grundorganisation. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380).

Charakteristiken der Fakultätsangehörigen des 7. und höherer Semester vom 21. Dezember 1950. In: UAR: Arbeit an der SED-Grundorganisation der Philosophischen Fakultät 1950-1975 (UPL 380).

UAR: Einzelne Parteigruppen der Sprach- und Literaturwissenschaften 1952-1969 (UPL 398).

Ergebnis der Gewerkschaftsgruppenversammlung der Institute Germanistik/Anglistik/ Akademieinstitut Mecklenburgisches Wörterbuch. In: UAR: Einzelne Parteigruppen der Sprach- und Literaturwissenschaften 1952-1969 (UPL 398).

Rechenschaftsbericht der Parteigruppe Studenten –Sprachen– für das Herbstsemester 1961. In: UAR: Einzelne Parteigruppen der Sprach- und Literaturwissenschaften 1952-1969 (UPL 398).

UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

Schreiben Edith Braemers vom 21. Mai 1960. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

Protokoll der Parteigruppenversammlung vom 28. Juni 1960. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

Protokoll der Parteigruppenversammlung vom 13. Juli 1960. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

Protokoll der Parteigruppenversammlung vom 19. Juli 1961. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

Stellungnahme der wehrpflichtigen Mitarbeiter des Germanistischen Instituts zum Wehrgesetz. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

Die Meinung der Kolleginnen des Germanistischen Instituts zum Wehrpflichtgesetz. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

Die Meinung der Kolleginnen des Germanistischen Instituts zum Wehrpflichtgesetz (Abschrift). In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

Wahlprotokoll der Parteigruppe vom 19. März 1962. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

Bericht des Leiters der Kommission über das Germanistische Institut am 10. Juli 1962. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1968 (UPL 399).

Schreiben Edith Braemers vom 13. Juli 1962. In: UAR: Parteigruppe des Instituts für Germanistik 1958-1969 (UPL 399).

**Bestand des Rektorats**

UAR: Statut der Universität Rostock 1952-1954. Band 2 (R 125):

Statut der Universität Rostock vom 19. Mai 1954. In: UAR: Statut der Universität Rostock 1952-1954. Band 2 (R 125).

UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

Erklärung Rektor und Senat der Universität Rostock. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

Aufruf an die Studenten der Universität Rostock vom 24. August 1961. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

Offener Brief an den Staatsratsvorsitzenden. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

Brief der Chemiestudenten vom 22. September 1961. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132).

UAR: Republikflucht-Meldungen 1958-1965, 1971-1973 (R 246).

Republikflucht 1958-1961. In: UAR: Republikflucht-Meldungen 1958-1965, 1971-1973 (R 246).

UAR: Senatsprotokolle 1961. Band 14 (R 270).

Protokoll über die Senatssitzung am 4. September 1961. In: UAR: Senatsprotokolle 1961. Band 14 (R 270).

Brief Benckert an das Rektorat vom 29. September 1961. In: UAR: Senatsprotokolle 1961. Band 14 (R 270).

UAR: Senatsprotokolle Januar-Juni 1962. Band 15 (R 271).

Protokoll über die Senatssitzung am 14. Februar 1962. In: UAR: Senatsprotokolle Januar-Juni 1962. Band 15 (R 271).

UAR: Informationsberichte der gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche 1962-1964 (R 682).

Bericht über die Dienstbesprechung mit den führenden Gesellschaftswissenschaftlern der Universität Rostock 19. Februar 1962. In: UAR: Informationsberichte der gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche 1962-1964 (R 682).



UAR: Universitätschor 1959-1968. Band 1 (R 714).

Teilnehmer an der Fahrt nach Hamburg am 21. Mai 1960. In: UAR: Universitätschor 1959-1968. Band 1 (R 714).

Bericht über die Tournee des Chores vom 20.-26. Mai 1960. In: UAR: Universitätschor 1959-1968. Band 1 (R 714).

Informationsbericht vom 22. August 1961. In: UAR: Universitätschor 1959-1968. Band 1 (R 714).

UAR: Studententheater der Uni Rostock 1955-1967 (R 742).

Informationsbericht vom 15. Juli 1961. In: UAR: Studententheater der Uni Rostock 1955-1967 (R 742).

Einschätzung des Besuches der Studiobühne Bonn in Rostock. In: UAR: Studententheater der Uni Rostock 1955-1967 (R 742).

UAR: Auswertung des Dokuments über die nationale Frage an der Uni 1962 (R 819).

Vorläufiger Institutsbericht über die Auswertung des Nationalen Dokuments vom 13. April 1962. In: UAR: Auswertung des Dokuments über die nationale Frage an der Uni 1962 (R 819).

UAR: Beziehungen zum Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen 1951-1965 (R 1911).

Aktenvermerk über eine Aussprache des Herrn Staatssekretärs Dr. Girnus mit Professoren am 12. September 1961. In: UAR: Beziehungen zum Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen 1951-1965 (R 1911).

### **Bestand der Philosophischen Fakultät**

UAR: Philosophische Fakultät. Protokolle der Fakultätsratssitzungen 1959-1961. Band 1 (PHF 4.3.).

Protokoll der Fakultätsratssitzung der Philosophischen Fakultät vom 04. September 1961. In: UAR: Philosophische Fakultät. Protokolle der Fakultätsratssitzungen 1959-1961. Band 1 (PHF 4.3.).

Erklärung des Rates der Philosophischen Fakultät vom 04. September 1961. In: UAR: Philosophische Fakultät. Informations- und Jahresberichte 1949-1961 (PHF 9.1).

UAR: Protokolle der Fakultätsratssitzungen 1962-1964. Band 2 (PHF 4.4.).

Protokoll der Fakultätsratssitzung vom 10. März 1962. In: UAR: Protokolle der Fakultätsratssitzungen 1962-1964. Band 2 (PHF 4.4.).

UAR: Informations- und Jahresberichte 1962 (PHF 9.2.).

Informationsbericht der Philosophischen Fakultät vom 31. Januar 1962. In: UAR: Philosophische Fakultät. Informations- und Jahresberichte 1962 (PHF 9.2.).

Analyse der Institute und Informationsbericht für die Zeit vom 6. bis zum 20.3.1962. In: UAR: Philosophische Fakultät. Informations- und Jahresberichte 1962 (PHF 9.2.).

Informationsbericht der Philosophischen Fakultät vom 22. März 1962. In: UAR: Philosophische Fakultät. Informations- und Jahresberichte 1962 (PHF 9.2.).

UAR: Liste der Studierenden II 1961-1966 (PHF 76).

UAR: Germanistisches Institut. Institutsleitungssitzungen 1962-1966 (PHF 283).

UAR: Germanistisches Institut. Liste der Studenten 1953-1967 (PHF 292).

UAR: Germanistisches Institut. Jahresberichte 1953-1965 (PHF 309).

Jahresbericht des Germanistischen Instituts der Universität Rostock über das Studienjahr 1961/62. In: UAR: Germanistisches Institut. Jahresberichte 1953-1965 (PHF 309).

Auswertung des Betriebspraktikums auf kulturellem Gebiet der Gruppe der Germanistik/Diplomanden, 2. Stdj. im Januar und Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Jahresberichte 1953-1965 (PHF 309).

UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 10. Oktober 1961. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Informationsbericht des Germanistischen Instituts (undatiert) In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Bericht vom 4. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 11. Dezember 1961. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 17. Oktober 1961. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Wochenbericht der Assistenten vom 25. Oktober 1961. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 10. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 5. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 19. März 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Informationsbericht des Germanistischen Instituts vom 9. Mai 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

Arbeitsbericht vom 18. Mai 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311).

UAR: Germanistisches Institut. Ernteeinsätze 1957-1967 (PHF 315).

Bericht über die erste Woche des Ernteeinsatzes des 1. Studienjahres Germanistik/Latein in Gustrowerhöfen (Rügen). In: UAR: Germanistisches Institut. Ernteeinsätze 1957-1967 (PHF 315).

UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 3. Oktober 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 21. November 1961. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 30. Januar 1962. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

Informationsbericht des Anglistischen Instituts vom 5. März 1962. In: UAR: Institut für Anglistik. Informationsberichte 1961-1966 (PHF 364).

**Personalakten**UAR: Personalakte Edith Braemer

Lebenslauf von 1962. In: UAR: Personalakte Edith Braemer.

UAR: Studentenakte D.

Antrag auf Exmatrikulation vom 13. September 1961. In: UAR: Studentenakte D.

**Bestand der BStU Außenstelle Waldeck**GI „Buch“ Rost. AIM 2772/74 Band 1.

Auskunftsbericht zum IM „Buch“ vom 12. Juli 1962. In: BStU: Rost. AIM 2772/74 Band 1. S. 58-62.

Bericht über die Situation am Germanistischen Institut vom 11. Juni 1959. In: BStU: Rost. AIM 2772/74 Band 1. S.143-144.

GI „Fitz Luft“ Rost. AIM 2711/62 Band 1.

Bericht über Aussprache mit Genosse Kirsten vom 25. September 1961. In: BStU: Rost. AIM 2711/62 Band 1. S. 43.

GI „Klaus Herbst“ BStU: Rost. AIM 3243/62 Band 1.

Bericht vom 8. Oktober 1962. In: BStU: Rost. AIM 3243/62 Band 1. S. 92-93.

GI „Max“ BStU: Rost. AIM 1389/64 Band 1.

Eingabe eines Bürgers am 21. August 1961. In: BStU: Rost. AIM 1389/64 Band 1. S. 19-20.

IM „Parchow“ Rost. AIM 4232/90 Band 1/2.

Bericht über „Judith“ vom 4. Januar 1962. In: BStU: Rost. AIM 4232/90 Band 1/2. S. 160.

Bericht über die durchgeführte Werbung vom 13. März 1962. In: BStU: Rost. AIM 4232/90 Band 1/2. S. 163-164.

Abschlussvermerk vom 15. Januar 1968. In: BStU: Rost. AIM 4232/90 Band 1/2. S. 199.

GI „Purzel“ Rost. AIM 2772/68 Band 1/1.GI „Purzel“ Rost. AIM 2772/68 Band 1/2.

Diskussionen über den Brief der HGL an den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht. In: BStU: Rost. AIM 2772/68 Band 1/2. S. 83-86.

Mitglieder des Studententheaters Rostock vom 15. März 1962. In: BStU: Rost. AIM 2772/68 Band 1/2. S. 107-112.

IM „Rainer“ Rost. AIM 2257/78 Band 1.

Auszug aus dem Informationsbericht vom 6. September 1961. In: BStU: Rost. AIM 2257/78 Band 1. S. 68.

IM-Bericht vom 13. Februar 1962. In: BStU: Rost. AIM 2257/78 Band 1. S. 69.

Abschlussbericht vom 9. Oktober 1978. In: BStU: Rost. AIM 2257/78 Band 1. S. 96.

GI „Wolfgang Erichsen“ Rost. AIM 462/60 Band 1.

Rost. AOP 3416/62 Band 1.

Rost. AOP 3416/62 Band 1. S. 260f.

Gedruckte Quellen:

Die Neue Universität

Neuer Prorektor. In: SED-Parteileitung der Universität Rostock (Hrsg.): Die Neue Universität 13. 1961. S. 1.

Bewusste Bereitschaft. In: SED-Parteileitung der Universität Rostock (Hrsg.): Die Neue Universität 1. 1962. S. 3.

Eine Kommunistin. In: SED-Parteileitung der Universität Rostock (Hrsg.): Die Neue Universität 2. 1962. S. 4.

Weitere gedruckte Quellen:

Brecht, Bertold: Offener Brief an den Bundestag. In: Neues Deutschland vom 4. Juli 1956. S. 1.

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch: Der Triumph des Kommunismus ist gewiss. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXII. Parteitag der KPdSU. Über das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Berlin 1961.

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik: Das Nationale Dokument. Wortlaut des Dokumentes und der Rede des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, auf dem Nationalkongreß. Berlin 1962.

Die Frau – der Frieden und der Sozialismus. In: Weber, Hermann (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. München 1986. S. 261-263.

Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht (Wehrpflichtgesetz) vom 24. Januar 1962. In: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Sammlung von Gesetzen und Verordnungen aus der sowjetischen Besatzungszone. Blatt A I/197-201.

Lenin, Wladimir Iljitsch: Zur Nationalen Frage. Sonderausgabe. Berlin 1953.

Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1961.

Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 3. Wahlperiode. Berlin 1959.

## 9.2 Literatur

Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1969.

Bald, Detlef: Militärpolitische Restauration – Zur Wehrpflicht im geteilten Deutschland. In: Opitz, Eckardt; Frank S. Rödiger (Hrsg.): Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte – Probleme – Perspektiven. Bremen 1994. S. 75-87.

Bender, Peter: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Wiedervereinigung. 4. Auflage. München 1996.

Bergmann, Christian: Die Sprache der Stasi. Ein Beitrag zur Sprachkritik. Göttingen 1999.

Boden, Petra: Grenzschrte. Remigranten in der literaturwissenschaftlichen Germanistik an deutschen Universitäten nach 1945. In: Euphorion 98. 2004. S. 425-463.

Boden, Petra: Reformarbeit als Problemlösung. Sozialgeschichte und rezeptions-theoretische Forschungsansätze in der deutschen Literaturwissenschaft der 60er und 70er Jahre – eine Vorbemerkung und drei Interviews. In: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur 28. 2003. H1. S. 112-170.

Boden, Petra: Ornamente und Tabus. Antifaschismus als Herrschaftsdiskurs. In: Weimarer Beiträge 41. 1995. H1. S. 104-119.

Boden, Petra: Universitätsgermanistik in der SBZ/DDR. Personalpolitik und struktureller Wandel 1945-1958. In: Boden, Petra; Rainer Rosenberg (Hrsg.): Deutsche Literaturwissenschaft 1945-1965. Berlin 1997. S. 119-149.

Boden, Petra: „Es geht ums Ganze!“ Vergleichende Beobachtungen zur germanistischen Literaturwissenschaft in beiden deutschen Staaten 1945-1989. In: Euphorion 91. 1997. S. 247-275.

Brühl, Reinhard: Zur Militärpolitik der SED – Zwischen Friedensideal und Kriegsapologie. In: Bald, Detlef (Hrsg.): Die Nationale Volksarmee. Beiträge zum Selbstverständnis und Geschichte des deutschen Militärs von 1945-1990. Baden-Baden 1992. S. 31-49.

Buthmann, Reinhard: Abwanderung und Flucht von Eliten aus der SBZ/DDR am Beispiel der wissenschaftlichen Intelligenz. In: Schulz, Günther (Hrsg.): Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert. München 2001. S. 229-265.

Czech, Gabriele; Oliver Müller: Germanistik vor dem Mauerbau. Die DDR auf dem II. Internationalen Germanistenkongress 1960. In: Deutschland Archiv 39. 2006. S. 1042-1048.

Ehlert, Hans: Innenpolitische Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge und die Wehrverfassung. In: Militärisches Forschungsamt (Hrsg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. München 1993. Band 3. S. 514-560.

Fingerle, Stephan: Waffen in Arbeiterhand? Die Rekrutierung des Offizierskorps der NVA und ihre Vorläufer. Berlin 2001.

Frank, Mario: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie. Berlin 2003.

Frevert, Ute: Die kasernierte Nation. Militär und Zivilgesellschaft in Deutschland. München 2001.

Grewolls, Grete: Wer war wer in Mecklenburg-Vorpommern? Ein Personenlexikon. Bremen 1995.

Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur sozialistischen Hochschule. Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1955. Bremen 2003.

Heinemann, Manfred (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945-1949. Berlin 2000.

Herbst, Andreas; Winfried Ranke; Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR. München 1994. Band 1.

Hohwieler, Joachim: NVA und innere Sicherheit. Der Einsatz der Armee im eigenen Land. In: Bald, Detlef; Reinhard Brühl; Andreas Prüfert (Hrsg): Nationale Volksarmee – Armee für den Frieden. Beiträge zu Selbstverständnis und Geschichte des deutschen Militärs 1945-1990. Baden-Baden 1995. S. 75-90.

Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen 1999.

Koblischke, Heinz: Großes Abkürzungsbuch. Abkürzungen – Kurzwörter – Zeichen – Symbole. Leipzig 1978.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienst der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die „Hochschulfront ist Kampffront“. Die SED-Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen in der SBZ/DDR 1946-1961. In: Horch und Guck 40. 2002. S. 61-77.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Von der Volkserhebung zum Mauerbau. Reaktionen von Hochschulangehörigen auf die Ereignisse in der DDR in den Jahren 1953, 1956 und 1961. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 30-31. 2001. S. 22-30.

Krönig, Waldemar; Klaus Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschulen und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961. Köln 1994.

Kuntsche, Siegfried; Schick, Rudolf: In: Müller-Engbergs, Helmut; Jan Wielgoß; Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Berlin 2000. S. 738.

Malycha, Andreas: Der Ausschuss für Hochschulfragen der SED 1947/48. Instrument für politische Steuerung oder Diskussionsforum? In: Deutschland Archiv 35. 2002. S. 588-598.

Malycha, Andreas: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 30-31. 2001. S. 14-21.

Maul, Bärbel: Akademikern in der Nachkriegszeit. Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Frankfurt am Main 2002.

Meyen, Michael: Einschalten, Umschalten, Ausschalten. Das Fernsehen im DDR-Alltag. Leipzig 2003.



Meyer, Hansgünter: Wissenschaftspolitik, Intelligenzpolitik – Das Personal für Wissenschaft, Forschung und Technik in der DDR. In: Meyer, Hansgünter (Hrsg.): Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR. Berlin; New York 1990. S. 1-51.

Müller, Marianne; Egon Erwin Müller: „...stürmt die Festung Wissenschaft!“ Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Reprint. Berlin 1994.

Müller, Werner: Die DDR in den Fünfziger Jahren. Innere Krise – Wiedervereinigung – Ostintegration. In: Schmiedebach, Heinz-Peter; Karl-Heinz Spieß (Hrsg.): Studentisches Aufbegehren in der frühen DDR. Der Widerstand gegen die Umwandlung der Greifswalder Medizinischen Fakultät in eine militärmedizinische Ausbildungsstätte im Jahr 1955. Stuttgart 2001. S. 1-24.

Müller-Engbergs; Helmut: Schleiff, Henning. In: Müller-Engbergs, Helmut; Jan Wielgoß; Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Berlin 2000. S. 744.

Ohse, Marc-Dietrich: Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961-1974). Berlin 2003.

Pasternack, Peer: Hochschule & Wissenschaft in der SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungsraum 1990-1998. Weinheim 1999.

Pasternack, Peer: Ziemlich detailliert und fallbezogen. Literatur zur DDR-Wissenschaft. In: Deutschland Archiv 37. 2004. S. 659-665.

Preuß, Franziska: Die Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Mauerbau 1961. Reaktionen und Auswirkungen. In: Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena. (1945-1990). Band 1. Köln u.a. 2007. S. 239-266.

Prieß, Lutz: Die Organisationsstruktur. In: Herbst, Andreas; Gerd-Rüdiger Stephan; Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997. S. 124-144.

Prignitz, Steffen: Kühne, Erich Ludwig. In: König, Christoph (Hrsg.): Internationales Germanistenlexikon 1800-1950. Berlin 2003. Band 2. S. 1027-1028.

Rosenberg, Rainer: George Lukács „Zerstörung der Vernunft“. In: Erhart, Walter; Herbert Jaumann (Hrsg.): Jahrhundertbücher. Große Theorien von Freud bis Luhmann. München 2000. S. 262-277.

Rosenberg, Rainer: Das klassische Erbe in der Literaturgeschichtsschreibung der DDR. In: Ehrlich, Lothar; Gunther Mai (Hrsg.): Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht. Köln; Weimar; Wien 2000. S. 185-194.

Rupieper, Hermann-Josef (Hrsg.): „Es gibt keinen Ausweg für Brandt zum Krieg.“ August 1961 an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg. Halle 2002.

Saadhoff, Jens: Germanistik in der DDR. Literaturwissenschaft zwischen „gesellschaftlichem Auftrag“ und disziplinärer Eigenlogik. Heidelberg 2007.

Schandera, Gunter: Diktaturenvergleich. Die politische Steuerung der literaturwissenschaftlichen Germanistik im Nationalsozialismus und in der DDR. In: Dainat, Holger; Lutz Danneberg (Hrsg.): Literaturwissenschaft im Nationalsozialismus. Tübingen 2003. S. 345-368.

Schicketanz, Peter: Wehrdienstverweigerung in der DDR. Nährboden für die Bildung oppositioneller Gruppen. In: Deutschland Archiv 37. 2004. S. 792-800.

Schneider, Ilona Katharina: Weltanschauliche Erziehung in der DDR. Normen – Praxis – Oppositionen. Eine kommentierte Dokumentation. Opladen 1995.

Steininger, Rolf: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963. München 2001.

Starke, Kurt: Schwuler Osten. Homosexuelle Männer in der DDR. Berlin 1994.

Schweitzer, Roland W.: Wandlungen im Selbstverständnis der DDR – Aspekte der nationalen Frage 1961-1969. In: Deutschland Archiv 16. 1983. S. 1071-1083.

Thiel, Hartwig: Äther-Piraten in der DDR. In: Das Archiv 1. 2005. S. 75-77.

Wenzke, Rüdiger: Die Nationale Volksarmee (1956-1990). In: Diedrich, Torsten; Hans Ehlert; Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998. S. 423-536.

Wilhelm-Pieck-Universität Rostock (Hrsg.): 125 Jahre Germanistik an der Universität Rostock 1858-1983. Rostock 1983.

Wockenfuß, Karl: Streng vertraulich. Die Berichte über die politische Lage und Stimmung an der Universität Rostock 1955 bis 1989. Rostock 2002.

Wockenfuß, Karl: Die Universität Rostock im Visier der Stasi. Einblicke in Akten und Schicksale. Rostock 2003.

### 9.3 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1. Struktur des Senats 1961	S. 13
Abb. 2. Verteilung der SED-Mitglieder Philosophischen Fakultät 1961	S. 17
Abb. 3. Tabelle der Unterschriftenverweigerer	S. 55

## 10. Anhang

### Anhang 10.1: Gesprächsprotokoll von A

Anita Krätzner: Wollten Sie ursprünglich Lehrer werden?

A: Ich wollte eigentlich nur Germanistik erst studieren, und dann hat man mir gesagt, das geht nicht, und hab ich gesagt, gut dann mach ich eben Deutsch und Geschichte, und dann hat mein Englischlehrer gesagt: „Also das mach mal nicht!“. „Also Geschichte, was denkst du, was du da hast, also geh mal an das Anglistische Institut nach Rostock, das ist so familiär, sieh dir das mal an, und sieh dir auch das Geschichtsinstitut an, und dann kann ich dir nur raten: Mach Anglistik!“ Und dem verdanke ich das.

Ich bin aber mit der Absicht dorthin gegangen, dass ich nicht Lehrer werden will, erstmal, aber ich hab gedacht, ich will irgendeinen Abschluss machen, aber in Richtung Germanistik. Und das lief ja auch erstmal 'ne ganze Weile so. Ich hab mich dann ja hauptsächlich in der Germanistik engagiert, Anglistik habe ich nebenher gemacht. Und dann war es also klar, man muss dann eben 3 Jahre dahin gehen, wo der Staat einen hinschickt, und die haben dann einen Vorvertrag mit mir gemacht, dass ich dahin zurückkommen kann und wie gesagt, dann haben wir ja gesehen, wie so was läuft.

Ich wollte mich ja auf keinen Fall irgendwie missbrauchen lassen oder dass ich da irgendwie ferngelenkt werde. Dann hab ich so gedacht, dann mach ich also das und dann hatte ich, wie gesagt, ein Angebot vom Hinstorff-Verlag, da hätte ich dann Literatur gemacht und wäre ins Lektorat gegangen. Das hätte mich natürlich auch wahnsinnig interessiert, und die haben sich dann auch sehr für mich eingesetzt - der Konrad Reich, der jetzt seinen eigenen Verlag hat, aber es ging da auch kein Weg rein. Und dann hab ich gesagt: „Na gut, dann werde ich Lehrer, aber wenigstens so ein Lehrer, der nicht so ist, wie die Lehrer, die ich mal hatte.“ Ich hatte auch mal einen Lehrer, das war mein Klassenlehrer und der hat gesagt: „Man muss hier nur mit den Wölfen heulen.“ Das ist also nicht meine Grundeinstellung.

Anita Krätzner: Wie war das denn jetzt 1961? Das muss ja eine furchtbar schlimme Situation für Sie gewesen sein, als Sie vom Bau der Berliner Mauer erfahren haben.

A: Das war schon schlimm. Ich hatte eine Cousine, die eigentlich so gut wie meine Schwester gewesen ist, die war in Westberlin und hatte da Kinder und war da verheiratet und da konnte man vorher schnell hin. Und die konnte auch nicht wieder hierher. Und wir waren eigentlich so gepolt: Wer auch immer wo ist, wir

halten alle zusammen, deswegen hatte ich gedacht, dass ich legal in den Westen gehe, damit ich auch immer wieder zurück kommen kann, weil ich die Landschaft auch sehr schön finde. Und das ging nicht.

Mein Vater ist 1956 aus der Gefangenschaft gekommen und ist gleich drüben geblieben. Da waren sicherlich verwandtschaftliche Bindungen ausschlaggebend für mein Verhalten. Und ich habe dadurch auch die Möglichkeit gehabt, monatlich nach Westberlin zu fahren. Wenn ich ein bisschen Geld hatte, ich habe mir dann auch Taschenbücher gekauft.

Anita Krätzner: Hatten Sie denn überlegt, nach dem Bau der Mauer noch schnell illegal in den Westen zu gehen?

A: Nein. Also wenn, dann wollte ich den legalen Weg gehen. Und hätte das auf mich genommen. Ich bin ja auch bei Befragungen gewesen, wo man mich aufgefordert hatte, meinen Ausreiseantrag zurückzuziehen. Aber ich habe immer gesagt: „Nein, ich stehe der Sache soweit gegenüber, dass ich zu meinen Verwandten immer wieder zurück will. Wenn von Demokratie die Rede ist, dann will ich auch demokratisches Recht wahrnehmen.“ Da stand ja auch in der alten DDR-Verfassung die Meinungsfreiheit drin. Und ich hatte dann immer eine Verfassung dabei und habe mich dann auch immer wieder auf den Paragraphen berufen.

Anita Krätzner: Haben Sie den Ausreiseantrag dann vor oder nach dem Mauerbau zurückgezogen? Oder gar nicht?

A: Doch ich habe den zurückgezogen, ich habe dann meinen Mann kennen gelernt, im November 1962. [...] Mein Vater ist dann im Jahr 1978 das erste Mal in die DDR gekommen und ist dann jedes Jahr gekommen. Jedes spätere Ansinnen, die Kontakte zu meinen Verwandten abubrechen, habe ich abgelehnt, mit Fug und Recht, wie ich meine. [...] Der Stasi hatten wir dann auch unser Telefon zu verdanken, wie ich später aus meinen Akten erfahren habe, die haben dann alle Telefonate aufgenommen und auch auf Schreibmaschine abgetippt. Die konnten wir später alle noch mal nachlesen. Aber eigentlich, im Gegensatz zu vielen anderen sind wir aus dieser Sache ja noch heil rausgekommen, bis auf den psychischen Druck oftmals. Aber sonst ist uns ja nichts passiert.

Anita Krätzner: Wie war das dann in den Semesterferien? Wie hat man Ihnen dann den Brief vorgelegt?

A: Wir waren noch relativ aufgeregt. Wir mussten vorher in ein Pionierlager nach Prerow, [...] und wir haben da in 20-Mann-Zelten auf Strohsäcken, die ziemlich verfault waren, geschlafen und wurden dort immatrikuliert. Und dann hieß es: „Ihr fangt nicht an, zu studieren, ihr geht auf die LPG. Ihr müsst die LPG's jetzt

stützen, denn die haben keine Arbeitskräfte.“ Da waren wir schon relativ aufgebracht. Da sind wir in so eine Baracke in Barth gekommen, da waren drei Doppelstockbetten in einem Zimmer. Das hat alles nicht gepasst. [...]

Anita Krätzner: Und wie lange mussten Sie in der LPG bleiben?

A: Ein Jahr. Drei Tage haben wir in der LPG gearbeitet, und drei Tage kamen die Dozenten zu uns, und wir hatten dann Seminar. Dann hatten wir Russisch, [...] Englische Grammatik, Deutsch. Wir wurden dort auch betreut, vom Assistenten Waldmann. [...]

Anita Krätzner: Und im darauf folgenden Jahr durften Sie erst nach Rostock?

A: Ja, ich bin dann gleich im September nach Rostock. [...] Wir waren damals untergebracht in dem alten ABF-Heim in der früheren Friedrich-Engels-Straße. Wir sollten dann wählen gehen und das wollten wir nicht und dann wurden wir zur Rechenschaft gezogen. Das war die Frau Burckhardt, die war auch Assistentin am Germanistischen Institut, ich glaube die war Parteisekretärin am Institut.

Anita Krätzner: Wann haben Sie zum ersten Mal diesen Brief gesehen?

A: Nachdem wir nach Rostock gekommen waren, wurde das Schreiben dann rumgereicht in den Seminargruppen. Jede Seminargruppe hatte eine FDJ-Leitung. Und diese Leitung hat das dann gemacht. Und [B] war nicht in Barth, der stieß erst im zweiten Studienjahr zu uns, und dann gibt es ja so was, dass die Chemie stimmt. Und dann haben wir uns verabredet: „Das unterschreiben wir nicht.“ Manche haben das vielleicht auch gar nicht durchgelesen, was da steht; es wurde ja viel unterschrieben.

Anita Krätzner: Wieviele Mitglieder hatte ihre Seminargruppe damals?

A: Angefangen hatten wir mit circa 30 und ich glaube, zu dem Zeitpunkt waren wir noch 26. Sind auch welche weggegangen. [...]

Anita Krätzner: Und was passierte dann, als Sie nicht unterschrieben haben?

A: Erstmal ziemlich lange nichts. Ich weiß nicht, der Waldmann, der hatte mich darauf angesprochen. Und ich habe gesagt: „Sie können mit mir machen, was Sie wollen; ich unterschreibe das nicht!“ Also da ist mir nichts draus erwachsen, denn das wüsste ich noch. [...]

Anita Krätzner: Haben Sie dann sofort, als die Wehrpflicht eingeführt wurde, diese Rückmeldung auf den nicht unterschriebenen Brief bekommen, oder erst danach?

A: Das weiß ich nicht mehr so genau. Das waren ja viele, die gegen die Wehrpflicht diskutiert hatten. Auch etliche Fakultäten. Das war ja ziemlich interessant. Das Studentenheim in der Thierfelder Straße, da kamen wir nicht hin. Wir sollten in das neue Heim, in die Max-Planck-Straße, aber die war noch nicht fertig, also kamen wir in das ABF-Heim in die Friedrich-Engels-Straße. Die Möglichkeiten, sich zu organisieren, die waren unterbunden. Die einen waren dahinten in der Thierfelder Straße, und wir waren woanders, und einige waren ja auch Rostocker, und Kontakte zu anderen, die dagegen waren, aufzunehmen, das war schwierig. Also ging man ins Studententheater oder in Vorlesungen, in die wir nicht gehen mussten, zum Beispiel Kunstgeschichte. [...]

Anita Krätzner: Wie war Ihr Verhältnis zu Frau Braemer?

A: Ich habe sie sehr verehrt. Abgesehen davon, dass ich ihr persönlich sympathisch war; ich habe ja auch für sie Zuarbeiten gemacht und so weiter. Aber ich habe sie auch verehrt wegen ihrer Gesinnung. Sie ist nämlich in der Nazi-Zeit in China in der Emigration gewesen. [...] Und ihre Mutter war auch im Westen. Sie stand auch immer dazu, obwohl sie Ur-Kommunistin war. Das habe ich bei ihr auch aus ihrer Biographie heraus akzeptiert. Sie hat gesagt: „Meine Mutter, die verrate ich nicht.“ Die Mutter hat sie immer besucht. [...]

Es gab ja auch solche Rivalitäten zwischen Kühne und ihr. [...] Da musste er schon irgendwas bringen. Ich hatte da keine Probleme. [...]

Der Schleiff, der spätere Rostocker Oberbürgermeister, der FDJ-Sekretär war, hat ja den Brief in Abstimmung mit der SED aufgesetzt und dann wurde gesagt, wir haben jetzt beschlossen, der wird unterschrieben. [...]

Dann gab es später noch etwas anderes: „Der polemische Punkt“ Da konnte man sich kritisch äußern. [...] Was haben wir gemacht? Wir haben nur die Artikel aus dem Neuen Deutschland ausgeschnitten und dann die Widersprüche aufgezeigt. An einem Tag war die Meldung, am nächsten Tag eine andere Meldung. „Der Polemische Punkt“ war eine Wandzeitung im Rostocker Hof. Wir hatten doch keine anderen Möglichkeiten, so etwas zu veröffentlichen. [...] [F] und [M] hatten den organisiert, und wir haben das dann weitergemacht.

Im Studententheater gab es eine feste Gruppe aus dem fünften Studienjahr, die den Ton angegeben hat. Einer war [F], der später auch Chef-Dramaturg in Schwerin wurde. [...] Der hat da eine entscheidende Rolle gespielt. Dann [M], das ist ein Kinderbuchautor, [...]. Und seine Frau, die war dann im Studentenclub. Da sollte ich auch erst reingedrückt werden, aber das kam mir komisch vor und das wollte ich dann nicht. Der „Polemische Punkt“ wurde dann irgendwann neutralisiert. Da kamen dann andere Artikel und dann wurde es uninteressant. [...]

Anita Krätzner: Gab es denn von der Seminargruppe geleitete Diskussionen?

A: Ja, da musste man sich dann verantworten, warum man etwas gemacht oder nicht gemacht hat. Und man hat ja von der Seminargruppe auch immer Beurteilungen bekommen. Meine waren immer schlecht. Ich habe mich nie untergeordnet. Ich hatte das mal gefunden, das stand später in meiner Kaderakte. [...] Der Seminargruppenssekretär hat das dann geschrieben. [...]

Anita Krätzner: Hat man Sie dann versucht umzustimmen?

A: Ich war dann auch bei Frau Braemer zu Hause. Aber das fand ich ja auch so gut an Frau Braemer. Wenn man ihr gesagt hatte, was man denkt, dann hat sie einen in Ruhe gelassen. [...] Sie [Braemer] hat schon die Hand über mich gehalten. Sie wollte mich wahrscheinlich schützen. [...] Bis zum Ende war ich aber das Schwarze Schaf. Obwohl auch immer wieder Leute aus dem Lehrkörper uns geholfen haben. So zum Beispiel bei meiner Staatsexamensarbeit, [...] da hat mir Herr Bernhard, nachdem ich das, was sie [Braemer] von mir wollte, in der Literatur nicht gefunden hatte, angeboten, ich könnte über Böll schreiben. [...] Dadurch konnte ich dann auch mein Studium rechtzeitig abschließen.

### Anhang 10.2: Gesprächsprotokoll von D

Anita Krätzner: Wie war Ihre Reaktion auf den Bau der Berliner Mauer?

D: Ich kann das ja bloß aus der Erinnerung tun. Ich fand diese Geschichte nicht begrüßenswert. Ich denke, dass es eine merkwürdige Mischung war. Nicht nur, weil wir abgesehen haben, was das politisch bedeutet, ich denke, wir haben damals nicht damit gerechnet, dass an dieser Mauer systematisch Menschen erschossen werden. Natürlich war uns das einerseits suspekt, weil das eine restriktive Maßnahme des Systems war, hinter dem wir nicht so sehr standen. Aber ich will ja auch nicht sagen, dass ich ein entschlossener Gegner war. Aber dann gab es auch persönliche Gründe. Für mich war es unvorstellbar, dass die Stadt, in der ich aufgewachsen war, in der ich lebte, und in der ich wieder leben wollte (ich habe es ja als ein Drama empfunden, dass ich nach Rostock gehen musste) dass diese Stadt unüberwindbar geteilt wurde. Dass ich nicht mehr in den Westen gehen kann. Ich hatte Ihnen ja schon gesagt. Ich bin schon als Kind jeden Sonntag in Westberlin ins Kino gegangen. Und später, als ich dann zur Abendoberschule ging, sind wir abends nach der Schule um 22 Uhr noch zum Kudamm ins Kino gefahren, weil es dort noch eine Spätvorstellung gab.



Anita Krätzner: Deswegen haben Sie dann den Brief nicht unterschrieben?

D: Aus diesem Motiven haben wir nicht unterschrieben und sicherlich auch ein bisschen deswegen, weil ein bisschen Wichtigtuerei dabei war. Wir haben es ja nicht so laut verkündet, sondern wir haben einfach nicht unterschrieben. Wir haben sicherlich zu den Freunden gesagt: „Wir unterschreiben das nicht.“ Aber sonst nichts weiter.

Anita Krätzner: Wann wurden Sie mit dem Brief an Walter Ulbricht konfrontiert?

D: Das muss Anfang September gewesen sein. Im August war noch keine Uni. Ich kann noch gar nicht sagen, wann ich wieder nach Rostock gekommen bin. Als ich vom Mauerbau hörte, war ich auf dem Zeltplatz in Dierhagen. Ich bin sofort nach Berlin gefahren, ich weiß auch gar nicht warum. Ich dachte wohl, dass dies nicht ohne mich passieren darf. Ich bin dann sicherlich erst Anfang September wieder nach Rostock gekommen, zum Semesterbeginn. Und da wird das dann gleich mit dem Brief losgegangen sein. Aber Zeiträume kann ich Ihnen nicht sagen.

Anita Krätzner: Und wie waren die Folgen, als Sie nicht unterschrieben haben?

D: Also ich weiß, dass dann einige Zeit ins Land ging, 14 Tage oder so. Dann machte Y, der einzige Genosse in unserer Seminargruppe, ein Gespräch mit uns. [...] Also wir waren zu zweit [C] und ich (und die beiden meine ich vornehmlich, weil ich hier immer „wir“ sage). Der machte dann ein privates, richtiges freundschaftliches Gespräch mit uns. Wir schätzten ihn ja auch. Er war aber vorher schon Offizier bei der NVA. [...] Wir hatten ein vertrauliches Verhältnis. Zu diesem Gespräch wurde er vermutlich von der Parteigruppe beauftragt, das weiß ich aber nicht genau. Dass die vielleicht irgendwann geguckt haben, wer da unterschrieben hat. Wir haben das aber nicht so aufgefasst, sondern dass das vielleicht eine private Aktion von ihm aus war. Er hat auch sehr vernünftig mit uns gesprochen, ich weiß nicht mehr genau, wie, jedenfalls so, dass wir gesagt haben: „Wer schreibt, der bleibt.“ Wir sind sozusagen den bequemen Weg gegangen. „Gut, dann freuen wir uns eben darüber und unterschreiben.“ Haben wir dann ja offensichtlich auch gemacht, geht ja aus dem Kühne-Brief<sup>1</sup> hervor, dass wir das gemacht haben. Und dann kam irgendwann diese merkwürdige Versammlung.

Anita Krätzner: Was geschah dort? Und haben Sie vorher eine Vorwarnung bekommen?

D: Überhaupt nicht. Da muss man dazu sagen, es gab so ein bestimmtes System. Wir waren organisiert als Seminargruppe. Jede Seminargruppe hatte einen sogenannten Betreuer aus dem Lehrkörper. Und eigentlich waren diese Betreuer

---

<sup>1</sup> Antrag auf Exmatrikulation vom 13. September 1961. In: UAR: Studentenakte D.

verpflichtet, mit den Seminargruppen politische Situationen zu diskutieren, um auch ein Bild der politischen Meinung der Seminargruppe zu bekommen. Wenn ich mich recht erinnere, war unsere Betreuerin Edith Braemer. Aber die hatte nicht so viel Zeit, um solche Sachen mit uns zu machen. Wir hatten so was in der Art und Weise bisher nicht gehabt. Ich hatte einmal einen Zusammenstoß mit ihr, obwohl wir sonst ein sehr gutes Verhältnis hatten, das war ja eine sehr nette Frau und ich habe sie auch gemocht.

Und nun wurde plötzlich diese Versammlung einberufen, von Erich Kühne. Das war schon sehr merkwürdig, weil er eigentlich nicht für uns verantwortlich war. Aber wir dachten uns eigentlich gar nichts Böses dabei. Wir waren also nicht darauf gefasst, dass es um diese grundsätzlichen Fragen gehen würde, wir waren auch gar nicht vorbereitet. [...] Dann war noch eigenartig, dass plötzlich noch zwei Herren dabei saßen, mit denen hatten wir nichts zu tun. Das waren damals junge Assistenten am Germanistischen Institut [...], die während der ganzen Veranstaltung kein Wort sagten. Die waren offenbar furchtbar in der Klemme, sie hatten sich ja auch nicht getraut, gegen den Professor vorzugehen. Der eine von denen wurde dann unser neuer Seminarbetreuer. [...] Der hat jahrelang kämpfen müssen, um bei uns einen Fuß in die Tür zu kriegen, nach dieser Versammlung. Ich weiß nicht mehr, das ging irgendwie los, da wurde zuerst über Studiendisziplin philosophiert. Da kamen wahrscheinlich solche Fragen, wieviel meiner Zeit ich am Hochschulort bin und so. Wir waren im ersten Semester ziemlich viel Trampen und sind dann irgendwann auch an der Grenze von der Stasi aufgegriffen worden. Das war natürlich dem Institut auch gemeldet worden. Dann spitzte sich das so allmählich zu. Dann stellten sie auch die Kernfragen. Wie wir zum Militär stehen würden, wie wir zur Grenze stehen, wir haben rumgeeiert. Naja, wir wüssten schon, dass es notwendig sei, aber wir würden das nicht so gut finden, wenn Menschen zum Töten von Menschen ausgebildet werden. Also alles solche Sachen. Ich hätte niemals entschieden gesagt: „Nein, ich bin dagegen, denn ich hasse dieses System!“ [...] Dann spitzte sich das zu. Der Kühne war auch so ein Choleriker, der lief rot an und brüllte dann. Und dann war das Ganze zu Ende. Er hatte auch nicht gesagt, dass er den Antrag auf Exmatrikulation stellen würde, das wussten wir nicht, aber wir wussten, dass das jetzt gefährlich werden würde. Denn ich weiß ganz genau, als wir raus gingen, sagte mein Freund [C] zu mir: „Na, hau ab!“ Aber das wollte ich nicht. Da sagten wir: „Lass uns mal in Ruhe überlegen.“

Dann hörte ich, dass das Ergebnis ein Antrag auf Exmatrikulation war. Und dann habe ich einfach abgewartet. 14 Tage oder drei Wochen später, weiß ich nicht so genau, wurde ich dann zum Gespräch bei Haiduk, dem Prorektor für Studienangelegenheiten (der war auch am Germanistischen Institut) geladen, bei dem ich einen Stein im Brett hatte. Aufgrund solcher Sachen, wie meines Lebenslaufes, in

dem ich auch über Thomas Mann geschrieben hatte. Für meine Verhältnisse war ich ein Thomas-Mann-Kenner. Und er [Haiduk] arbeitete über Thomas Mann und in den Seminaren war ich ihm aufgefallen. Jedenfalls schien er diese Sache nicht gut gefunden zu haben und hat das dann unterbunden. Ich weiß nicht mehr genau, mit welcher Begründung. Passiert ja oft, dass solche Vorgänge im Sand verliefen, dann war die Sache erledigt.

Anita Krätzner: Wie schätzten Sie denn die eigentliche Ursache ein?

D: Ich denke, da spielten auch interne Machtkämpfe eine Rolle. Die hatten ja sicherlich gar kein Interesse daran, kleine Studenten abzuschieben und das so gewaltig aufzubauschen. Man hätte ja auch versuchen können, mich zu überzeugen, wenn man ein überzeugter Kommunist war. Aber warum denn diesen Hammer rausholen? Der wird doch nicht ernsthaft geglaubt haben, dass ich eine vom Gegner gesteuerte Figur bin. Der muss noch ein anderes Interesse daran gehabt haben, sich nämlich als besonders wachsamer Genosse zu erweisen. [...] Die Ursache war aber sicher auch der Zweikampf zwischen Braemer und Kühne, den wir später auch immer benutzt haben. Immer, wenn Kühne was mit uns machen wollte, haben wir Frau Braemer dazu eingeladen und dann fiel das aus.

Eine Sache muss man aber noch erwähnen, ich hatte auch noch ein offizielles Parteigespräch. Ich weiß nicht, das muss möglicherweise in den Zeitraum zwischen Verweigerung und Unterschriftsleistung gelegen haben. Mit dem damaligen Parteisekretär der Philosophischen Fakultät, glaube ich, Utz Kirsten. Und das war wirklich ein ganz rechtschaffener, unerbittlicher Dogmatiker. Der war so berechenbar. Der meinte das ganz ehrlich. [...] Der meinte später ganz ehrlich, wenn jemand aus der Familie in den Westen geht, dann hat man den Kontakt abzubrechen. Und ich bin mir ganz sicher, wenn dem das passiert wäre, der hätte das auch gemacht. Nicht so wie andere, die das so proklamieren, aber dann unter der Hand... Und das war eine ganz harte Diskussion, als wäre das überhaupt keine Diskussion. Der wollte gar keine Argumente hören, sondern mir die Machtfrage stellen. Dabei fiel der entscheidende Satz, den habe ich bis heute nicht vergessen: „Jetzt wird nicht mehr diskutiert, jetzt wird geschossen!“ Da dämmerte mir auf einmal was das war, die Bedeutung. [...] Und da waren sie stolz drauf. Das war so eine Haltung, die kommt aus Zeiten der Oktoberrevolution. [...] Ich nehme an, das war noch vor der Unterschriftsleistung, sonst hätte ich ja gar nicht mit ihm diskutiert, sondern gesagt, dass ich unterschrieben habe. Das mag vielleicht auch noch beeinflusst haben, dass ich gedacht habe: „Wer schreibt, der bleibt.“ Ich habe das ja nicht als persönliche Drohung empfunden, sondern als Bild. [...]

Anhang 10.3: Der offene Brief an den Staatsratsvorsitzenden<sup>2</sup>

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Staatsrates!

Lieber Genosse Walter Ulbricht!

Der 13. August 1961 war ein schwarzer Tag für die deutschen Militaristen und Revanchisten. Für uns war er ein Tag der Freude und des Aufatmens; wurde doch durch die Maßnahmen unserer Regierung den Kriegsplänen der Adenauer, Strauß und Konsorten ein deutliches Halt entgegengestellt und dem verabscheuungswürdigen Menschenhandel mit Bürgern der DDR ein Riegel vorgeschoben.

Wir Studenten der Universität Rostock stehen fest hinter diesen Maßnahmen, weil sie den Frieden in Deutschland und in der Welt gerettet und unsere geliebte Deutsche Demokratische Republik gestärkt haben.

Wir wollen, daß in Westdeutschland Schluß gemacht wird mit Kriegsvorbereitung, Revanchehetze und nazistischen Ungeist. Darum fordern wir den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten noch im Jahre 1961. Wir unterstützen den Vorschlag der Sowjetunion und unserer Regierung, bei der Weigerung der Bundesregierung, den Friedensvertrag nur mit der DDR abzuschließen. Dadurch würde vor der ganzen Welt sichtbar, welcher deutsche Staat der deutsche Friedensstaat ist.

Diesem, unserem Friedensstaat, gehört unser ganzes Vertrauen. Wir haben erkannt, daß es nicht genügt, dieses Vertrauen nur mit Worten auszudrücken, sondern daß es jetzt darauf ankommt, diese Worte durch Taten zu bekräftigen und unsere Republik durch den vollen Einsatz jedes einzelnen zu stärken.

Getreu dem Kampfauftrag des Zentralrates der FDJ, aus einem tiefen Gefühl des Hasses gegen unsere Feinde erklären wir FDJler und Studenten der Universität Rostock:

1. Wir Jungen, die noch nicht ihren Ehrendienst in den bewaffneten Organen unserer Republik geleistet haben, verpflichten uns, sofort in die Reihen der Nationalen Volksarmee einzutreten, wenn es unsere Regierung für erforderlich hält.

Wir Reservisten erklären, daß es für uns eine Selbstverständlichkeit ist, getreu unserem Schwur zu jeder Zeit unser sozialistisches Vaterland zu schützen und zu verteidigen.

---

<sup>2</sup> Offener Brief an den Staatsratsvorsitzenden. In: UAR: Aufrufe und Proteste bzw. Beteiligung daran 1959-1963 (R 132). Die Absätze orientieren sich am Original.

Wir Mädchen werden unseren Beitrag zum Schutz der Republik leisten und uns die entsprechenden Fähigkeiten aneignen.

Wir Mitglieder des sozialistischen Jugendverbandes betrachten es als eine ehrenvolle Aufgabe in den Ordnungsgruppen der FDJ für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

2. Wir werden in den kommenden Wochen in der sozialistischen Produktion jederzeit dort mit anpacken, wo es notwendig ist. In einem mehrwöchigen Soforteinsatz werden die meisten von uns in der sozialistischen Landwirtschaft helfen die Ernte zu bergen und die LPG zu festigen.

3. Die jetzige politische Situation stellt an jeden von uns höchste Anforderungen. Das bedeutet, daß wir unser Studium noch disziplinierter, noch gewissenhafter und mit Einsatz unser ganzen Kraft durchführen.

Wir werden dafür sorgen, daß wir bei Störmanövern der westdeutschen Militaristen nicht auf westdeutsche Lehrbücher angewiesen sind. Persönliche Lehrbücher, die aus Westdeutschland importiert werden, stellen wir unseren Universitätsbibliotheken zur Verfügung.

Als Vorbild dienen uns Arbeitsgemeinschaften von Studenten der Medizinischen Fakultät, z.B. des 6. Studienjahres, die unter der Leitung von Professoren Scripten anfertigen und diese an Stelle von Lehrbüchern herausbrachten.

4. Wir bekennen uns zu den Traditionen der Besten der studentischen Jugend Deutschlands, die stets auf der Seite des Fortschritts kämpften. Heute bedeutet das für uns, auf der Seite des Sozialismus zu stehen.

Wir werden überall die Wahrheit von der Überlegenheit des Sozialismus, von der Unbesiegbarkeit unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht und der Richtigkeit der Politik unserer Regierung vertreten.

Die Wahrheit über die Arbeiter-und-Bauern-Macht finden wir nicht bei ihren Feinden. Darum lehnen wir das Hören von kapitalistischen Hetzsendern ab. Wir stellen keine kapitalistischen Sender mehr ein und treten überall wo sie gehört werden, dagegen auf. Das ist ein Ausdruck unseres Verhältnisses zur Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Dieses Verhältnis bringen wir auch dadurch zum Ausdruck, daß wir bis zur Normalisierung der Lage in Deutschland keine Privatreisen nach Westdeutschland oder in andere Nato-Staaten unternehmen.

Wie alle friedliebenden Menschen sind wir erfüllt von tiefer Ehrfurcht vor dem Leben. Wenn aber der Friede in Gefahr ist, werden wir Friede und Glück mit der Waffe in der Hand verteidigen.

In den zwanziger Jahren schossen Studenten der Rostocker Universität als Angehöriger der Freikorps auf Arbeiter und Bauern.

Heute stehen die Studenten der Universität Rostock treu an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Freundschaft!

Studenten der Universität Rostock:

A L L E Studenten der Universität Rostock sind aufgerufen, diesen Brief zu unterschreiben.

Anhang 10.4: Auszug aus dem Informationsbericht vom 4. Februar 1962<sup>3</sup>

1. Die Produktion leidet ohnedies schon an Kadmangel, das wird noch schlimmer werden. Wir werden noch weniger als bisher ökonomisch die westdeutsche Bevölkerung von unserer Überlegenheit überzeugen können. Die Nähseide wäre schon teurer geworden. Wirtschaftliche Überlegenheit wäre für die westdeutsche Bevölkerung viel eindrucksvoller als militärische.
2. Wenn wir durch unsere Stärke die Bundesrepublik davon abhalten wollen, einen Angriffskrieg zu beginnen, wird dort auch stärker aufgerüstet werden. Ein unabsehbares Wettrüsten verstärkt sich immer mehr.
3. Wir haben westdeutsche Wehrdienstgegner ermuntert, bei uns zwingen sie jetzt zum Dienst in der Armee.
4. Die privaten Gründe gegen eine Teilnahme am Wehrdienst müssten berücksichtigt werden, auch wenn diese Gründe falsch sind. (Religiöse Motive usw.)
5. Für Menschen, die westdeutsche Angehörige haben, wäre es sehr schwer, gegen sie einen Krieg führen zu sollen.
6. Wenn wir auch hundertmal behaupten, daß wir keinen Krieg führen wollen, so werden Armeen nicht zum Spaß aufgestellt. Allgemeine Wehrpflicht bedeutet den

---

<sup>3</sup> Bericht vom 4. Februar 1962. In: UAR: Germanistisches Institut. Informationsberichte 1953-1968 (PHF 311). Hier wird lediglich ein Abdruck der von Edith Braemer aufgezählten Argumente vorgenommen.

Vorabend eines Krieges – so hätten alte Frauen im Dorf diskutiert und ihnen könnte man nichts entgegenhalten.

7. Die Familien der Eingezogenen erleiden finanzielle Verluste.

8. Unter Bedingung der atomaren Waffen sei die Ausbildung an konventionellen Waffen sinnlos.

9. Wenn wir keine Armee für Westdeutschland wollen, dürfen wir auch keine wollen. Für beide Staaten soll dasselbe gelten.

10. Die Gleichberechtigung der Frau ginge zu weit resp. laufe in falscher Richtung, wenn Frauen im Kriegsfall auch anderes als zum Verbinden und dergl. eingezogen werden. Wo gibt es eine Sicherheit, daß sie nicht schießen müssen [...] ?

11. Die Landwirtschaft käme jetzt schon nicht mehr zurecht aus Mangel an Menschen. Dieser Mangel wird sich in solchem Maße verstärken, daß wir überhaupt nicht mehr durchkommen. Wenn wir sagten, daß die Stärke der Armee nicht erhöht wird, so ergäbe doch die Erfahrung, daß die Soldaten, die vom Land gekommen sind, nicht mehr dorthin zurückkehren. [...]





# Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte

Bisher erschienen und in Vorbereitung:

## Band 1

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 1. Rostock 2007.

## Band 2

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 2. Rostock 2008.

## Band 3

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 3. Rostock 2009 (in Vorbereitung).

## Band 4

Martin Buchsteiner und Antje Strahl  
Zwischen Monarchie und Moderne. Die 500-Jahrfeier der Universität Rostock 1919. Rostock 2008.

## Band 5

Kurt Ziegler  
Zum 50-jährigen Bestehen der Tropenmedizin an der Universität Rostock. Rostock 2008.

## Band 6

Jobst D. Herzig und Catharina Trost  
Die Universität Rostock 1945-1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Herausgegeben von Kersten Krüger. Rostock 2008.

## Band 7

Anita Krätzner  
Mauerbau und Wehrpflicht. Die politischen Diskussionen am Rostocker Germanistischen Institut in den Jahren 1961 und 1962. Rostock 2009.

Bezugsmöglichkeiten: Universität Rostock, Universitätsarchiv, Universitätsplatz 1, 18051 Rostock, Telefon: +49-381 498 8621; Fax: +49-381 498 8622

